Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. März 1977
Jg. 5 Nr. 9

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Die Bourgeoisie läßt sich ihr imperialistisches Energieprogramm von den Massen zahlen

Aus den Steuern wurden 1976 1,6 Milliarden für den Ausbau von Kernkraftwerken gezahlt, 1,4 Milliarden DM an Subventionen an die Kohlemonopole. Von diesen 1,4 Milliarden wurden 1,26 Milliarden über den „Kohlepfennig" aufgebracht, einer 4,5prozentigen Sondersteuer auf den Strom. Dieser „Kohlepfennig" soll jetzt nach Vorschlägen der CDU und des Forschungsministeriums in einen „Energiepfennig" umgewandelt werden und entsprechend erhöht werden, mindestens auf 5 %. Was nach Absicht der Regierung aussehen soll wie „Gleichbehandlung aller Stromabnehmer", ist verhüllte Ausplünderung der Volksmassen. Diese müssen das Vierfache für Strom zahlen wie die Kapitalisten und zahlen entsprechend mehr „Kohlepfennig" als die Kapitalisten, die der Kosmetik wegen nicht ganz davon befreit werden.

Imperialistisches Kesseltreiben

Ein Ausschuß der Vereinten Nationen „hat eine Untersuchung der Polizeieinsätze während der Unruhen in der Johannesburger Schwarzen-Vorstadt Soweto im Juni vergangenen Jahres gefordert" (Süddeutsche Zeitung, 20.2.77). Über 1 000 afrikanische Arbeiter und Schüler wurden in den vergangenen Monaten in Azania vom Kolonialregime umgebracht: bei wenigstens 50 politischen Gefangenen behauptet es, sie hätten im Gefängnis Selbstmord begangen. Die Forderung der Staaten der Dritten Welt, diese Verbrechen bloßzustellen, ist vollkommen gerecht. Damit setzen sie den Kampf fort für die Beseitigung der Bastionen des Imperialismus im südlichen Afrika.

die Beseitigung der Bastionen des Imperialismus im südlichen Afrika.

Mit lautem, rassistischem Getöse gegen Uganda versuchen die Imperialisten diesen Beschluß der UNO zu übertönen. Die Pfaffen Carter und Young setzen ihre [illegible] in Afrika ein, um zu intrigieren, die afrikanischen Staaten zu spalten, [illegible]. Sie wollen das Siedlerregime und seine Verbrechen hoffähig machen und einen Anlaß zur Intervention schaffen. „Die All-afrikanische Kirchenkonferenz rief zum Boykott Ugandas auf und forderte eine Intervention der USA." Angesichts dieser Bedrohung hat der Präsident Ugandas die sich im Land herumtreibenden Amerikaner zu sich zitiert und Carter geschrieben: „Anstatt eine Untersuchung (gegen Uganda) ... zu fordern, sollten die USA die UNO auffordern, die Verbrechen zu untersuchen, die sie (die USA) verübt haben", sie reichen „von rassischer Diskriminierung und der Bombardierung Vietnams bis zur Invasion in der Schweinebucht auf Kuba, dem Abwurf von Atombomben auf Japan und der Ermordung von Staatsmännern durch den Geheimdienst CIA".

„Demokratie"

Wem die Bewegung gegen das Kernkraftwerk Brokdorf die Niederlage der letzten Demonstration zu verdanken hat, ist jetzt bekannt. Die Gruppe Rote Fahne (GRF) und die Gruppe Arbeiterkampf pochten auf den Konferenzen noch auf Demokratie, auf gewählte Vertrauensleute der einzelnen Bürgerinitiativen und ließen auf dem Bundeskongreß am 12.2. ein Sprechergremium wählen, das die Demonstration gestützt auf die Beschlüsse der Vertrauensleute leiten sollte.

Diese Gremien wurden während der Demonstration ausgeschaltet. Schlägertrupps, die den Lautsprecherwagen der Gruppe Arbeiterkampf und die danebenstehende GRF-Leitung „schützten", erledigten dies. Der Kieler Vertreter im Sprecherrat der Demonstration mußte nach der Demonstration auf der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative vor über 200 Personen am 25.2. eingestehen, daß der Beschluß, die Demonstration vor der ersten Polizeisperre mit einer Abschlußkundgebung zu beenden, nur von je einem Vertreter der GRF und der Gruppe Arbeiterkampf (Heino Kolbe – Hopfenmüller) auf dem Lautsprecherwagen unter Ausschluß aller anderen Sprecher und der Vertrauensleute gefällt wurde. Unter dem Schutz von Sperrketten der Gruppe Arbeiterkampf, die keinen an den Lautsprecherwagen heranließen. In Wilster wurde auf dem Treffen der Vertrauensleute noch festgehalten, daß man an der nächsten Polizeisperre eine Beratung durchführen würde. Nichts von dem, die Opportunisten haben ihren schon vorher feststehenden Plan mit diesem Putsch durchgesetzt, und damit die Bewegung mit dem Märchen des demokratischen Beschlusses getäuscht und um den Sieg betrogen. Die Arbeiter, Bauern und die Volksmassen werden sich diesen Vorgang und die dafür verantwortlichen Organisationen merken und ihre Konsequenzen daraus ziehen. – (ka, Kiel)

(Siehe Artikel Seite 15 Brokdorf und die Linke)

„Totalitärer Atomstaat"?

Maihofers Wanzen und der Kursverfall der Siemens-Aktien

Auf der von der Regierung geförderten Demonstration in Itzehoe am 19. Februar hat der „Zukunftsforscher" Robert Jungk von der Gefahr des „totalitären Atomstaates" gesprochen. Hat der Mann nicht recht? Am Montag hat der „Spiegel" die Abhöraffäre Traube enthüllt. Der Verfassungsschutz war bei dem Atomphysiker. Er war leitender Angestellter der Siemens-Tochter Kraftwerksunion (KWU). Der Verfassungsschutz hat bei ihm eingebrochen und hat ihm eine Wanze ins Haus gesetzt. Das ist sogar nach geltendem Recht – und was gilt da nicht alles – rechtswidrig. Ohne richterlichen Zuspruch darf der Verfassungsschutz nicht in Häuser einsteigen und Wanzen anbringen. Der BND, die Spionageorganisation der BRD, darf in inneren Angelegenheiten „eigentlich" überhaupt nicht tätig werden. Der „Schlüsselexperte" des BND hat aber den Verfassungsschutz in das Haus des Atomphysikers Traube eingeschleust. Das ganze geleitet hat Innenminister Maihofer, der als liberal gilt und seine Parteikumpane und die Parlamentarier mit philosophischen Reden über die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit hochzustimmen pflegt. Der Atomphysiker Traube ist am Telefon und im Haus abgehört worden, weil er über Bekannte mit als

worden, weil er über Bekannte mit als

„Terroristen" verdächtigen Leuten in Kontakt gekommen sei. Maihofer hat angeblich befürchtet, er könne den „Terroristen" spaltbares Material zur Herstellung einer Atombombe liefern. Also, sind wir dem „totalitären Atomstaat" nicht schon ziemlich nahe? Mit diesem Begriff ist gemeint, daß die Atomenergie solche Sicherheitsrisiken enthält, daß sie nur durch einen „totalitären Staat" unter Kontrolle gehalten werden können.

Die Sache verhält sich aber anders. Die Bourgeoisie fürchtet nicht um ihren Besitz an spaltbarem Material. Sie fürchtet um ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln. Da ist das „spaltbare Material" eins unter vielen, wenn auch ein besonders teures und wichtiges. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln sichert den Bourgeois die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen. Wo es Ausgebeutete gibt, muß es Unterdrükkung geben, und je unerträglicher die Ausbeuterordnung wird, um so mehr müssen die Ausbeuter unterdrücken. Man braucht also kein Atomphysiker zu sein, damit einem der Verfassungsschutz eine Wanze ins Haus oder in die Wohnung setzt. Es reicht, revolutionärer Arbeiter zu sein. Bloß kommt dann die Wanze nicht in den „Spiegel". Damit die Wanze in den „Spiegel" kommt, muß sie schon in das Haus eines Atomphysikers gesetzt worden sein. Für die Bourgeoisie ist beunruhigend, daß unter dem Druck des Klassengegensatzes und des Klassenkampfes auch der Druck in den eigenen Reihen sich verschärft. Das liegt nicht am Atom. Als die Monopolbourgeoisie ihre faschistische Herrschaft errichtete, gab es noch keine Kernkraftwerke.

Die Atomtechnik ist das Ergebnis einer sehr hohen Entwicklung der Produktivkräfte. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen entwickelt in der Epoche des Imperialismus wachsende revolutionäre Sprengkraft. Kein Wunder, daß alle Widersprüche des Kapitalismus gegenüber der Beherrschung der Kernenergie schroffe Form annehmen. Die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse, der ersten Produktivkraft, und der Bourgeoisie, in deren Hand die Kernenergie ein lebensgefährliches Abenteuer ist, bringt die Bewegung gegen die Kernkraftwerke hervor und verleiht ihr Massencharakter. Die Bourgeoisie greift zur Unterdrückung. Zu was anderem als Unterdrückung soll sie greifen. Die Widersprüche in der Bourgeoisie verschärfen sich. Ein Teil der Bourgeoisideologen beginnt an der besten aller möglichen Welten zu zweifeln und sich von der Bourgeoisie zu trennen. Innerhalb der Bourgeoisie steigt das Mißtrauen untereinander. Im Imperialismus herrscht das Monopol, nicht die freie Konkurrenz. Die Monopolbourgeoisie unterdrückt andere Teile der Bourgeoisie. Die protestieren. Es gibt Presseorgane, die diesen Protest aufnehmen, den „Spiegel", die „Frankfurter Rundschau". Auf was kann man sich noch verlassen, wenn selbst Bourgeois unterdrückt und belauscht werden? Wo kommen wir da hin, fragt Rudolf Augstein. Wo soll das enden?

Es wird mit der proletarischen Revolution enden und kann mit nichts anderem enden. Die Widersprüche in der Bourgeoisie sind nur ein Zeichen für ihre Verfaultheit und ihren reaktionären Charakter. Die Monopolbourgeoisie weiß, da hilft bloß: Ausbau ihrer Herrschaft. Auch sie schickt ihre Journalisten an den Schreibtisch: „Mit dem Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstandes kann sich der Staat behelfen; rechtsstaatlicher wäre ein verdeutlichendes Gesetz. Die Opposition könnte es auf den Weg bringen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und gibt die Richtung an. Weitere Unterdrückergesetze, Ausbau und Regelung der Willkürherrschaft des Monopolkapitals durch Gesetz, bessere Verkleidung der Monopolwillkür durch Rechtsstaatlichkeit. Die „Stuttgarter Zeitung" hält dagegen: „Skandalös am Skandal: Der ‚Lauschangriff' war legal. Der Fall Traube hat unerträgliche Befugnisse des Verfassungsschutzes offengelegt."

Die Herrschaft der Monopolbourgeoisie, der Staatsapparat beginnt auf einem Teil der Bourgeoisie zu lasten. Leitbild gegenüber dem Monopol ist die freie Konkurrenz. Die wird gestört, wenn die Monopole den Staatsapparat in der Hand haben. Die Monopole sind aber aus der freien Konkurrenz hervorgegangen und sie werden den Staatsapparat in der Hand halten, bis er durch die proletarische Revolution zerschlagen wird und das Eigentum der Monopole an den Produktionsmitteln in die Hand der Gesellschaft übergeht, in der das Proletariat das Sagen hat. Für jeden Bourgeois ist das das Ende mit Schrecken, und so findet er sich regelmäßig unter dem Schild der Monopolbourgeoisie wieder, deren schrankenlose Herrschaft das einzige ist, das die kapitalistische Produktionsweise in

(Fortsetzung Seite 2)



300 000 Arbeiter sind in Belgien in Streik gegen den Ausplünderungsplan der Regierung Tindemanns, der vor allem Erhöhungen der indirekten Steuern vorsicht. Letzten Freitag streikten die Eisenbahner und in vielen Städten die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Schnelle Einigung über Lohnraub geplant
Gegen Regierungsangebot Streik für 170 DM

Als am vergangenen Freitag die Beschäftigten mehrerer Fernmeldeämter in Westberlin einen Warnstreik gegen das Regierungsangebot von 5,2 % durchführten und sich zu Protestkundgebungen vor den Amtsgebäuden versammelten, war schnell Polizei zur Stelle, gerufen von den Spitzenbeamten der Oberpostdirektion. Sie sollte die Nummern der Dienstfahrzeuge ermitteln, die bei der Kundgebung mitgeführt wurden. Die Polizisten kamen dieser Aufgabe nicht nach und haben ihre Aufzeichnungen vernichtet. Auf der kürzlich stattgefundenen Personalversammlung des Kieler Arbeitsamtes haben verschiedene Beschäftigte die Schikane und Unterdrückung der arbeitslosen Arbeiter durch das Arbeitsamt angegriffen und haben dafür viel Beifall bekommen. Die Sachbearbeiter widersetzen sich dem Auftrag bei der Bearbeitung und Vergabe der Mittel der Arbeitslosenkassen die Arbeitslosen zu drücken. An diesem Arbeitsamt halten die Gewerkschaftsmitglieder weiter an 170 DM für alle fest, weil sie es nicht zulassen wollen, daß ihre Antreiber, die Leiter dieser Unterdrückungsinstitution, durch einen Prozentabschluß auch noch geschmiert werden.

Diese Erscheinungen sind erfreulich für die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Denn sie zeigen, daß der imperialistische Staatsapparat von einer tiefen Spaltung durchzogen ist – auf der einen Seite die Bourgeois und die ihnen willfährigen gut geschmierten höheren Beamten, die das Geschäft der Unterdrückung leiten, auf der anderen Seite Angehörige der arbeitenden Klassen, die ihre Arbeitskraft an den staatlichen Dienstherrn verkaufen müssen. Es zeigt, daß die Arbeiterklasse bei der Zerbrechung des Jochs des Staatsapparates in der Revolution in den Millionenmassen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst enge Verbündete hat.

Im gegenwärtigen Tarifkampf nehmen diese Zersetzungserscheinungen sprunghaft zu. Der Gegensatz zu den Antreibern und Unterdrückern in den Ämtern und Dienststellen, in den Krankenhäusern schärft sich. Zutage tritt, daß die Masse der Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten nichts haben als ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie leben müssen. Ganz im Gegensatz zu einem Chefarzt oder Präsidenten einer Oberpostdirektion, die für ihre staatserhaltenden Dienste so gut geschmiert werden von der Kapitalistenklasse, daß sie nette Kapitälchen auf die Seite legen können.

Obwohl die Finanzbourgeoisie nichts unversucht läßt, diese Spaltung vor der Arbeiterklasse zu verdecken und alles aufbietet, um die Bewegung im Öffentlichen Dienst zu isolieren, hat dies noch nicht viel genutzt. Ihr Kampf hat große Sympathie in der Arbeiterklasse. Aus verschiedenen Betrieben der Metallindustrie, so vom VW-Werk Wolfsburg und von Zeiss Göttingen, haben Arbeiter an die streikenden Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und an die Gewerkschaft Solidaritätsadressen gerichtet.

Die Finanzbourgeoisie ist in Sorge über diese Entwicklung. Obwohl in den bisherigen Streikaktionen die einheitliche Kraft der Beschäftigten im Öffentlchen Dienst noch gar nicht zur Geltung gekommen ist. Der Kommentator der „Hannoverschen Allgemeinen" schreibt zur dritten Verhandlungsrunde unter dem Stichwort „letzte Frist": „Die Lage im Öffentlichen Dienst spitzt sich zu. Die Warnstreiks greifen um sich, Straßenbahnen und Omnibusse stehen vorübergehend still, die Müllabfuhr rückt mit Verspätung aus ..." und er fürchtet: „Dem Öffentlichen Dienst stehen wieder heiße Tage bevor." Er beklagt die „Uneinigkeit im Arbeitgeberlager", daß die Gemeinden zum Nachgeben bereit seien.

Das haben die Beschäftigten der Öffentlichen Dienste allein dadurch erreicht, daß sie ihre Kampfbereitschaft gezeigt haben.

Den Kampf selbst hat bisher die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung um Kluncker unterbunden. Von Anfang an hat sie Spaltung und Zersetzung der Bewegung betrieben. Durch die Propagierung einer Prozentforderung und dann durch die Aufstellung der 8 %-Forderung sollte die starke klassenkämpferische Bewegung im Öffentlichen Dienst gebrochen werden. Durch die Orientierung auf das Urlaubsgeld soll weitere Verwirrung geschaffen werden, um so den sozialdemokratischen Parteifreunden in der Regierung die Durchsetzung des Lohnraubabschlusses, der Vertiefung der Spaltung und Verelendung der Masse der Beschäftigten zu ermöglichen und bessere Voraussetzungen für weitere Rationalisierung und politische Säuberung im Staatsdienst zu schaf fen.

(Fortsetzung Seite 2)

„Totalitärer Atomstaat"?

(Fortsetzung von Seite 1)

der Epoche des Imperialismus noch verteidigen kann.

Vertrauen kann da unter den Bourgeois nicht herrschen. Sie haben Angst vor der Arbeiterklasse. Sie haben Angst voreinander. Jeder kennt sich. Was würd er nicht alles machen für Profit! Was also werden die anderen Bourgeois machen?

Die Angst vor der Arbeiterklasse wird an der Börse registriert. Die Siemens-Aktien sinken, seit sich die Massenbewegung gegen das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung immer schwungvoller entwickelt. Das „Handelsblatt" schreibt: „Der verstärkte Druck auf die Siemens-Aktie, der weiterhin im Zusammenhang mit den bekannten Problemen im Kernkraftsbereich stehen dürfte, dämpfte die Stimmung im Berufshandel wieder merklich und führte dazu, daß die Aktivitäten in der Schlußphase erneut fast völlig erlahmten. Zu den Kursrückgängen ihrer Aktie erklärte die Siemens-Verwaltung gegenüber dem Handelsblatt: ‚Wir halten den Kursrückgang für eine übertriebene Reaktion auf die öffentliche Diskussion über den Neubau von Kernkraftwerken. Zwar wird die KWU durch die immer wieder hinausgezögerten Genehmigungen von Kernkrafts-Neubauten getroffen, jedoch muß man berücksichtigen, daß die KWU einen wesentlichen Teil ihres Geschäfts mit der Erweiterung und dem Ersatz bestehender Anlagen macht. In Relation zum Siemens-Weltumsatz und zum Siemens-Ergebnis rechtfertigt das Volumen der verzögerten Kraftwerks-Neubauten keineswegs die Kursentwicklung der Siemens-Aktie in der letzten Zeit.' "

Es geht halt um mehr als das eine oder andere Kernkraftwerk. Darum geht es zuerst. Aber die Massenbewegung entwickelt sich zu einer revolutionären Bewegung gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie geht auch wahrlich noch von anderen Widersprüchen aus als von dem Bau von Kernkraftwerken. Die Börse ist empfindlich, und die Bourgeoisie hat kein feineres Instrument, um ihre Stimmung zu messen. Diese Stimmung ist ökonomisch depressiv und politisch von großer Hektik bestimmt. Setzen sie dem Atomphysiker eine Wanze ins Zimmer, und es kommt auch noch auf! Die Monopolbourgeoisie muß allein letzteres beunruhigen. Die Politiker haben bereits ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen. Das ganze wird auf eine Verschärfung der Unterdrückung hinauslaufen. Die Massenbewegung wird sich nicht unterdrücken lassen, wenn sie ihr Bewußtsein hebt. Sie ist revolutionär. Sie muß sich ein Bewußtsein verschaffen, daß ihre Probleme bloß durch Revolution zu lösen sind.

Streik gegen das 5,2 %-Angebot der Regierung für 170 DM

(Fortsetzung von Seite 1)

Kluncker setzt darauf, daß die Bewegung für Festgeld ihre ganze Kraft auf ein einheitliches Urlaubsgeld konzentrieren soll und darüber die Lohnforderung in den Hintergrund treten soll.

Am Samstagabend haben Kluncker und Bundeskanzler Schmidt zusammen getafelt. Auf dem Tisch lagen die Interessen der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst. „Kluncker ist SPD-Mitglied, der Bundeskanzler ist Mitglied der ÖTV", schreibt die „Hannoversche Allgemeine", um anzudeuten, daß bei dieser Tafelrunde Kluncker und Schmidt die gleichen Absichten verfolgen. Nichts davon ist bekannt geworden. Man wird sich also geeinigt haben, wie der Kurs der Finanzbourgeoisie gegen die starke Bewegung im Öffentlichen Dienst jetzt durchzusetzen ist.

5,2 %, das Regierungsangebot, sollen nach Kluncker akzeptabel sein. In dieser Höhe soll es enden. Akzeptabel ist das allenfalls für Minister, Polizeidirektoren und Postpräsidenten, die dabei noch gehörig einstreichen. Für die Masse der Beschäftigten bedeutet es Lohnraub. Und warum sollten sie für einen Abschluß eintreten, der ihre Antreiber, Rationalisierer, und Unterdrücker kräftig mästet und zu weiteren Taten beflügelt? 170 DM für alle – diese Forderung ist richtig. Sie trennt die Masse der Beschäftigten von den Aufsehern und Spitzenbeamten. Sie hat die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse. Die ersten Streikaktionen haben schon Wirkung gezeigt. Jetzt streiken bedeutet, den beabsichtigten schnellen Lohnabschluß auf dem Rükken der Beschäftigten zu verhindern. In diesem Streik können 170 DM für alle und 300 DM Urlaubsgeld durchgesetzt werden.

Der Klassengegensatz im öffentlichen Dienst

Die sozialdemokratische Lohnpolitik
– mästet die Antreiber
– subventioniert die Unterdrückung
– treibt die Lohnabhängigen in die Steuerfalle

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des KBW
Best.Nr. 10813 1 DM

Schamloseste Lehrlingsausbeutung

Nordenham. Ich bin Lehrling bei Ruhnenwald und Trösch, einem Handwerksbetrieb für Maschinenbau und Schiffsreparaturen. Wir sind acht Lehrlinge und zwei Gesellen, ein Vorarbeiter dazu, ein Meister und sein Kompagnon, die nur im Büro sitzen.

Nach dem Ausbildungsplan sollen wir alle Grundkenntnisse der Metallverarbeitung lernen. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Es ist so, daß wir ausschließlich Hilfsarbeiter der Gesellen sind oder selbständig Dreckarbeiten machen. Um doch etwas zu lernen, versuchen wir, möglichst viel bei den Gesellen abzugucken. Das reicht zwar nicht, aber mehr ist nicht drin, die Gesellen stehen ständig unter Druck, um schnell fertig zu werden und ja nichts falsch zu machen. Sie haben wenig Zeit, um uns was beizubringen. Wollen wir es alleine probieren, z. B. zu schweißen, wenn mal nichts zu tun ist, scheitert das meistens daran, daß kein Gas da ist, Schweißdraht fehlt, Elektroden knapp sind. Und wenn das alles da ist, war es oft genug so, daß der Meister oder Vorarbeiter es nicht erlauben, weil Material und Strom gespart werden muß. Stattdessen gibt es doch immer eine Ecke im Lager, die aufgeräumt werden muß. So beschränkt sich unsere Ausbildung auf drei bis vier überbetriebliche Lehrgänge von je zehn Arbeitstagen.

Eine Menge Profit macht der Trösch durch uns als billigste Hilfsarbeiter, die es gibt. So haben wir mit zwei Gesellen zwei Monate damit verbracht, riesige Tanklager zu säubern und die ganzen Steinwollreste und Verkleidungsbleche, die beim Abwracken der Tank- und Rohrleitungsisolierungen entstanden waren, wegzuräumen. Im September sollten für eine Woche bei Asbestos die Förderbänder von Staubablagerungen gereinigt werden. Hier haben sich die ersten geweigert. Dann waren wir Dachdeckergehilfen. Es wurde eine riesige Lagerhalle 100 m mal 100 m, 10 m hoch mit Profilblechen aus Aluminium gedeckt. Das bei Wind und Regen, Schnee und Eis. Wir haben uns einige Male geweigert, wenn auf dem Dach Glatteis war. Seit Anfang Februar sind wir jetzt nur noch in der Werkstatt. Erst wurde alles zweimal saubergemacht. Seit einer Woche machen wir praktisch nichts mehr. Erstens gibt es sowieso nur Unsinniges zu tun, zweitens weil wir den Lehrlingslohn, 200 DM im ersten Jahr, zum 15.2. immer noch nicht gekriegt haben.

Die Gesellen haben zum Teil schon seit Dezember nichts mehr gekriegt. Letzten Freitag haben wir dann erfahren, daß ein Konkursantrag läuft, gestellt von der Innungskrankenkasse und der Landesversicherungsanstalt, weil Trösch seit einiger Zeit unsere Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge nicht überweisen hat, obwohl er sie von unserem Lohn abgezogen hat. Zahlungsfrist hat er bis zum 2. März. Er wird aber nicht zahlen können. Wir sind dann am Freitag alle ins Büro gegangen, und haben unseren Lohn verlangt, und eine Klarstellung, was aus unseren Lehrverträgen wird. Dort gab es nur Vertröstungen und Gelaber.

Am Montag dann brauchten die Lehrlinge gar nicht mehr im Betrieb erscheinen. Sie haben sich zusammengeschlossen und sind Dienstag alle gemeinsam zum Arbeitsamt gegangen. Dort haben sie verlangt, Konkursausgleichgeld zu bekommen. Weiter, daß jeder von ihnen eine neue Lehrstelle bekommt und die bisherige Lehrzeit vollangerechnet wird. Mittwoch gehen sie zur Gewerkschaft, damit die Gewerkschaft ihre Forderungen unterstützt. – (Zellengruppe Nordenham)

Am 16.2. erschien die Nr. 2/77 von
Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
DM 2,00
Der Funke in Kassel hat einen Steppenbrand ausgelöst
KJB Frankfurt: „Wir bereiten den landesweiten Streik vor"

Ausländischer Arbeiterjugendlicher bekommt keinen Lehrvertrag

Osnabrück. Mit allen erdenklichen Mitteln versuchen die Kapitalisten, die ausländischen Jugendlichen total rechtlos zu machen. Einem Freund, der wie ich vor über zehn Jahren mit seiner Familie aus Spanien gekommen ist, passierte folgendes: Ende letzten Jahres fand er nach langem Suchen eine Kfz-Werkstatt in Osnabrück, die ihn als Lehrling einstellen wollte. Da er 17 Jahre alt ist, wurde sein Vater bestellt, um den Vertrag zu unterschreiben. Anfang Januar konnte er anfangen. Als Lehrlingslohn zahlte der Kapitalist 350 DM. Nach einem Monat hatte er noch nicht ein einziges Mal die Berufsschule besucht. Als er im Betrieb darüber Auskunft verlangte, sagte ihm der Chef nur, was er denn wolle, er sei ja gar nicht als Lehrling eingestellt. Er könne keinen Lehrling gebrauchen, der keinen Schulabschluß hätte. Der spanische Arbeiterjugendliche hat nämlich einen Hauptschulabschluß in spanischer Sprache in der Osnabrücker Domschule gemacht. Es stellte sich dann heraus, daß man dem Vater einen Arbeitsvertrag zur Unterschrift untergejubelt hatte statt eines Lehrvertrages. Er hat jetzt gekündigt. Beim Arbeitsamt hat man ihn aber wieder abgewiesen. Er ist jetzt in die Gewerkschaft eingetreten. – (a, Osnabrück)

Arbeitsvermittlung der Studenten zu Schleuderpreisen

BAFöG-Politik der Regierung fördert den Zustrom billiger Arbeitskraft für die Kapitalisten

44 % der Studenten haben im Februar und März des vergangenen Jahres, in den Semester„ferien", ihre Arbeitskraft verkauft, um ihren Lebensunterhalt bestreiten und ihr Studium weiterführen zu können. Dies gibt das Deutsche Studentenwerk an und hat darüberhinaus festgestellt: „26 % der Befragten gaben dagegen an, daß sie in diesem Zeitraum zwar arbeiten wollten, aber keine Tätigkeit (15 %) gefunden hatten oder weniger als sie wünschten (11 %)."

Während die reichen Studenten dem Luxus nachgehen und – mit entsprechenden Hilfsmitteln versehen – die Prüfungen auf sich zukommen lassen, lastet auf diesen inzwischen infolge der BAFöG-Kürzungen sicher mehr als 60 % der Studenten die ganze Schärfe der Abhängigkeit und der Unsicherheit der Existenz, die sich aus der Besitzlosigkeit in dieser Gesellschaft ergibt.

Die Kapitalistenklasse rechnet das rundum als Vorzug. Die reaktionären Professoren hoffen darauf, daß das Nachbeten der verknöcherten bürgerlichen Dogmen, die sie in den Prüfungen hören wollen, schneller lernt, wer nicht weiß, wovon er im nächsten Semester leben soll, oder jetzt schon acht oder mehr Stunden am Tag arbeiten muß, um sich der Schulden aus dem vergangenen Semester zu entledigen.

Daß Studenten billige Arbeitskraft anbieten, davon gehen die Kapitalisten so selbstverständlich aus, daß nur ein kleiner Teil der Arbeitsplätze für Studenten überhaupt über die Arbeitsämter vermittelt wird. Trotzdem wächst auch diese Zahl: In den Monaten Juni bis Oktober 1976 wurden nach bisher nicht veröffentlichten Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 82 636 Studenten vermittelt. Das waren 11 534 oder 16,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, jedoch auf fünf bis sechs Studenten, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind, nur jeweils einer.

Die Preise bei der von Studentenwerken und zum Teil ASten unterhaltenen Arbeitsvermittlung liegen zwischen der Hälfte bis drei Viertel der üblichen Bezahlung, etwa zwischen 5 und 7 DM pro Stunde. In Mannheim z.B. wird „Schallplatten auspacken" bei einem Stundenlohn von 6,12 DM angeboten, „Büroarbeit" bei 1 300 DM brutto, Bedienung über Feiertage für 10 Prozent vom Umsatz und „Werbegestaltung" bis zwei Stunden wöchentlich für 30 bis 50 DM Bezahlung im Monat. Zum erheblichen Teil gelingt es den Kapitalisten auch gleich, die Sozialversicherung zu umgehen. Studenten, die diese Erpressungen nicht mitmachen, sollen sehen, wo sie bleiben. Danach gehen die Kapitalisten. Sie können ja z.B. durch Verteilen von je 1 000 Prospekten 25 DM verdienen oder in „täglich zwei Nachhilfestunden" irgendeinem verzogenen Bourgeoissprößling die Schulaufgaben erledigen.

Die Kapitalistenklasse benutzt diese billigen Arbeitskräfte, um Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Löhne durchzusetzen, zu deren Hinnahme nur Arbeitskräfte gezwungen werden können, die keinerlei Versicherungsschutz genießen, keine Koalition bilden und zugleich unter allen Umständen gezwungen sind, einen Kapitalisten zu finden, um leben zu können.

Die BAFöG-Politik der Bundesregierung fördert dies Anliegen der Kapitalistenklasse. Die vor vier Wochen von der Regierung beschlossene Verhöhnung der Studenten durch Heraufsetzung des „Höchstbedarfssätze" um 30 DM auf 580 bei gleichzeitiger Erhöhung des Pflichtdarlehens und Einfrierung der Elternfreibeträge soll als „Eilverfahren" beschlossen und noch vor dem 1. April Gesetz werden, erklärte Rohde im Bundestag. Seither ist noch nicht einmal der Gesetzentwurf veröffentlicht. Um der Erpressung durch die Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben, müssen die Studenten diese BAFöG-Pläne der Regierung der herrschenden Klasse durchkreuzen und sie zwingen, ein ausreichendes Ausbildungsentgelt zu zahlen und das Koalitionsrecht der Studenten anzuerkennen. Dabei ist sicher: Nur die Kapitalisten und Reaktionäre haben ein Interesse, daß die Studenten ihre Arbeitskraft zu Schleuderpreisen und zu noch schlechteren als den üblichen Arbeitsbedingungen hergeben müssen. – (hj)

„Handlungsfähig"

Die Bundesregierung dankte den Demonstranten und der Polizei für die friedliche Demonstration in Brokdorf. Die Freude der bürgerlichen Politiker entwickelt sich bei der genauen Auswertung der Demonstration ihrerseits, als zwar kurzfristig verständlich, aber die Zersetzung innerhalb des bürgerlichen Staatsapparates entwickelt sich mit den Klassenkämpfen schwungvoll.

Zersetzung von Ideologien und Anordnungen von Gewaltaktionen findet statt, zu der die Polizei eigentlich bezahlt wird.

Schon der geschlossene Demonstrationszug selber verunsichert und treibt die Polizisten zu verschiedenen Gedanken. „Die Demonstranten werden schwerbewaffnet sein, Messer, Molotow-Coktails werden die Regel sein." Unter dieser Parole sind die Polizisten und der Bundesgrenzschutz ausgebildet worden, bereits Wochen vorher.

„Wissen Sie, was Sie hier verteidigen?" wird ein Polizist von den Demonstranten gefragt. Antwort: „Mir brauchen Sie da nichts zu erzählen. Ich weiß Bescheid mit Atomenergie. Mein Vater arbeitet selber in Biblis. Ich habe mir meine Meinung gebildet über die Gefahren."

Als die Demonstranten den Polizisten fragten, was er denn von dem Einsatz in Brokdorf hält, tritt ein betretenes Schweigen und Schulterzukken ein. Die meisten Polizisten kommen aus der Arbeiterklasse und wissen die Lage der Arbeiter und Volksmassen genau.

Ein Polizist wurde ganz kopfscheu

Ein Polizist wurde ganz kopfscheu als er ein Auto durchsuchte und bei der Personalüberprüfung feststellte, „Ach, Sie kommen aus Wefelsfleth." „In Ordnung. Wenn Sie sagen, das sind Zeltstangen, dann können Sie weiterfahren", mußte ein Polizist bei einer Durchsuchung eingestehen.

Orden und anderes Grünzeug hat der Bundeskanzler an die Polizei gleich lieber nicht verteilt, die sind schon woanders hingekommen. Nicht weil die Orden ausgegangen sind, sondern welcher Polizeitruppe hätte er den Orden geben sollen? Die unsichere Moral der Kampftruppe wäre gleich in Gelächter innerhalb der Polizei umgeschlagen.

Nicht zu knapp wird dieser und jener Polizist zu Hause Beschimpfungen, Drohungen und auch Fragen ausgesetzt gewesen sein. 46 % der Bevölkerung spricht sich gegen Kernenergie aus. Dann kann man sich vorstellen, wie dies auf die Polizei wirkt.

Dies wirkt nicht gut auf den bürgerlichen Staat und treibt Uneinigkeit in ihn auf. Dies ist für das andere Lager, die Arbeiterklasse, nur günstig.

Wenn man sich den Demonstrationszug des bürgerlichen Staates anschaut und den der Demonstration, so scheint der des bürgerlichen Staates geordneter zu sein. Einheitliche Autos und Kleidung usw.

Nur scheint dies so. Denn der Zusammenschluß der Demonstration mit dem Ziel der Besetzung des KKW Brokdorf war viel größer, dies erkennt man nicht an der Kleidung, sondern an der Stimmung, an den Parolen usw., oder haben die Polizisten auch Parolen gerufen. Dies ist uns nicht bekannt, auch brauchen sie große Schilder und Knüppel, gebrauchen sie für den Einsatz schwere Waffen, um den Bau des KKW zu verhindern.

Mit den Waffen, die es in Brokdorf eingesetzt waren, würde die Arbeiterklasse wahrscheinlich ganz Norddeutschland auf jeden Fall befreien können. Dies macht die politische Schwäche und Operationsunfähigkeit der Polizei deutlich.

Die Bewaffnung und eine geschickte Politik der Opportunisten braucht aber der bürgerliche Staat, wenn er sich durchsetzen will

Wenn die Arbeiterklasse und seine revolutionäre Organisation eine richtige Politik entfaltet, wird sie nicht nur diese einnehmen, sondern auch einige Offiziere gewinnen, was der Revolution nur dienen kann.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 9 / 1977: 32 000

Siedlerstaat Israel:

Stützpunkt der Imperialisten, die Mannschaft zersetzt sich

„Israels Wirtschaft steht am Abgrund", heißt es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". „Tage ohne Streiknachrichten gibt es kaum, und an einem Tag standen plötzlich 30 Prozent aller öffentlichen Bediensteten im Streik oder in irgendeiner anderen Form des Arbeitskampfes." Die bürgerliche Presse ist aufgescheucht. Die Mannschaft des Siedlerstaates Israel zersetzt sich. Für die Imperialisten der USA und der EG ist das Siedlerregime der wichtigste Militärstützpunkt auf arabischem Boden. Dieser Stützpunkt wird von ihnen gepäppelt und gepflegt. Er wird auf Raub und Aggression ausgerichtet gegen die arabischen Völker und insbesondere gegen das palästinensische Volk, was mit Errichtung des Siedlerstaates durch die Imperialisten von seinem Grund und Boden vertrieben wurde. Der Militärstützpunkt Israel ist für die Imperialisten wichtig, um ihre Interessen im Nahen Osten durchzusetzen. Es geht vor allem um das Erdöl. Israel ist der Kettenhund der Imperialisten, der immer dann von der Leine gelassen wird, wenn ökonomischer und politischer Druck der Imperialisten gegen die arabischen Staaten nicht ausreicht, ihre Profitinteressen zu befriedigen.

Israel ist ein riesiges Militärlager. Über 40 Prozent des Staatshaushaltes werden für Militärausgaben direkt verwandt. Das nebenstehende Schaubild zeigt den Staatshaushalt der Zionisten, Einnahmen und Ausgaben. Nicht enthalten sind die sich gegenseitig deckenden Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Wirtschaftsunternehmungen. Aber auch Ausgaben des Haushaltes, etwa die für Infrastruktur, werden keineswegs nur für Wohnungen verwandt, sondern für den Bau von Festungen und Kasernen in den besetzten Gebieten, für das Anlegen von Wehrdörfern entlang der Grenzen. So dürften die Ausgaben für die Militärmaschinerie wesentlich höher liegen. Die Wehrdienstzeit der Zionisten ist eine der längsten der Welt, vier Jahre. Fast alle Siedler, die sich an den Grenzen und in den besetzten Gebieten befinden, sind bewaffnet. Von der erwerbstätigen Bevölkerung sind insgesamt 60 Prozent im Dienstleistungsbereich beschäftigt, wozu auch die staatlichen Rüstungsbetriebe gehören sowie die paramilitärischen Einrichtungen.

Eine Million Menschen sind im letzten Jahrzehnt in Israel eingewandert. Ein großer Teil wurde in den öffentlichen Dienst, den Dienstleistungssektor oder gleich in die Armee gesteckt. Für diesen Menschennachschub, der gegenwärtig ins Stocken geraten ist, haben insbesondere die russischen Sozialimperialisten gesorgt, die Hunderttausende aus der Sowjetunion in den Siedlerstaat verfrachtet haben. Letztes Jahr waren von 19 870 Einwanderern 10 345 aus der Sowjetunion, Menschennachschub für Raub und Aggression.

Die Palästinenser und Araber nennen den Siedlerstaat ein künstliches Gebilde. Finanziert wird diese Militärmaschinerie von den Imperialisten der USA und der EG-Staaten. Auch die wichtigsten Waffen und Ausrüstungsgegenstände werden von ihnen geliefert. Am nebenstehenden Haushalt des Jahres 1976 wird bei den Einnahmen deutlich, daß ein hoher Anteil des Staatshaushaltes allein durch die Kredite der Imperialisten gedeckt wird. Der andere Teil der Einnahmen wird durch hohe Steuereinnahmen und vor allem durch die rigorose Ausplünderung der besetzten Gebiete und der dort lebenden Menschen gezogen.

Die Kredite, die die Imperialisten in den Siedlerstaat stecken, lassen sie sich sehr wohl bezahlen. Die USA-Imperialisten werden 1977 Kredite an die 3 Milliarden Dollar vergeben. Bisher sind von der Regierung Ford allein 1,5 Milliarden vergeben worden, Carter hat bei Amtsantritt mit 285 Millionen Dollar weitergemacht. „Eine Milliarde Dollar soll für die Rüstung ausgegeben werden." Deutlich sieht man, daß, wenn die Imperialisten diese Kredite stoppen würden, der ganze Gewaltapparat der Zionisten zusammenbrechen würde. So ist der erste Preis schon in der Tasche, nämlich ein stets williger Kettenhund in Nahost, der bereit ist, jede Aggression und jeden Raub gegenüber den arabischen Völkern zu begehen. Zum anderen lassen sich die Imperialisten aber auch die Kredite zurückzahlen sowie die Zinsen. Die Auslandsverschuldung der Zionisten ist mit die größte der Welt. Mittlerweile beträgt sie 9,4 Milliarden Dollar. Zurückgezahlt werden diese Kredite durch die rigorose Ausplünderung der besetzten Gebiete durch die Zionisten, durch die Ausbeutung der palästinensischen Massen. Auch wenn die Siedler hohe Schulden haben und zahlen müssen, sind sie immer noch die Nutznießer, haben sie doch das Land den Palästinensern rauben können mit den fruchtbarsten Gebieten. Eine eigenständige Wirtschaft aber hat dieses künstliche Gebilde nicht ausgebildet. Es ist ein Militärstützpunkt mit teilweiser Selbstversorgung.

Riesige Zitrusplantagen haben die Israeli den Arabern geraubt und plündern sie aus. Eine Leichtindustrie besteht, die ganz auf den Export ausgerichtet ist. Ebenso werden die Zitrusfrüchte exportiert. Das ist nötig, weil sonst die Zionisten überhaupt nicht an die nötigen Gelder kommen, die Kredite zurückzuzahlen. Vielfach müssen die Kredite an die Imperialisten in der gleichen Währung zurückgezahlt werden, wie sie sie bekommen haben. Also Dollar gegen Dollar. Also müssen die Zionisten ihre Waren im Ausland verkaufen, um überhaupt an des Geld heranzukommen. Dazu haben die Zionisten ihre Währung abgewertet, was für die Imperialisten günstig ist, weil die Waren aus Israel im Ausland billig sind und sie Extraprofite machen. Der Import nach Israel wird dagegen aber teuer. Importieren müssen die Zionisten zum Beispiel Maschinen oder auch Getreide, das sich durch die Abwertung ungeheuer verteuert. Das hat zu einer Inflationsrate geführt von 35 Prozent. Im Laufe der letzten drei Jahre sind die Preise um 96 Prozent gestiegen. Eine weitere Einnahmequelle des Staatsapparates der Zionisten sind die Einnahmen durch Importzölle, wie der Haushalt auch zeigt. Das führt aber ebenso zur Verteuerung der Waren.

Diese Entwicklung hat zur großen Unruhe unter der Mannschaft des Siedlerstaates geführt. Der Staat Israel, vollständig an der Leine der Imperialisten, hat laufend Steuern erhöht und staatliche Zuschüsse gestrichen. Das führt zur Senkung des Existenzminimums auch der israelischen Bevölkerung und vor allem der Arbeiter. Diese Entwicklung hat die Klassenspaltung in Israel selber vertieft. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer versuchen die Zionistenhäupter die Staatsschuld weiter zu bremsen und haben sich dadurch eine Welle von Streiks eingehandelt.

Wie hoch der Grad der Verelendung der israelischen Arbeiter und hier vor allem der orientalischen Juden vorangeschritten ist, zeigt die Tatsache, daß 36 Prozent aller Erwerbstätigen mit vier oder mehr Kindern „ohne das Kindergeld als arm gelten würden" (Blick durch die Wirtschaft; es sind heute nur noch 10 Prozent). (Als Armutsgrenze gilt im Siedlerstaat ein Einkommen von 40 Prozent des Durchschnittsgehalts eines Erwerbstätigen. Ein Durchschnittseinkommen beträgt nach Zahlen aus „Blick durch die Wirtschaft" 44 500 israelische Pfund im Jahr gleich 12 015 DM.)

Die Streiks im letzten Jahr erfaßten alle Bereiche der Wirtschaft des Zionistenstaates. Insbesondere aber die Bereiche des Dienstleistungssektors und des öffentlichen Dienstes. Inwieweit Armeebetriebe bestreikt wurden, ist nicht veröffentlicht. 123 Vollstreiks hat es gegeben, insgesamt 304 214 Arbeitstage sind gestreikt worden, eine Steigerung von 84 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Streiks richteten sich gegen die Maßnahmen der Zionistenführer, die Löhne zu senken und die Ausplünderung zu steigern. Weil das Parlament Zuschüsse für den Nahverkehr streichen wollte, legten Tel Avivs Busfahrer „entschlossen die Arbeit nieder und stürzten die Stadt ins Chaos". Solche Streiks haben über die Forderungen hinaus Bedeutung. Der Siedlerstaat wird am Nerv getroffen, sein riesiger Gewaltapparat funktioniert nicht reibungslos. Daß der öffentliche Dienst funktioniert, ist aber für die Militärmaschinerie unerläßlich. Über die Busverbindungen laufen zum Teil die Mobilisierungen der Zionistenarmee bei Vorbereitungen zur Aggression. Sind diese Wege nicht intakt, so ist ihr Apparat erheblich gestört.

Zuletzt mußte der Parteitag der israelischen „Arbeiterpartei", die seit Errichtung des Siedlerstaates diesen regiert, im Dunkeln beginnen, denn das „israelische Fernsehen hatte gerade einen Streik beschlossen und war mitsamt seinen Scheinwerfern abgerückt".

Regierung und die Zionistengewerkschaft Histradut haben schon vor Wochen ein Abkommen unterzeichnet, das ein Einfrieren von Löhnen, Preisen und Steuern vorsieht und vor allem eine „Beruhigung der Arbeiterschaft erwirken" soll. Die Parteienlandschaft ist zerstritten darüber, wie die Lage in den Griff zu kriegen ist. Erneut wird ein Aggressionskrieg gefordert. Die Regierungspartei selbst ist auch zerstritten über die Beseitigung der Krise.

Die gewaltigste Kraft zur Zersetzung des Siedlerregimes ist aber der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO. Die PLO kämpft für ein freies demokratisches Palästina, aus dem die Imperialisten vertrieben sind und in dem Araber und Juden gemeinsam leben können. Kein Monat vergeht, wo nicht auf den Westbanks neue Kämpfe der palästinensischen Massen gegen die Besatzer entbrennen. Jede Verbindung zwischen den streikenden Arbeitern in Israel und den kämpfenden Palästinensern wird von den Zionisten mit Gefängnisstrafen verfolgt. Ihr Gewaltapparat, von den Imperialisten geschaffen als Mittel zur Unterdrückung der arabischen Völker, richtet sich mittlerweile auch gegen Teile der jüdischen Bevölkerung.

Die Zersetzung des Siedlerregimes aufzuhalten, den Einfluß im Nahmen Osten gegenüber den Sozialimperialismus zu festigen, dienten in den letzten Wochen die Diplomatenbesuche verschiedener US- und EG-Politiker.

Die EG trägt auf zwei Schultern: Zum einen erhält sie schon seit Jahren den Siedlerstaat Israel am Leben durch Kredite und Unterstützung durch Waffen. Zum anderen schleichen sie sich bei den arabischen Staaten ein, um die Reichtümer auszubeuten. Mit der EG haben die Zionisten sei 1975 ein Freihandelsabkommen. Genschers Reise in die arabischen Staaten sollte die Verbindungen festigen. „Die EG schloß mit Ägypten, Syrien und Jordanien Verträge über wirtschaftliche, technische und finanzielle Zusammenarbeit, neben großzügigen Handelserleichterungen (für die EG) ist eine europäische Beteiligung an der Industrialisierung dieser Länder vorgesehen", schreibt der „Vorwärts" der SPD.

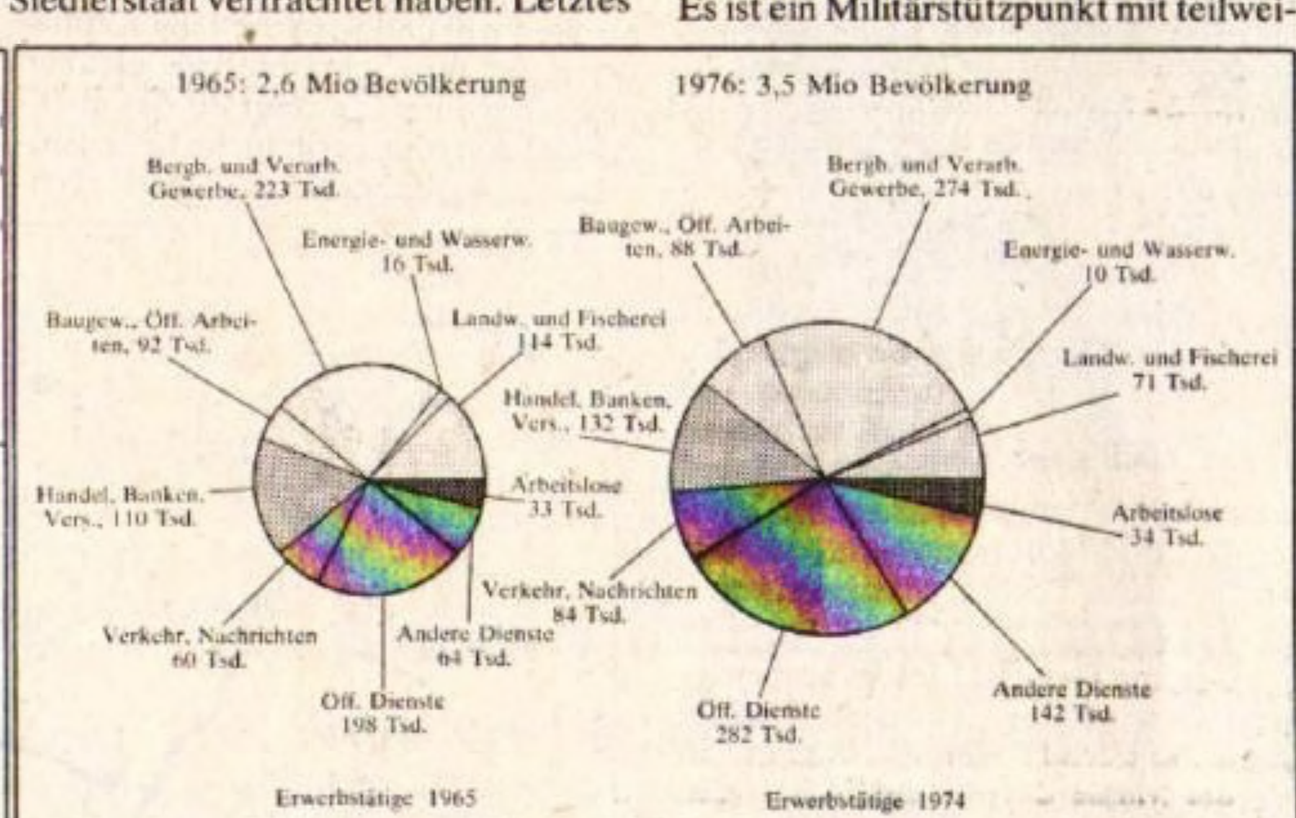
„Die neuen Partner beziehen von 780 Millionen Mark. Ähnliche Kontrakte hat die EG bereits mit Algerien, Marokko und Tunesien abgeschlossen."


Streik der Busfahrer in Tel Aviv

Führend ist dabei der BRD-Imperialismus. Allein die deutschen Investitionen im gesamten arabischen Raum sind von Ende 1974, von rund 479 Millionen DM, bis zum 30.6.76 auf 706 Millionen DM angewachsen. (Commerzbank) „Gewinnchancen bietet er (der arabische Markt) wie kaum ein anderer", heißt es in Merkblättern der Commerzbank, die kürzlich extra ein Podiumsgespräch mit 1 500 Geschäftsleuten und Politikern über arabisch-deutsche Zusammenarbeit durchgeführt hat. Die Aufrechterhaltung des Kettenhundes Israel ist dabei eine Seite der „ausgewogenen Nahostpolitik", wie die EG ihre imperialistische Politik nennt. – (jk)

Einnahmen des zionistischen Siedlerstaates (Ansatz) 1972 1973 1974 1975 1976: Sonst. Kredite (Entwicklungshaushalt), Auslandskredite (Entwicklungshaushalt), Inlandskredite (Entwicklungshaushalt), Kredite (ord. Haushalt), sonst. Einnahmen, Verbrauchsteuer und Zölle, Einkommenssteuer

Ausgaben des zionistischen Siedlerstaates (Ansatz) 1972 1973 1974 1975 1976: Schulden, Militär, Subventionen, Infrastruktur, Gesundheit, Bildg. Soziales, Sonst.



Wirtschaftliche Daten über Israel

Die Imperialisten holen aus dem Volk und Land Palästinas, was zu holen ist. 1974 betrug die Ausfuhr 1,82 Millionen Dollar. Hauptsächlich aber dient ihnen der Staat Israel als militärischer Brückenkopf. Er muß von außen versorgt werden wie ein Fort im feindlichen Land. 1974 betrug die Einfuhr 4,237 Millionen Dollar. Auf dem geraubten Land wachsen die Orangen für die imperialistischen Länder. Ausfuhr an Nahrungsmitteln erstes Halbjahr 1976: 246,3 Millionen Dollar. Trotz des offensichtlich fruchtbaren Bodens kann sich die Siedlerkolonie nicht selbst ernähren. Einfuhr an Nahrungsmitteln erstes Halbjahr 1976: 222,2 Millionen Dollar. 1975/76 sank die Weizenernte um 17 Prozent, der Gemüseanbau um 4 Prozent. Trotzdem stieg die Ausfuhr von Gemüse und frischen Früchten. Vom Aufbau einer Industrie kann nicht gesprochen werden. Was es gibt, sind einige wenige hochgepäppelte Bereiche der Leichtindustrie: leichte Waffen, Reifenherstellung, Textilindustrie, Diamantenindustrie, etwas Elektroindustrie und Fahrzeugmontage. In den Jahren 1970 bis 1975 wurde die Diamantenindustrie und der Zusammenbau von Fahrzeugen am schnellsten ausgebaut, um 62 bzw. 65 Prozent. Für die Armee und den Export. Diamanten werden eingeführt, bearbeitet und wieder ausgeführt. Weit mehr als ein Drittel des Exportwerts machen Diamanten aus.

Grundstoffe und Maschinen bekommt Israel von den Imperialisten geliefert. Gegen Kredit und Zins. Hätten die israelischen Auslandsschulden 1970 mit einer Kiste Apfelsinen beglichen werden können, so wären Ende 1976 sechs Kisten nötig. Mit dem Aufbau von Fabriken ist es jetzt fast ganz aus. Die Einfuhr von Eisen-, Stahl- und Metallerzeugnissen mußten die Generäle der Garnison um 40 Prozent einschränken, damit die verteuerten langlebigen Gebrauchsgüter noch eingeführt werden können. Die westeuropäischen Imperialisten greifen zu. „1976 stand ein Teil der Industrie bereits unter dem Druck des Abkommens, das zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Israel zur Schaffung einer Freihandelszone ausgehandelt wurde", vermerkt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Die Wirtschaft zerrüttet, die Garnison wird unruhig. „Besonders im öffentlichen Sektor war das letzte Quartal des Jahres 1976 durch ernste Arbeitskonflikte gekennzeichnet. Die Regierung als größter Arbeitgeber des Landes hatte oft erhebliche Schwierigkeiten, diese Konflikte, die zeitweise bis zu 35 Prozent der öffentlichen Dienste umfaßten, beizulegen, ohne den angespannten Haushaltsrahmen zu sprengen." Für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist diese Entwicklung ausgesprochen günstig.

„Gewinn mitnehmen" heißt die Losung der Automobilkapitalisten

Was hinter der Automobilkonjunktur steckt

In diesen Tagen sind die Zulassungszahlen für das Jahr 1976 veröffentlicht worden. Die Presse stimmt einen nur leicht gedämpften Jubel an. Es ist den westdeutschen Automobilkapitalisten im Jahr 1976 nicht nur gelungen, die Produktion zu steigern, sie haben auf dem Inlandsmarkt den Konkurrenten auch beträchtliche Marktanteile abgenommen. Bereits nach der Übersicht über die ersten drei Vierteljahre hatte das „Handelsblatt" in die Schlagzeile geschrieben „Harte Zeiten für Auto-Importeure. Erfolgreiche Offensive der deutschen Hersteller." Jetzt stellt es fest: „Deutsche PKW-Hersteller haben sich durchgesetzt. 80 % Marktanteil – Ausländer verkaufen weniger." Das „Handelsblatt" hat die Zulassungen offen und direkt nach Größe und chauvinistischen Gesichtspunkten geordnet. Es hat folgende Tabelle veröffentlicht:

PKW-Zulassungen	1976	1975	Differenz	in %
VW-Konzern	663 095	568 993	74 102	12,6
Opel	469 304	381 397	87 907	23,1
Ford	345 611	286 750	58 861	20,5
Daimler-Benz	203 213	195 520	7 693	3,9
BMW	130 090	128 637	1 453	1,1
Renault	123 455	119 889	3 566	3,0
Fiat	111 489	117 235	– 5 746	– 4,9
Peugeot/Citroen	82 887	98 219	– 15 332	– 15,6
Deutsche Marken	1 809 640	1 581 393	228 247	14,4
Ausländische Marken	502 427	524 655	– 22 228	– 4,2
Zulassungeninsgesamt	2 312 067	2 106 048	206 019	9,8

Das sind in der Tat beträchtliche Zuwachsraten. Den höchsten absoluten Zuwachs wie auch die höchste Zuwachsrate hat Opel erzielt. Opel hat auch die meisten Sonderschichten erzwingen können. Den zweithöchsten Zuwachs hat der VW-Konzern zu verzeichnen. Auch er hat die Arbeiter kräftig zu Sonderschichten gezwungen, nachdem er ein Jahr davor über 24 000 Arbeiter und Angestellte entlassen hat. Bei den oben angeführten Zahlen handelt es sich um die Zulassungen in Westdeutschland. Sie spiegeln die Entwicklung auf dem westdeutschen Inlandsmarkt wider, sagen aber noch nichts direkt zur Entwicklung der Produktion aus. Über die Entwicklung der Produktion gibt folgende Tabelle Auskunft:

kunft:

Produktion und Export 1976 der deutschen Automobilhersteller

Hersteller	Produktion (1) Stückzahl	Produktion (1) Veränd. in %	Export (2) Stückzahl	Export (2) Veränd. in %
Personen-/Kombiwagen				
Audi NSU Auto Union	250 289	17,6	(3)	(3)
BMW	275 022	24,3	132 218	29,3
Daimler-Benz	378 241	6,1	171 932	7,0
Ford	790 120	28,3	295 184	33,6
Opel	935 200	38,8	435 005	47,4
Porsche	32 554	245,4	21 958	225,0
Volkswagenwerk	1 811 032	10,4	780 585(3)	13,1(3)
Insgesamt	4 472 458	19,9	1 836 882	24,5

(1) Einschließlich im Ausland unter Verwendung deutscher Teilzulieferungen hergestellte Fahrzeuge mit deutschem Firmenzeichen
(2) Einschließlich zerlegte, gemäß Brüsseler Zolltarifschema als fertig geltende Fahrzeuge und Fahrgestelle, jedoch ohne aus ausgeführten Teilesätzen im Ausland hergestellte Fahrzeuge
(3) Export von Audi- und NSU-Fahrzeugen im VW-Export enthalten.
Quelle: Verband der Automobilindustrie e.V.

Die Produktion ist bei fast allen Firmen und Konzernen noch schneller gestiegen als ihr Verkauf auf dem westdeutschen Binnenmarkt. Sie konnten also, wie die Zahlen zeigen, auch den Export steigern. Das bedeutet, daß die westdeutschen Automobilkapitalisten, genauer die Automobilkapitalisten, die in Westdeutschland und Westberlin produzieren lassen, nicht nur auf dem Binnenmarkt ihren ausländischen Konkurrenten beträchtliche Marktanteile abgejagt haben, sondern daß sie ihnen auch auf dem Weltmarkt kräftig zu Leibe rücken. Opel und Ford sind in der Hand von US-amerikanischen Kapital. Wir zählen es jedoch hier mit den westdeutschen Automobilkapitalisten zusammen, weil es uns auf die Entwicklung der Produktion und der Ausbeutung in Westdeutschland ankommt. Da ist es für die Arbeiter gleichgültig, in wessen Hand sich das Kapital befindet, für dessen Vermehrung sie schuften müssen.

Was steckt nun hinter dieser „Konjunktur" der westdeutschen Automobilindustrie. Was kommt in ihr zum Ausdruck und was bedeutet sie für die westdeutsche Arbeiterklasse? Für die Arbeiterklasse als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, hier der Automobile, bedeutet diese Konjunktur gestiegene Ausbeutung. Die PKW-Produktion insgesamt ist um 19,9 % gestiegen. Die Zahl der Arbeiter ist natürlich überhaupt nicht in der gleichen Weise gestiegen. Ihre Zahl ist gegenüber 1973 und 1974 zurückgegangen. Wir nehmen zum Vergleich jeweils den Monat September, weil dafür die letzten Zahlen 1976 veröffentlicht worden sind.

Zahl der Arbeiter im Straßenfahrzeugbau
jeweils September

1973	1974	1975	1976
505 614	477 374	443 675	475 251
	– 5,5 %	– 7,1 %	7,1 %

Während also die Kapitalisten nur 7,1 % mehr Arbeiter gegenüber 1975 eingestellt haben, haben sie 19,9 % mehr aus diesen Arbeitern herausgeholt an Autos. Das ging nur durch beträchtliche Verlängerung der Arbeitszeit, wobei wir daran erinnern, daß bereits 1975 die Produktion gesteigert worden ist und keine Kurzarbeit mehr herrschte. Auch beim Vergleich der geleisteten Arbeiterstunden legen wir jeweils den Monat September zugrunde:

Geleistete Arbeiterstunden
(in 1000)

1973	1974	1975	1976
73 828	66 127	67 522	72 978
	– 10 %	2,1 %	8 %

Dividiert man nun die geleisteten Arbeiterstunden durch die Zahl der Arbeiter, dann erhält man die jeweils durchschnittlich pro Arbeiter geleisteten Arbeiterstunden. Das waren im September 1973, als sich der Beginn

September 1973, als sich der Beginn

der Krise in der Automobilindustrie erst abzuzeichnen begann, 146 Arbeiterstunden pro Monat und im September 1976 154 Arbeitsstunden. Seit dem Zeitpunkt unmittelbar vor Beginn der Krise in der Automobilindustrie bis heute haben die Kapitalisten in der Automobilindustrie also inzwischen die pro Arbeiter geleisteten Arbeiterstunden um 5,5 % erhöht. Dahinter verbergen sich Hunderttausende von Überstunden, denn es handelt sich um eine Durchschnittszahl, in der Überstunden und Sonderschichten auf der einen Seite und Urlaub, Teilzeitarbeit, Krankheit usw. auf der anderen Seite sich gegeneinander aufheben. Es kommt hier auf die Tendenz an und diese Tendenz ist eindeutig. Sie zeigt eine beträchtliche Verlängerung des Arbeitstages. Das ist das eine, was sich hinter der „Konjunktur" verbirgt. Die Produktion ist aber beträchtlich mehr gesteigert worden, als dies der Steigerung der geleisteten Arbeiterstunden entspricht. Das bedeutet, daß der Arbeitstag nicht nur verlängert worden ist, sondern auch intensiver worden ist. Hinter den Zahlen verbergen sich die erhöhten Taktzahlen an den Bändern, verbirgt sich die Verkürzung der Vorgabezeiten beim Akkord, beliebte Methoden der Kapitalisten, mit denen sie die Ausbeutung steigern und ihre Konjunktur zustandebringen. Dabei kommt es den Kapitalisten bekanntlich auf die Autos nur an, soweit sie Träger von Profit sind. Die Kapitalisten haben die Automobilproduktion durch Verschärfung der Ausbeutung in die Höhe getrieben, weil sie sich mit der Produktion von Autos große Mengen Profit produzieren lassen konnten. Diese Profite konnten sie auch auf dem Markt realisieren. Einen Teil von diesen Profiten und ihrer Steigerung durch Steigerung der Schweißauspressung bekommt man durch die jetzt bekannt gewordenen Zahlen des Opel-Konzerns. Trotz aller Bemühungen, die Bilanz zu frisieren, konnten 700 Millionen DM Profit nicht verborgen werden. Diese 700 Millionen DM sind in der Bilanz der amerikanischen Mutter, General Motors, aufgetaucht. Die westdeutsche Tochter kommentiert:

„Der von General Motors ausgewiesene Gewinn der deutschen Tochter Adam Opel AG werde – wie in der Vergangenheit – mit dem von Opel selbst zu publizierenden Jahresüberschuß nicht übereinstimmen, weil zwischen den USA und der Bundesrepublik Unterschiede bei Abschreibungen, Versteuerung und anderen Finanzierungsvorgängen bestehen. Hierauf wies Opel nach der US-Veröffentlichung hin. Nach dem hervorragenden Verkaufsergebnis mit verbesserten Marktanteilen werde Opel nach zwei enttäuschenden Jahren einen ‚sehr befriedigenden' Gewinn aufweisen und dem Anteilseigner Dividende zahlen."

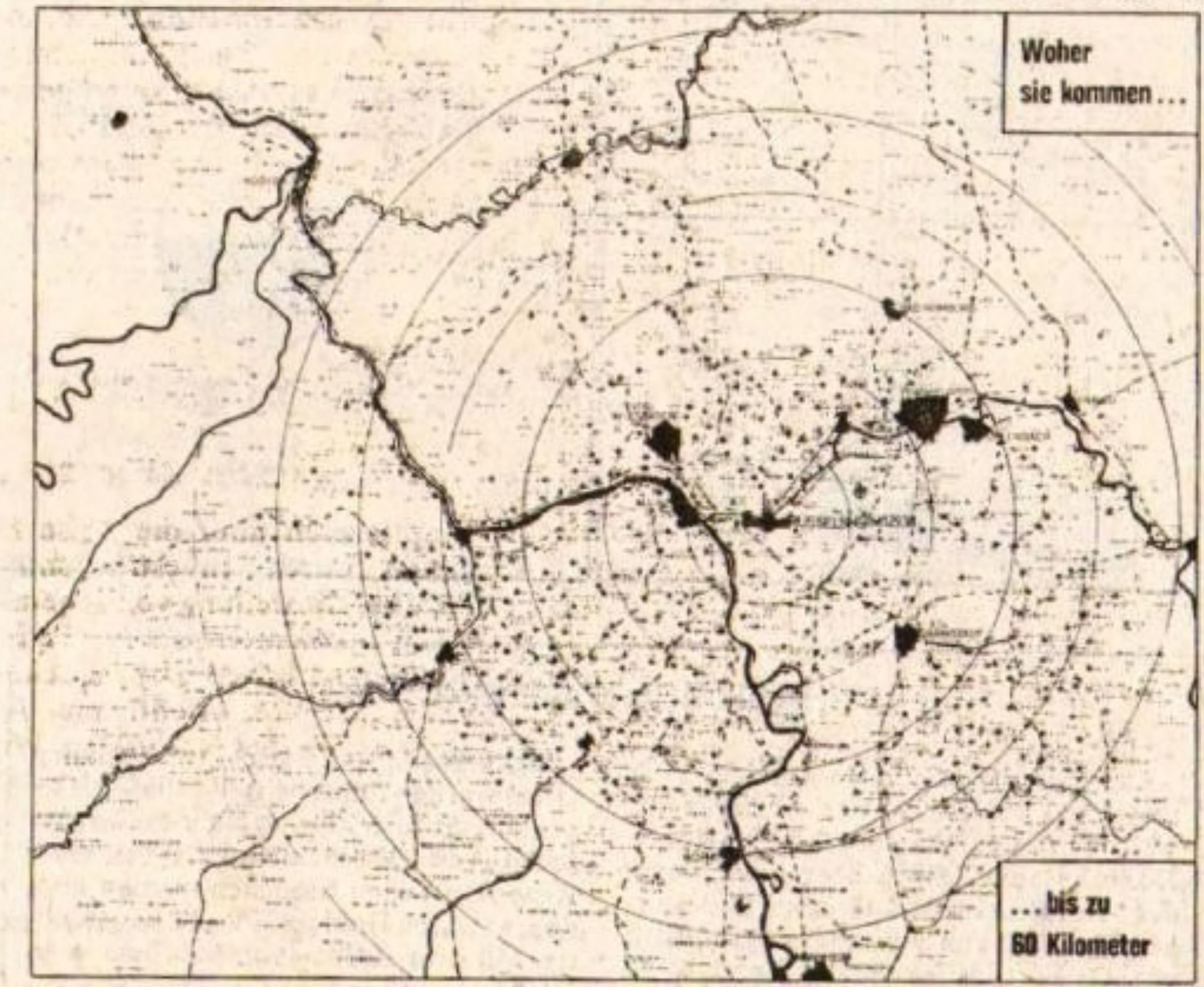
Das berichtet das „Handelsblatt" am 22. Februar. 1975 bestand das „enttäuschende Ergebnis" in immerhin 50 Millionen. Einen Tag später steht dann in derselben Zeitung, einem Hausblatt der Kapitalisten, „Opel plant wieder Sonderschichten".

„Aufgrund der anhaltend starken Nachfrage will die Adam Opel AG, Rüsselsheim, wieder Sonderschichten fahren. Wie die Verwaltung mitteilt, sind für die Werke Bochum und Kaiserslautern jeweils zwei Sonderschichten in den Monaten März, April und Mai mit dem Betriebsrat vereinbart worden. Im Rüsselsheimer Werk haben die Arbeitnehmer, wie es heißt, aus tariflichen Gründen ihre Zustimmung nur für je zwei Zusatzschichten

mung nur für je zwei Zusatzschichten

in den Monaten März und April gegeben. Geplant seien jedoch auch für das Stammwerk zwei Sonderschichten im Mai, teilte das Unternehmen mit." Das Wort „Arbeitnehmer" zeigt seine ganze Verlogenheit, wenn es im Zusammenhang der Sonderschichten auftaucht, mit denen sich die Kapitalisten *weitere* Mehrarbeit *holen* wollen. Die Zustimmung zu solchen Auspreßmethoden geben die sozialdemokratischen Betriebsräte, und wie ernst die Kapitalisten die „Bedenken" dieser Sorte Betriebsräte nehmen, zeigt sich daran, daß die Opel-Kapitalisten die Sonderschichten auch im Werk Rüsselsheim für den Mai bereits fest einplanen. Rausholen aus den Arbeitern, was nur geht, um auf dem Markt die von den Arbeitern produzierten Profite zu realisieren, solange es der Markt zuläßt; Gewinne mitnehmen, bevor die nächste Krise kommt; möglichst wenig Einstellungen vornehmen, bloß für den Ersatz verschlissener Maschinen investieren und für die kapitalistische Rationalisierung, das ist in der Automobilindustrie für die Kapitalisten gegenwärtig das A und O.

Verschärfen sie die Ausbeutung ins Unerträgliche, so nehmen sie die günstige Konjunktur auch wahr, um die Preise zu heben. Porsche, der seine Produktion im letzten Jahr bei einer Zunahme der Beschäftigten um 8 % auf 4 000 mehr als vervierfacht hat, hat als erster mit den Preiserhöhungen begonnen. „Porsche-Preiserhöhung: Vorreiter?" fragt die „Süddeutsche Zeitung" scheinheilig. Scheinheilig deshalb, weil klar ist, daß die Automobilkapitalisten mit ihren Preiserhöhungen vor allem an die Gelder der Käufer aus der Arbeiterklasse heranwollen. Einen Porsche kann sich aber ein Arbeiter nicht leisten. Den kann sich bloß einer leisten mit Mercedes als Erstwagen. Die Zunahme des Vertriebs von Porsche und die Tatsache, daß Porsche mit den Preiserhöhungen beginnt, ist bloß ein weiteres Zeichen für das Wohlleben der Kapitalisten, das sich auch mit der Krise großartig entwickelt hat. Daß die Kapitalisten, die Kleinwagen und Wagen der Mittelklasse produzieren lassen und vertreiben, ihre Produktion und ihren Vertrieb ebenfalls steigern konnten und die Preiserhöhungen bereits in ihre Kalkulation aufgenommen haben, ist dagegen nicht, wie mancher naiv glauben will und wie einen die Kapitalisten und ihre Schreiberlinge glauben machen wollen, Zeichen für das ebenfalls im Aufstieg befindliche Lebensniveau der Arbeiterklasse. Das Gegen-



Einzugsgebiet Opel

teil ist der Fall. Die Arbeiter, kleinen Angestellten und die kleinen Beamten, soweit sie 1976 ein neues Auto gekauft haben oder ein neues Auto kaufen müssen, sind dazu jetzt gezwungen, weil es ihnen schon die ganze Zeit schlechter geht. Das klingt seltsam? Dann untersuchen wir die Tatsachen. Die Tatsache, daß es für die Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten immer schwieriger wird, sich ein neues Auto anzuschaffen, kommt z.B. in folgender Tabelle zum Ausdruck. Sie zeigt die Altersstruktur des Kraftfahrzeugbestandes. Aus ihr geht hervor, daß der Anteil der ein- bis dreijährigen Autos seit 1971 kontinuierlich abgenommen hat, während der Anteil der fünf- bis zehnjährigen Autos kon-

der fünf- bis zehnjährigen Autos kon-

tinuierlich zugenommen hat.

Die Masse der Lohnabhängigen muß den Ersatz ihres Autos immer länger hinausschieben. Ersetzen müssen sie es aber, denn sie brauchen es. Das ist einer der entscheidenden Gründe, warum in den letzten Jahren die Sparguthaben aus der Arbeiterklasse und anderen Schichten der Lohnabhängigen zugenommen haben. Die Wissenschaftler der Kapitalisten wissen natürlich auch um diesen Sachverhalt und weisen die Kapitalisten sogar in öffentlich zugänglichen Schriften darauf hin, daß die Haltbarkeit der Autos weiter verringert werden müßte. Das trifft sich gut mit der Verschärfung der Ausbeutung, die ein ordentliches

Altersstruktur des Kraftfahrzeugverbandes (PKW)
(Bestand von Hundert)

Alter	1975	1974	1973	1972	1971	1963
	17 898 000	17 341 300	17 023 100	16 055 000	15 115 000	7 0304 580
1 Jahr	6,19	5,25	7,3	7,0	7,8	11,3
2 Jahre	9,44	11,65	12,5	13,37	13,9	16,28
3 Jahre	11,19	12,25	12,5	13,01	12,0	14,18
4 Jahre	11,71	12,11	12,1	11,2	9,19	12,74
5 Jahre	11,57	11,70	10,39	8,52	8,59	9,54
6 Jahre	11,43	9,96	7,85	7,91	9,2	7,68
7 Jahre	9,32	7,42	7,2	8,45	9,0	6,99
8 Jahre	6,79	6,66	7,4	7,96	7,46	6,08
9 Jahre	5,85	6,57	6,67	6,24	6,32	4,89
10 Jahre	5,44	5,53	4,8	4,9	5,2	3,35
11 Jahre	4,13	3,55	3,48	3,78	3,9	2,41
12 Jahre	2,5	2,46	2,61	2,79	2,7	1,75
darüber	4,6	4,83	4,78	4,5	4,49	2,63

Quelle: Jahrbücher 1976, 1975, 1974, 1973, 1972, 1964

Arbeiten immer schwieriger macht. Ein Gutachten des IFo-Instituts stellt fest, daß die Ersatzanschaffung von Autos gegenüber der Erstanschaffung von Autos immer größere Bedeutung bekomme und daß „damit die *durchschnittliche Lebensdauer* immer stärker zur bestimmenden Einflußgröße der Konjunktur werde. Wenn das kein klarer Hinweis für die Kapitalisten ist, daß sie für immer mehr Geld immer mehr größeren Ramsch liefern sollen! Die Kapitalisten können sich das leisten, weil das Auto für die Masse der Lohnabhängigen nicht ersetzbar ist und bei dem schlechten Arbeitsmarkt übrigens immer unersetzbarer wird. Man muß es sich also vom Essen absparen. Damit zeigt sich die andere Bedeutung, die die Konjunktur der Autoindustrie neben der gestiegenen Ausbeutung der Automobilarbeiter für die Arbeiterklasse hat: die Arbeiter müssen trotz sinkender Qualität und steigenden Preisen jetzt kaufen, weil sie anders ihre Arbeitskraft nicht erhalten *und* auf den Arbeitsmarkt bringen können. Wie der gleiche Gutachter des IFo-Instituts feststellt: „Aus der geringen kurzfristigen Beweglichkeit der Ersatzzulassungen ist zu schließen, daß es sich bei der durchschnittlichen Lebensdauer der Personenkraftwagen um eine relativ starre Größe handelt." Die Kapitalisten sorgen dafür, daß diese „relativ starre Größe" sich verkleinert.

Kommunismus und Klassenkampf

Ein anderer Beleg für die Tatsache, daß die Automobilkonjunktur nicht den Glanz, sondern das Elend des Arbeiterhaushaltes zum Ausdruck bringt, ist die Entwicklung des Anteils des Kleinwagens an allen zugelassenen Wagen. Die Klassenspaltung, die sich auch auf dem Markt widerspiegelt, bringt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schon am 22. März 1976 auf die Schlagzeile: „Kleine und teure Autos fahren am besten". Das stimmt. Sie wurden bloß von völlig verschiedenen Händen gesteuert. Die kleinen durch Hände, die von der Arbeit geprägt sind, die teuren durch Hände, die vom Nichtstun weich geblieben sind. Schöne Konjunktur. – (gs)

Schlichtungsschwindel

Kluncker sagt: „Dann bitte auch Schlichtung." Zum Schlichtungsschwindel greifen die Sozialdemokraten immer dann, wenn sie anders die Interessen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst nicht an die Regierung verkaufen können.

Im letzten Jahr hatte die Schlichtung es Kluncker ermöglicht, von der 135-DM-Forderung runterzukommen auf den Abschluß von 5,0 Prozent, mindestens 85 DM. In der Schlichtung soll durch einen „neutralen" Vorsitzenden ein „Interessenausgleich" erreicht werden. Ein schöner Interessenausgleich waren diese 5,0 Prozent.

Kluncker steuert einen ähnlichen „Interessenausgleich" jetzt wieder an: „Wir haben die Schlichtung nicht programmiert. Die Schlichtung ist ein Konfliktlösungsinstrument, wenn es nicht ohne Schlichtung geht, oder wenn wir am Dienstag die Überzeugung haben können, durch eine Schlichtung kämen wir besser zum Urlaubsgeld, dann bitte auch Schlichtung, einen Arbeitskampf möchte ich keineswegs ausschließen." (Interview am zweiten Verhandlungstag) Am liebsten schließt Kluncker aber doch mit der Regierung gleich ab, was in geheimen Zweiergesprächen Maihofer–Kluncker ausgehandelt wird.

„Konfliktlösung" heißt für die Sozialdemokraten Klassenversöhnung. Jedes Mittel, den Klassenkampf zu verhindern, ist ihnen recht. Jedes Schlichtungsverfahren beinhaltet die Verlängerung der Friedenspflicht.

Nach dem Streik für 170 DM mindestens und 11 Prozent 1974 haben ÖTV–DAG vor Beginn des Tarifkampfes 1975 am 12.12.1974 ein Schlichtungsabkommen mit der Regierung abgeschlossen. Dem Gewerkschaftstag im Juni 1976 lag ein Antrag der Bundesjugendkonferenz vor, die Schlichtung abzuschaffen. Die Antragskommission hatte Ablehnung empfohlen, was auch durchgesetzt wurde. Danach hatte der ÖTV-Hauptvorstand die Kündigung des Schlichtungsabkommens bekannt gegeben, weil nach dem Bruch mit der DAG das Abkommen nicht mehr durchführbar war. Bei der Aufstellung der Forderung für den jetzigen Tarifkampf haben viele Mitglieder gefordert, daß kein neues Schlichtungsabkommen unterzeichnet wird. Inzwischen hat der ÖTV-Hauptvorstand das Schlichtungsabkommen unverändert rechtzeitig zur Tarif„runde" wieder unterzeichnet, aber unter völliger Geheimhaltung vor den Mitgliedern. Die Schlichtung im letzten Jahr war auch an einem geheimen Ort. Aus gutem Grund.



Hannover. Streik der Müllarbeiter und der Arbeiter der Stadtwerke gegen das 5,2 %- Angebot der Regierung

300 000 im Streik gegen Plünderprogramm der Regierung

Bericht über die Streikkämpfe in Belgien

Am letzten Freitag streikten in ganz Belgien über 300 000 Arbeiter gegen die Angriffe der Regierung auf den Geldbeutel der Massen. Dies war erst der Anfang einer Streikwelle, die bis Ostern jeden Freitag in Belgien stattfinden soll. Anlaß ist der Egmont-Plan, ein umfassender Ausplünderungsplan für das Volk, den Premierminister Tindemans vorgelegt hat. Durchsetzen wollen die Staatsbüttel der Kapitalisten folgendes:

Benzin 1 Franc (das sind 6,5 Pfennig) mehr; Zigaretten 41 Franc statt bisher 35 Franc, das sind 2,67 DM statt 2,28 DM; Zigarren und Tabak 14 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 6 Prozent; Hotels, Restaurants, Gaststätten 14 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 6 Prozent; Wein, Aperitifs, Kaviar 25 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 6 Prozent; Motorräder 25 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 18 Prozent; Lederwaren 25 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 18 Prozent; Filmentwicklung 25 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 18 Prozent; Körperpflege und Friseur 14 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher 6 Prozent; Versicherungsverträge 7 Prozent Steuer statt bisher 6,6 Prozent.

Mit diesen Mehreinnahmen durch indirekte Steuern will die Regierung den Kapitalisten über die Krise hinweghelfen durch Investitionshilfen, Prämien bei Einstellung von arbeitssuchenden Praktikanten, die nur 75 Prozent des eigentlichen Lohns bekommen, Vergabe von öffentlichen Aufträgen wie z.B. den „Sozialen Wohnungsbau" usw. Die Arbeiterklasse und das Volk in Belgien können eine weitere Verschlechterung ihrer Lage nicht mehr hinnehmen. Belgien hat nach Irland die größte Arbeitslosigkeit in der europäischen Gemeinschaft: 7,5 Prozent nach offiziellen Angaben, 300 000 Arbeitslose, wobei hier noch etliche dazukommen, die laut bürgerlicher Statistik keine Arbeitslosen sind. 40 Prozent aller Arbeitslosen sind unter 45 Jahren. Die Arbeiter sagen, „das Maß ist voll". Die beiden großen Gewerkschaften FGTB und C.S.C. haben zu einem 24stündigen Generalstreik aufgerufen, der an jedem Freitag an verschiedenen Punkten Belgiens durchgeführt werden soll.

Die Forderungen, die die Arbeiter erheben, sind: (dies sind keine offiziellen Forderungen, da die Gewerkschaft keine festen Forderungen aufstellt)

- Sicherung der Arbeitsplätze
- Arbeit für alle Arbeitslosen
- Verkürzung der Arbeitswoche auf 36 Stunden
- Nein zum Egmont-Plan
- Rücknahme aller Mehrwertsteuererhöhungen.

Am 25.2., dem ersten Streikfreitag, wurde der Generalstreik zu 100 Prozent in den angesetzten Provinzen Hennegau (bei Mons) und Westflandern befolgt. In der Provinz Lüttich solidarisierten sich die Arbeiter fast zu 100 Prozent mit dem Streik. Insgesamt streikten 55 000 Arbeiter der Eisenbahn, 125 000 der kommunalen und provinzialen Verwaltung und 100 000 bis 150 000 Industriearbeiter. Die Eisenbahner streikten in ganz Belgien. Kein einziger Zug fuhr. Vor Brüssel stand schon morgens ein 10 Kilometer langer Verkehrsstau. Die Bahnhöfe waren wie ausgestorben. In den Industriezentren Lüttich und Namur wurde von allen Arbeitern die Arbeit niedergelegt, der belgische Sender RTB streikte mit aus Solidarität. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! In Gent, Namur Charleroi, Arlon, Brüssel, Mons, Lüttich und in anderen Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. In Lüttich fand eine Demonstration der Beschäftigten des kommunalen und provinzialen Dienstes statt, an der sich über 5 000 beteiligten – Straßenbahn, Stadtverwaltung, Polizei und Busfahrer, Eisenbahner, Telephon- und Telegraphiearbeiter, eine Delegation von Schülerinnen eines Gymnasiums und andere Delegationen. Die Arbeiter und Angestellten des kommunalen und provinzialen Dienstes fordern zusätzlich Lohnerhöhungen und Einstufung in höhere Lohnstufen. In Belgien gibt es eine automatische Preiskompensation, d.h. die Löhne werden automatisch erhöht entlang der offiziellen Preissteigerung. Dagegen wehren sich die öffentlichen Bediensteten und fordern ausreichende Lohnerhöhung. Außerdem wenden sie sich gegen die zunehmende Bespitzelung der kranken Beschäftigten durch extra dafür eingesetzte Ärzte.

Der Streik findet große Unterstützung bei den Arbeitern anderer Branchen und unter der Bevölkerung. Die Regierung hat nach dem ersten Streiktag scharf reagiert. Der Kapitalistenvertreter Tindemans sprach von politischer Erpressung und will ein „Komitee zur Verteidigung der Demokratie" in Belgien gründen. Zwei Jahre lang haben die Arbeiter die Regierung aufgefordert, mit ihnen zu diskutieren. Jetzt handeln sie. Der erste Streiktag war ein großer Erfolg. An den folgenden Freitagen werden die Provinzen Luxemburg und Westflandern, Namur und Lüttich und am 25. März die Provinz Narbonne streiken. – (jv, Bezirk Aachen)

Westberlin. Am Freitag den 25.2. protestierten insgesamt mehrere Hundert Beschäftigte der Westberliner Fernmeldeämter gegen die Taktik des Dienstherrn, der bei den Verhandlungen am Donnerstag kein neues Angebot vorgelegt hat. Während der Dienstzeit versammelten sich Arbeiter und Angestellte von den Fernmeldeämtern 2, 3 und 5 und vom Fernmeldezeugamt vor den Ämtern zu Kundgebungen. Die Landespostdirektion bestellte sofort Polizei zu den Fernmeldeämtern 2 und 3, um die Nummern der mitgeführten Dienstwagen notieren zu lassen. Später haben Kollegen beobachtet, wie die Polizisten ihre Aufzeichnungen wegschmissen.

Osnabrück. Der KJA und die Jugendgruppe der ÖTV Osnabrück haben auf ihrer letzten Sitzung beschlossen ein Telegramm zum zweiten Verhandlungstag an die Große Tarifkommission zu schicken. In dem Telegramm wird das 5,2 %-Angebot zurückgewiesen und das Vorgehen der Regierung besonders gegen die Auszubildenden im Gesundheitsbereich angegriffen. Das Telegramm soll der Großen Tarifkommission zeigen, daß wir nicht bereit sind, auf ein solches Angebot einzugehen. Es darf keinesfalls bei den Auszubildenden im Gesundheitsbereich von der Forderung für den Ausbildungsbereich abgegangen werden.

Oldenburg. 150 Mitarbeiter der Universität nahmen am 23.2. an einer einstündigen Protestversammlung in der Mensa teil. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der das 5,2 %-Angebot als völlig unzumutbar zurückgewiesen und prinzipiell an einer Festgeldforderung festgehalten wurde. Der sozialdemokratische Kreisgeschäftsführer der ÖTV, Hillebrandt, und der Abteilungsvorsitzende Hartje wollten die Versammlung zu einer Jubelveranstaltung für die Forderungen des Hauptvorstandes machen. Das ist nicht gelungen. Stattdessen wurden die Forderungen angegriffen und Festgeld gefordert. Hals über Kopf brachen die beiden daraufhin die Versammlung ab. Seitdem reißen die Debatten über die Gewerkschaftspolitik nicht ab.

Universitätskliniken Göttingen. In der Mittagspause am zweiten Verhandlungstag versammelten sich acht Angestellte in einem Labor der Medizinischen Klinik und beschlossen folgende Grußadresse an die Göttinger Busfahrer: „Die Arbeiter und Angestellten der Medizinischen Universitätsklinik begrüßen euren gestrigen Warnstreik. Wir selber bereiten eine ÖTV-Mitgliederversammlung für den 1. März vor mit dem Ziel, am 4. März eine Demonstration der Klinikskollegen durchzuführen, damit ein ausreichender Lohn durchgesetzt werden kann. Wir sind allerdings der Auffassung, daß mit der von der Großen Tarifkommission aufgestellten Forderung nach 8 % mehr Lohn dies nicht zu erreichen ist. Wir sind dafür, daß erneut über die Forderung beschlossen wird. 170 DM sind hier richtig, auch an dem Urlaubsgeld muß man festhalten. Unbedingt." Mit einer Resolution für 170 DM Festgeld wurde am Nachmittag begonnen, Unterschriften zu sammeln, um die ÖTV-Kreisverwaltung unter Druck zu setzen und diese Versammlung durchzuführen und die Demonstration vorzubereiten.

Zukunftsinvestitionen gefährdet?

Schwerste ideologische Geschütze fährt der Klassenfeind auf, um den Zusammenschluß der Beschäftigten in öffentlichen Diensten im Tarifkampf aufzuhalten und die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse mit allen Lohnabhängigen zu zersetzen:

Baukapitalist Brochier in der „Stuttgarter Zeitung" vom 22.2.: „Da jedes Prozent mehr Lohn und Gehalt eine Milliarde Investitionsausfall zur Folge habe, gehe die laufende Tarifrunde vor allem zu Lasten der Bauwirtschaft."

Kommantator Volker Schröder im „Handelsblatt" am 23.2.: „Ein Lohnzuwachsprozent entspricht bekanntlich drei Investitionsprozenten."

und: „In diesem Jahr ist der Abbau der Arbeitslosigkeit der Schlager der tarifpolitischen Argumentation. Da selbst die Gewerkschaftsseite nicht direkt bestreitet, daß neue Arbeitsplätze nur durch Investitionen geschafft werden können, scheiden sich die Geister also an der Frage, wie diese zu finanzieren seien."

Vorsitzender der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände Edgar Georg in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 24.2.: „Das vom Bund beschlossene Zwölf-Milliarden-Sonderprogramm zur Belegung der Investitionskonjunktur wird schlicht verklunkkern."

Kommentator in der „Welt am Sonntag" vom 27.2. (Heinz Pentzlin): „Falls die ÖTV ihre Gehaltsforderung durchsetzt und dadurch die Fehlbeträge der öffentlichen Haushalte statt kleiner wieder größer werden, wird die von der Bundesbank befürchtete Zunahme der stärkeren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes kaum zu vermeiden sein ... dadurch könnte die Stärkung der privaten Investitionstätigkeit in Frage gestellt werden."

Kommentar von Peter Diehl-Thiele in der „Süddeutschen Zeitung" vom 28.2.: „Diese gut versorgte Sonderklasse (gemeint sind alle Beschäftigten in öffentlichen Diensten) (sie umfaßt 20 Prozent aller Beschäftigten) provoziert nicht nur den heftigen Zorn der übrigen Allgemeinheit, sondern vor allem den Haß derer, die arbeitslos sind oder werden, weil der Staat kein Geld für Investitionen hat."

In dieser Presseschau läßt sich schon eine gewisse Steigerung erkennen, je mehr sich die Auseinandersetzung im Tarifkampf zuspitzt, um so wütender werden die Angriffe der Bourgeoisie. So reagiert sie auf das zunehmende Klassenbewußtsein im öffentlichen Dienst. Die Bourgeoisie haßt jeden Zusammenschluß der Volksmassen, weil sie weiß, es sind nicht ihre bewaffneten Formationen, die die Massen vom Sturz der Bourgeoisie abhalten, sondern es ist die bürgerliche Ideologie, mit der die Arbeiterklasse und die Volksmassen am revolutionären Zusammenschluß behindert werden. Zusammenschluß aber heißt Kampf für die eigenen Interessen ohne Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten, sondern gegen sie, heißt Bruch mit der bürgerlichen Weltanschauung.

Einnahmen des bürgerlichen Staates, unerschöpfliche Geldkapitalreserve für Höchstprofite

Jahrelang hat die Regierung über Konjunktur-, Struktur-, Arbeitsbeschaffungsprogramme usw. nichts anderes getan, als mit Zustimmung der „Arbeitnehmervertreter" aus den Gewerkschaften die Versicherungskassen der Lohnabhängigen zu plündern. Als Investitionen angeblich zur Sicherung der Arbeitsplätze hat die Regierung Milliardenbeträge den Unternehmern zur Sanierung ihrer Profite zur Verfügung gestellt.

Das „Problem" der Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Für die Lohndrückerei ist das günstig. Es leeren sich aber die Versicherungskassen.

Drastische Maßnahmen ergreift die Regierung nunmehr, um wieder von neuem zum alten Zweck die Versicherungskassen zu füllen. Über die Rentensanierung – ein Rentnervernichtungsprogramm – ist es zum Debakel gekommen. Ein ganzer Rattenschwanz von Lügen und falschen Versprechungen, die ganze Propaganda der Reformisten mit ihrem Netz der sozialen Sicherheit ist aufgekommen als Lug und Trug.

Die Steuerreform, eine Reform des Jahrhunderts gepriesen, ist erwiesenermaßen eine großangelegte Steuerfalle für die Masse aller Lohnabhängigen.

Die geplante Mehrwertsteuererhöhung soll die Beute vergrößern.

Damit zieht die Regierung sehr wohl den Haß der Volksmassen auf sich. Davon muß die Bourgeoisie ausgehen. Dreist versucht sie den Spieß umzudrehen und den Widerstand gegen die Plünderpolitik des bürgerlichen Staates auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzulenken, deren Arbeitskraft der bürgerliche Staat einkauft, um seine dreckigen Geschäfte im Auftrag der Kapitalistenklasse erledigen zu lassen. Die Volksmassen führen große Kämpfe gegen die Plünderpolitik des bürgerlichen Staates. In diesen zahlreichen Kämpfen gegen die steigenden Preise zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr nehmen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ebenso teil wie die Arbeiter und Angestellten aus der Industrie.

„Staatsschuld" – den Kapitalisten zuliebe

Die wachsenden Fehlbeträge der öffentlichen Haushalte würden verursacht durch die Lohnerhöhungen in öffentlichen Diensten. Dieses Defizit beklagen die bürgerlichen Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden pausenlos. Sie beklagen es, weil die Bourgeoisie mehr Investitionen verlangt, als der Staat den Lohnabhängigen zu rauben vermag.

In einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung" vom 28.2. verkündet der SPD-Kanzler: „Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden und allen öffentlichen Einrichtungen zusammen werden 1977 beinahe doppelt so groß sein wie in den USA." Damit erklärt er sich die gute Stellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.

Kein Wunder, kann der „Zwerg" BRD den amerikanischen Freunden auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen, zum Beispiel im Exportgeschäft von Kernenergiereaktoren in Brasilien, zum Beispiel führen die drei großen westdeutschen Chemiekonzerne die Weltliste auf den drei ersten Plätzen an.

Die Politik, mit der Schmidt sich brüstet, bringt den westdeutschen Imperialisten offensichtlich immense Vorteile im Kampf um die Höchstprofite auf dem Weltmarkt.

„Wir haben in der Tat auf dem Wege von Steuererleichterungen (für die Kapitalisten) Konjunktur- und Arbeitsmarktprogrammen – demnächst durch das Programm ‚Zukunftsinvestitionen' – bewußt Haushaltsdefizite herbeigeführt, um so die Wirtschaftstätigkeit anzuregen."

Auf den Vorwurf des Journalisten, daß dieses Programm doch etwas widerwillig aufgestellt würde, beeilt sich Kanzler Schmidt zu versichern: „Im Gegenteil – das Programm ist eine Erfindung der Bundesregierung."

Für diese „Erfindung" sollen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst due Lizenzgebühren bezahlen. Sie werden es nicht machen. Dafür, nicht für staatstragendes Verhalten, finden sie die Unterstützung aller Arbeiter.

Wolfsburg. Am Dienstag beschloß der Verwaltungsausschuß des Wolfsburger Stadtrates, ab 1. April anstelle der Fünf-Tage-Woche im Krankenhaus eine 5 1/2-Tage-Woche einzuführen. Die Änderung der Arbeitszeit soll der Ausgangspunkt für weitere umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen sein. Als erstes werden ab sofort 34 Planstellen gestrichen. Die Krankenhausbelegschaft hat sich bis jetzt eineinhalb Jahre erfolgreich gegen diesen Plan zur Wehr gesetzt. Die fristlose Entlassung von vier Kollegen, die sich bei diesem Kampf besonders hervorgetan hatten, mußte auf Druck der Kollegen vom Arbeitsgericht zurückgenommen werden. Siebzehn Schüler des Kreiskrankenhauses Gifhorn, welches zur gleichen ÖTV-Kreisverwaltung wie das Stadtkrankenhaus Wolfsburg gehört, haben in einem Brief an den Innenminister Maihofer gegen das 5,2 %-Angebot protestiert und die Anhebung aller Löhne und Gehälter um einheitlich 170 DM, der Ausbildungsvergütung um 60 % davon, gefordert.

Wiesbaden. Damit sich die Beschäftigten der Stadtverwaltung Rüsselsheim nicht weiter auf der erneut aufgestellten Forderung von 170 DM zusammenschließen können, hat die ÖTV-Kreisverwaltung Darmstadt kurzerhand den Vertrauensleutekörper aufgelöst. Genau das Gegenteil wurde damit errreicht. Gegen die Auflösung des Vertrauensleutekörpers und für Mitgliederversammlung haben die Mitglieder in der Stadtverwaltung eine Unterschriftensammlung organisiert. Bisher haben von 300 ÖTV-Mitgliedern 140 unterschrieben. In einem Leserbrieg im Rüsselsheimer Echo, am 25.2., kpnnte man lesen, daß die Vertrauensleute weiter für Festgeld und gegen die Mästung der Dienstaufsicht kämpfen.

Noch mehr Steuern vom Lohn und auf die Lebensmittel, weitere Förderung des Besitzes

Im Januar sind die Kasseneinnahmen des bürgerlichen Staatsapparates aus der Lohnsteuer erneut gestiegen. Sie lagen um 807 Millionen DM oder knapp 11 Prozent über den Vorjahreseinnahmen. Aus der Besteuerung des Verbrauchs durch die Mehrwertsteuer haben die Finanzämter 480 Millionen DM mehr kassiert.

Das Finanzministerium hat nun herausgelassen, die Lohnsteuer solle durch Gesetzesänderung etwas gesenkt werden, indem die Vorsorgepauschale erhöht wird. Dies ist der Steuerfreibetrag für die Beiträge zur Sozialversicherung. In Wahrheit kommt für die niedrigen Löhne gar nichts dabei heraus. Bestenfalls müssen ein paar Mark, die man sonst erst im Lohnsteuerjahresausgleich wieder bekommen würde, nicht bezahlt werden. In Steuerklasse III, verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern, macht die Steueränderung bis über 2 000 DM Monatslohn keinen Pfennig aus und die Besteuerung steigt wie bisher, dafür macht sie bereits bei einem Monatseinkommen von 5 000 DM für einen Aufpasser der Kapitalisten 324 DM Steuerersparnis im Jahr aus.

Um die Laune der Kapitalisten und ihres Anhangs noch weiter zu heben, will die Bundesregierung die Gewerbe- und Vermögenssteuer *senken*, 1978 die Gewerbesteuer um 660 Millionen DM, die Vermögenssteuer um 1 500 Millionen DM. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuererhöhung die Lebensmittel insgesamt um 1,3 bis 1,4 Prozent verteuern. Warenexport der Kapitalisten und ihr Verbrauch an Maschinen und Rohstoffen sind von dieser Steuer befreit. Das „Steueränderungsgesetz 1977“ zielt auf weitere Einschränkung des Konsums der Massen und auf die Förderung des Kapitalvermögens.

Schicht- und Nachtarbeit nehmen zu. Jeder vierte Lohnabhängige in Westdeutschland muß in Schicht arbeiten: 1975 waren es 5,8 Millionen. Dies geht aus einer Veröffentlichung des Bundesarbeitsministeriums hervor. Die Zahl der Schichtarbeiter, die Nachtarbeit leisten müssen, ist von 1965 bis 1972 um 294 000 gestiegen, von 1,612 Millionen auf 1,906 Millionen. Weiter heißt es, die Schichtarbeit sei überdurchschnittlich in Großbetrieben vertreten. Dort seien die Kapitalinvestitionen höher und „man“ strebe daher eine möglichst hohe Kapazitätsauslastung an. Wahr ist, daß die Maschinerie für den Kapitalisten bloß als Kapital gilt und ihm bloß tote Kosten bringt, wenn die lebendige Arbeit die Maschinerie nicht in Bewegung setzt und dem Kapitalisten Profit liefert. Je mehr Maschinerie, je mehr fixes Kapital, um so größer der Druck. Gesetzmäßig nimmt mit der Entwicklung der Produktion unter kapitalistischen Bedingungen die Arbeitsqual zu. (Quelle: Sozialpolitische Informationen vom 16.2.77)

AEG-Vechta. Die Arbeiter im Vechtaer Zweigwerk der AEG-Motorenfabrik Oldenburg haben vor kurzem für eine halbe Stunde gegen die geplante Werksschließung gestreikt. Als AEG-Manager aus Rothenburg, wohin ein Teil der Motorenproduktion verlagert werden soll, das Werk besuchten, stellten die Arbeiter die Bänder und Maschinen ab. Es ist jetzt so-
Werk besuchten, stellten die Arbeiter die Bänder und Maschinen ab. Es ist jetzt so-
weit, daß die AEG-Kapitalisten ihre Aufträge nicht mehr rechtzeitig rauskriegen. Während die Sozialdemokraten über einen Sozialplan zur Abwicklung der über 200 Entlassungen verhandeln, entwickeln die Arbeiter den Zusammenschluß gegen die Stillegung.

Stahlwerke Peine und Salzgitter: 1 000 Arbeiter sollen entlassen werden. Begründet wird das mit der nur 60-%igen Auslastung der Produktionsanlagen. Im Herbst wird der neue Hochofen A in Betrieb genommen, der die dreifache Kapazität eines Eisenkonverters hat. An der Stranggießanlage arbeiten jetzt nur noch zwei Schichten, sie holen aber genausoviel heraus, wie vorher die drei Schichten. Im Walzwerk 1 und 2 wird von vier auf drei Schichten umgestellt, es wird nur noch von Montag bis Freitag gearbeitet. Hauptsächlich soll in der Produktion entlassen werden, Handwerker können in die Produktion versetzt werden. Alles was alt, krank und für die Profitproduktion nicht mehr brauchbar ist, soll auf die Straße geworfen werden. Die 59-jährigen werden vor die Wahl gestellt: entweder bis zum 30.6. selbst zu kündigen, oder am 1.7. gekündigt zu werden. Sie sollen bis zum 65. Lebensjahr die Rente auf 85 % des derzeitigen Lohns aufgestockt bekommen, das ganze muß versteuert werden. Diejenigen, die selbst kündigen, sollen zusätzlich eine Abfindung bekommen, die gestaffelt ist nach Verdienst, Alter, Betriebszugehörigkeit und anderen Merkmalen. Von den 136 Auszubildenden, die jetzt mit der Lehre fertig werden, soll keiner in seinem Beruf übernommen werden. 85 sollen in der Produktion eingesetzt und 51 entlassen werden.

Wilhelmshaven. Die Arbeiter des Textilbetriebes „Seriös“ haben durch einen vor allem montags bei unerträglicher Kälte arbeiten. Letzten Montag waren es 14 bis 15 Grad im Saal 4. Die Arbeiter riefen die Betriebsrätin, die sich nicht sehen ließ, darauf sind sie von acht Uhr bis kurz vor zwölf in die Kantine gegangen, erst als 18 Grad im Saal waren, haben die Arbeiter wieder die Arbeit aufgenommen.

Hanomag/Perkins-Motoren:

Drei Tage erfolgreich gestreikt. 30 Pfennig mehr erkämpft

Hannover. 0,50 DM mehr pro Stunde forderten die Perkinsarbeiter am Montageband für die VW-Dieselmotoren. Die Forderung stand nach dem halbstündigen Streik vom Mittwoch vorletzter Woche und dem Streik von Montag letzter Woche, wo nach der Mittagspause weiter gestreikt wurde.

Dem windigen Angebot von Betriebsleiter Gramoll: 11 Motoren mehr und dafür 0,29 DM mehr, gingen die Kollegen nicht auf den Leim. „Wo sollen wir denn bei der augenblicklichen Klotzerei noch 11 Motoren mehr unterbringen?! Aber dem Gramoll ist das ja scheißegal. Wenn wir uns kaputt gemacht haben, denkt der Lump, er braucht nur mit den Fingern zu schnippen, und schon machen andere weiter. Nicht mit uns. Wir brauchen 50 Pfennig, aber deswegen lassen wir uns noch lange nicht verheizen!“

Die Arbeiter waren entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen. Am Freitag wurde das Band um 9.00 Uhr abgestellt. Nach der Mittagspause wurde erst gar nicht weitergearbeitet. Das konnten auch nicht die Einschüchterungs- und Spaltungsmanöver verhindern, mit denen am „Schwarzen Brett“ die Kollegen angegriffen wurden, bei denen man die Streikführung vermutete.

Unterstützung fand der Kampf bei den Arbeitern der Abteilung Finish und Nacharbeit. Auch hier wurde nicht gearbeitet.

Mittags sah sich die Betriebsleitung gezwungen, mit dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten neu zu verhandeln: „31 Pfennig und keinen Pfennig mehr. Wenn wir Euch 0,50 DM geben würden, ginge es ja gleich wieder bei den Bremsen los – und wer weiß, wer dann noch alles kommt.“ So wurde um 14.30 Uhr abgestimmt und 31 Pfennig angenommen.

Ganz recht hat die Betriebsleitung, wenn sie befürchtet, daß noch andere kommen. Mit dem nackten Tariflohn wie bei Hanomag und Perkins kommt man sich vor wie ein Mann mit einem Riesenloch in der Tasche. Nach dem 6,9 % Lohnraubabschluß, den uns die Kapitalisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft aufgezwungen haben, sind mehr Kollegen denn je bei Hanomag und Perkins gezwungen, die Mark umzudrehen beim Einkauf.

Um jeden Pfennig muß ein hartnäkkiger Kampf geführt werden. So standen die Arbeiter bei Perkins an den Bremsen über ein dreiviertel Jahr lang in Auseinandersetzungen, um die versprochene Höherstufung von Lohngruppe 10.80 (entspricht La 7) nach 10.90 (La 8). Als die Arbeiter vor etwa vier Wochen die Höherstufung um eine halbe Lohngruppe auf 10.85 durchgesetzt hatten, kürzte ihnen Blutsauger Gramoll (Geschäftsführer) die Zulagen. Es gab Druck. Kurz nach dem Lohnraubabschluß von 6,9 % mußten die Perkinskapitalisten noch einmal nachgeben. Die Arbeiter haben vor zwei Wochen die volle Höherstufung auf La 10.90 durchgesetzt und bekommen jetzt gegenüber Lohngruppe 10.80 31 Pfennig mehr. Perkins will die 2. Schicht einführen. Überstunden und Samstagarbeit fallen dann weg. Für die meisten heißt das ca. 150 bis 200 DM weniger im Monat. Gramoll war klar, unter diesen Bedingungen hätte es bei Perkins gekracht, die Verträge mit VW hätten nicht erfüllt werden können. Mit den 31 Pfennig will er jetzt die 2. Schicht durchsetzen. Es wird für ihn nicht einfach sein. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie ihre Interessen durchsetzen wollen und können. Diese Kämpfe zeigen die Kraft der Arbeiterklasse, die im Tarifkampf den Kapitalisten von den Sozialdemokraten vor die Füße gelegt wurde. Schon im Lohnkampf standen die Kräfte bereit, um einen konzentrierten Ansturm auf die Lohnraubabsichten der Kapitalisten zu führen und sich einen ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag zu erkämpfen. 1 DM mehr wurde von 100 Arbeitern bei Hanomag gefordert. An dieser Forderung wurde festgehalten. Statt die geballten Kräfte einzusetzen, müssen die Arbeiter jetzt in einzelnen und zersplitterten Kämpfen erringen, was sie brauchen.

VW-Werke

Ablehnung der Sonderschichten, aber noch kein einheitlicher Kampf dagegen

Wolfsburg. Von den vier pro Schicht bis April vom Vorstand mit Zustimmung der sozialdemokratischen Betriebsräte angesetzten Sonderschichten stehen jetzt noch zwei aus. Obwohl die meisten Arbeiter die Sonderschichten ablehnen, gehen trotzdem die meisten hin. Viele Debatten gehen um die Frage, mit welcher Begründung die Sonderschichten abgelehnt werden, warum viele noch kommen, und wie sie praktisch verhindert werden können. Viele Arbeiter, gerade unverheiratete mit Steuerklasse I oder verheiratete, wo beide arbeiten, treten gegen die Sonderschichten mit dem Argument auf, daß es sich finanziell nicht lohnen würde, weil von ca. 140 DM brutto nur noch 60 DM netto übrig bleiben, man also hauptsächlich für den Staat arbeitet. Die berechtigte Wut richtet sich gegen das Steuersystem, gegen die Tatsache, daß wir lange, bevor wir netto soviel Lohn kriegen, wie wir zum Leben brauchen, gegenwärtig ca. 1 500 DM, schon dick in die Steuerprogression reinkommen.

Das Argument, daß 40 Stunden an fünf Wochentagen schon eher zuviel als zuwenig sind, daß uns jeder zusätzliche Tag, jede zusätzliche Stunde nur beschleunigt ruiniert und nur Schmük-
liche Tag, jede zusätzliche Stunde nur beschleunigt ruiniert und nur Schmük-
kers Profitheißhunger befriedigt, rückt immer mehr in den Mittelpunkt. Aber die Abmeldung von den Sonderschichten erfolgt noch zu der jeweils anstehenden und einzeln, mit den genannten Gründen oder auch, weil man mal was Wichtiges vorhat. Die, die hingehen, machen dies, weil sie das Geld brauchen, weil sonst der Lohn nicht ausreicht. Der neuerliche Lohnraubabschluß verstärkt diesen Zwang. Einige machen deshalb sogar noch die Sonderschichten der anderen Schicht mit. Solange das VW-Kapital auf diese Weise noch genügend Arbeiter hinkriegt, ist deutlich, daß die einzelne Abmeldung kein Mittel ist, um die Sonderschichten zu Fall zu bringen. Vor allem weil, wenn sich zu viele einzeln abmelden, auf diese einzeln Druck ausgeübt und sie schikaniert werden können. Das geschieht jetzt.

Noch im letzten Jahr war es so, daß, wenn man eine Woche vorher beim Vorarbeiter absagte, „weil man etwas vorhätte“, so galt dies in der Regel als „entschuldigt“. Immer mehr „entschuldigten“ sich. Deshalb darf der Vorarbeiter jetzt nur noch einmal „entschuldigen“, beim zweiten Mal muß man zum Meister. Der „entschuldigt“ jetzt nur noch, wenn er die genaue Begründung für das Absagen erfährt, er diese für „triftig“ hält und der Arbeiter seine Bereitschaft zeigt „in der Regel“ samstags zu kommen. Als ein Arbeiter sich dieser Schikane nicht unterwarf, sie angriff und zum zweiten Mal nur wie bisher absagte, erhielt er ein „unentschuldigt gefehlt“. (Ein paar „u“ sind Entlassungsgrund) Der zuständige Betriebsrat meinte, er könne nichts dagegen machen, weil der Ar-
ständige Betriebsrat meinte, er könne nichts dagegen machen, weil der Ar-
beiter ja prinzipiell gegen Sonderschichten wäre, man die Betriebsvereinbarung aber einhalten müsse und auf die 40-Stunden-Woche sich keiner berufen könne, weil es die gar nicht gäbe.

Aber gerade nur auf der prinzipiellen Forderung nach Einhaltung der 40-Stunden-Woche, also nach Verbot von Überstunden und Sonderschichten ist die Einheit der Arbeiter und ein Sieg möglich. Klar ist, daß durch diese prinzipielle Forderung auch die Frage des Lohnes wieder aufgeworfen wird und ausgefochten werden muß – trotz Beendigung der Tarifrunde –, denn der Lohn muß bei 40 Stunden reichen. Jetzt muß durchgesetzt werden, daß jeder sich abmelden kann und als entschuldigt gilt, unabhängig von seinen Gründen. Dafür müssen auch die Vertrauensleute gewonnen werden. Diesmal konnte das „u“ noch nicht verhindert werden, aber gefördert hat diese Sache die Kenntnis, daß die Arbeiter sich nicht vereinzelt, sondern nur gemeinsam gegen die Sonderschichten und die Schikane zur Wehr setzen können. Eine gute Grundlage dafür ist der Beschluß der Vertrauensleute in Halle 12 (Golf Endmontage), die die Sonderschicht abgelehnt haben. Jetzt wird es darum gehen, die Vertrauensleute dazu zu bringen, ihrem Beschluß auch Taten gemeinsam mit den Arbeitern folgen zu lassen. Gelingen kann schon zur nächsten Sonderschicht, den Betriebsrat dazu zu bringen, beim Meister abzusagen. Ziel ist die prinzipielle Ablehnung der Sonderschichten und Überstunden durch die Betriebsräte, dazu muß man sie zwingen. – (VW-Zelle Wolfsburg)
Zelle Wolfsburg)

Salzgitter. Im Unterschied zu den anderen VW-Werken wurden im VW-Werk Salzgitter bisher keine Sonderschichten gefahren, sondern „freiwillige“ Überstunden, sogenannte Mehrarbeit. Die Freiwilligkeit sieht praktisch so aus, daß Vorarbeiter und Meister jede Woche die Arbeiter einzeln bearbeiten, am Samstag eine volle Schicht zu arbeiten. Dennoch hat sich der Widerstand der Arbeiter so entwickelt, daß sich drei Gruppen herausgebildet haben. Die erste Gruppe lehnt Sonderschichten grundsätzlich ab, verweigert sie auch ständig. „Da arbeitet man ja nur noch für VW und fürs Finanzamt.“ Die zweite Gruppe ist zwar auch gegen Überstunden, gibt dann aber dem Druck von Vorarbeiter und Meister manchmal nach und arbeite alle vier bis sechs Wochen. Die dritte Gruppe macht regelmäßig Überstunden, weil sie aufs Geld angewiesen ist.

Die SPD-Betriebsräte begründen ihre Zustimmung zu den Überstunden mit „Engpässen“ in den jeweiligen Abteilungen und rechnen es sich als Erfolg an, daß in Salzgitter die Überstunden „freiwillig“ seien für jeden und kein Zwang wie bei den Sonderschichten. In Wirklichkeit ist es so, daß in Salzgitter keine Sonderschichten gefahren werden, weil hier nur Motoren produziert werden, und der größte Teil der Arbeiter einzeln an Maschinen arbeiten. An vielen Maschinen sind die Stückzahlen so hoch, daß täglich mehr Einzelteile produziert werden, als an Motoren täglich an den vier Bändern zusammengebaut werden. Zum Beispiel gibt es in der Abteilung für Motorkleinteile 63 Maschinen und nur 30 Arbeiter. Ein Teil der Arbeiter arbeitet innerhalb einer Woche ständig an anderen Maschinen. Wenn Arbeiter samstags arbeiten, dann arbeiten sie meist an einer Maschine, oder in einer Abteilung und fertigen bestimmte fehlende Teile.

Braunschweig. Im VW-Werk Braunschweig sind bereits wie in den anderen Werken zwei Sonderschichten gelaufen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter lehnt die Sonderschichten ab, hat aber noch nicht den Entschluß gefaßt, sie auch zu verweigern.

In der Stanzerei, wo hauptsächlich im Drei-Schichtbetrieb gearbeitet wird, ist die Empörung besonders groß: „Erst lassen sie uns wie die Eulen nachts arbeiten, und jetzt auch noch samstags.“ Oder: „Wir sind nach fünf Tagen Knochenmühle schon kaputt genug.“ So ist die einhellige Meinung. Viele Arbeiter sind auch gegen Sonderschichten, weil noch nicht einmal finanziell etwas dabei herausspringt. „Das frißt ja sowieso der Staat mit seiner Lohnsteuer.“ In Braunschweig wird nicht voll Sonderschicht gefahren, weil dieses Werk nur nur Zulieferbetrieb ist und kein Endmontage hat. In vielen Abteilungen wird noch gefragt, ob man die Sonderschicht fahren will. Immer mehr sagen nein und reden sich raus. Andere sagen: „Am Samstag arbeite ich bei mir im Garten.“ Oder
beite ich bei mir im Garten.“ Oder
auch: „Kommen sie (gemeint ist der Meister) doch am Samstag!“ In den Gesprächen wurde schnell klar: Die 78 Pfennig Lohnerhöhung reichen nicht, aber darum machen wir noch lange keine Sonderschichten! Das wären zwei Fliegen mit einem Streich für Schmücker. Das Geld, das wir brauchen, müssen wir im Lohnkampf holen, man hätte streiken müssen. Als wir zu der Frage der Lohnsteuer vorschlugen, daß man einen Freibetrag von 1 500 DM braucht, fand das unter den Arbeitern Zustimmung.

Hannover. Dr. Krohn, Werksleiter von VW Hannover, lamentierte auf der letzten Betriebsversammlung im Dezember, daß Sonderschichten ganz schön ins Geld gingen, da ja auch die Samstagszuschläge gezahlt werden müßten. Man produziere auch samstags, um die Kunden nicht warten zu lassen. Daß für VW nur der Profit zählt, zeigt ein Beispiel vom Rohbau am Aufbauband 2: Bei der letzten Sonderschicht wurden 228 Wagen gefahren, bei einer Besetzung von ca. 70 Mann. An „normalen“ Tagen werden 243 Wagen bei 90 Mann gefahren, also kaum weniger Wagen bei 20 % weniger Belegschaft. Die Arbeiter sagen: „Das war das letzte Mal. In Zukunft ohne mich.“ „Höhere Abzüge hat man, das ist alles.“

Wenn die Arbeiter samstags kommen, dann weil sie das Geld brauchen. Ein türkischer Arbeiter aus der Halle 2: „Ich will möglichst schnell wieder zurück in die Türkei, deswegen arbeite ich auch Sonderschichten, weil ich dann etwas mehr bekomme und so eher wieder zu Hause sein kann.“ Ein spanischer Arbeiter am gleichen Band: „Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder, deshalb fahre ich Sonderschichten, sonst würde ich auch nicht kommen.“

Vulkan-Werft

Die Schilder zur Leistungskontrolle mußten abgenommen werden

Bremen. Große Aufregung gab es an den Brennmaschinen letzten Montag auf dem Bremer Vulkan. Die Kapitalisten versuchen nach dem Spalterabschluß nachzusetzen, sie haben sich eine besondere Sache ausgedacht zur Steigerung der Produktion und zur Spaltung der Arbeiter:

Auf ca. zwei Quadratmeter gut lakkiertem Holz standen alle Namen der an den Brennmaschinen beschäftigten Arbeiter. Vor diesen Namen standen sogenannte Kennummern und im Text darüber wurde jeder Arbeiter aufgefordert, diese seine Nummer künftig auf jedes ausgebrannte Teil zu schreiben, damit „Unstimmigkeiten“ in Zukunft sofort erkannt werden können. Diese Unstimmigkeiten sollen von jedem sofort dem Meister oder Vorarbeiter mitgeteilt werden.

Das Schild hatte schnell erreicht, was zu verhindern eigentlich seine Aufgabe war: die Einheit der Arbeiter.

In heftige Debatten verwickelt, standen alle um das Schild und forderten die sofortige Abnahme. Dem herbeieilenden Ingenieur wurde das Schild vor die Füße gestellt. Der sofort von den Arbeitern informierte Betriebsrat wurde aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das Schild nirgends aufgehängt wird, sonst würde die Arbeit nicht aufgenommen. Das Schild wurde sofort entfernt und die Aussage des Ingenieurs, „überall werden in Zukunft solche Schilder hängen“ wurde zurückgenommen.

Die Arbeiter haben klar gemacht: Die kleinsten Angriffe nehmen sie nicht mehr hin. Sie sind auf der Hut und kontrollieren zum Beispiel jeden Akkordschein auf eventuelle Kürzungen der Akkordvorgabezeiten. Die Wut über den 6,9 %-Abschluß ist groß, Empörung herrscht darüber, daß der Streik nicht organisiert wurde, obwohl die Bereitschaft da war. Die Forderung nach Absicherung eines Mindestakkords gewinnt breite Unterstützung. Die Zeichen stehen auf Sturm. Unter der Forderung nach Absicherung eines Mindestakkords kann der Kampf einheitlich organisiert werden. (hk, Zelle Bremer Vulkan)

Klöckner-Hütte Bremen

Die Forderung „Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit" hat breite Unterstützung

Für die Monate Februar/März wird auf der Klöcknerhütte Bremen Kurzarbeit gefahren. Begründet wird die Kurzarbeit in der Betriebsvereinbarung, die zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung abgeschlossen wurde, mit der schlechten Auftragslage.

Die Arbeiter der Hütte Bremen wissen aus Erfahrung mit der letzten Kurzarbeit, daß Kurzarbeit nicht weniger Tonnen heißt. Die Kapitalisten wollen die gleiche Tonnenzahl bei weniger Stunden. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt während der Kurzarbeit 28 bis 36 Stunden. Für verschiedene Betriebe, wie z. B. für die Reparaturbetriebe für den kaputten Hochofen II, wurde die Kurzarbeit inzwischen aufgehoben, bei anderen Betrieben im vollen Umfang beibehalten. In der Betriebsvereinbarung, die die Reformisten und Revisionisten im Betriebsrat mit dem Werksvorstand abgeschlossen haben, sind solche Manöver ausdrücklich vorgesehen. Dort heißt es: „Werksvorstand und Betriebsrat sind sich einig in dem Bemühen, Umfang und Zeitraum der Kurzarbeit so gering wie möglich zu halten. Daraus folgt, daß sich bei zusätzlichem Arbeitsanfall ... das Ausmaß der vereinbarten Kurzarbeit bis zur Erreichung der vollen 40-Stunden-Woche verringert."

Durch diese Vereinbarung ist es den Klöcknerkapitalisten möglich, die Arbeiter nach Hause zu schicken oder auch nicht, je nachdem, wie es den Bedürfnissen der Profitproduktion entspricht. Dadurch, daß ein Teil der Belegschaft viel Kurzarbeit hat, und ein anderer Teil gar keine, soll der Zusammenschluß der Belegschaft um die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit erschwert werden. Während der ganzen vier Wochen vor Abschluß der Betriebsvereinbarung hat der Betriebsrat sich nicht ein einziges Mal an die Belegschaft gewandt. Die Arbeiter waren auf Informationen vom Werksvorstand und auf die bürgerliche Presse angewiesen. Darauf angesprochen, warum sie solche Vereinbarungen abschließen und nicht den Widerstand dagegen organisieren, indem sie z. B. eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen, antworten sie, daß die Arbeiter ja nicht wollen. Für den vorhandenen Widerstand gibt es viele Zeugnisse. Bei den Kranelektrikern mußte die kaum verringerte Anzahl von Störungen von drei Mann erledigt werden. Sonst sind dafür acht Elektriker da. Die Parole an diesem Tag war: „Wir haben ja Kurzarbeit!" Die Weißhelme, das sind die Offiziere der Klöcknerkapitalisten, werden das sicher beim Lesen der Störzeiten bemerkt haben.

Die Forderung „Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!" hat bei den Arbeitern breite Unterstützung. Die Begründung hierfür ergibt sich aus nebenstehendem Beispiel. Die Mehrheit der Arbeiter bei uns hat Lohngruppe VI und darunter. Um den Lohnverlust zu verhindern, kommt es vor, daß bei Kurzarbeit Urlaub genommen wird. Dadurch ist dann aber der Jahresurlaub hin. Dies bedeutet bei der Schichtarbeit einen noch schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft. Auf Anfrage eines Arbeiters erklärte der Betriebsrat, daß er nicht mehr darauf ginge, die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit auf der Ebene des Betriebes durchzusetzen. Man müsse darauf gehen, sie langfristig im Manteltarifvertrag zu verankern.

„Vertrauen in die Hütte Bremen", so schreiben die Klöcknerkapitalisten in der letzten Ausgabe ihres Hausblattes „Pütt und Hütte". Große Mengen von Kapital haben die Klöcknerkapitalisten in den letzten Jahren in der Hoffnung auf Extraprofite in Bremen investiert. Die Stockung der Profitproduktion hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Im letzten Herbst ist ihnen der Cowper der Hochofen II in die Luft geflogen. Zur Zeit wird an den zwei verbleibenden Cowper auf Teufel komm raus geschweißt, damit sie nicht auch noch in die Luft fliegen. Deutlich wird, daß die Kapitalisten die kapitalistische Produktionsweise nicht beherrschen. Die Kriegskosten dieser Produktionsweise sollen die Arbeiter mit der Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen zahlen. Dazu gibt es keine Bereitschaft mehr. – (Klöckner-Zelle Bremen)

Zusammenschluß der niederländischen Arbeiter im Kampf gegen Lohnraub

Die Arbeiterklasse in den Niederlanden hat die Absicht der Kapitalisten, mit der Abschaffung des Rechts auf automatischen Teuerungsausgleich große Raubzüge auf die Löhne zu beginnen, mit einer heftigen Streikbewegung in den letzten Wochen beantwortet.

In der Nacht vom 24.2. hat die Verhandlungskommission der Transportgewerkschaften und der Arbeitgeberverbände unter dem Druck des dreiwöchigen Streiks folgendes Ergebnis ausgehandelt:

– Die 18 000 Hafenarbeiter erhalten einen Teuerungsausgleich von 2,5 Prozent und eine Lohnerhöhung von 1,8 Prozent.

– Die Hafenarbeiter können freiwillig mit 63 Jahren in Rente gehen.

Am Freitag, dem 25.2., haben mehrere große Versammlungen stattgefunden, in denen die Hafenarbeiter das ausgehandelte Ergebnis akzeptiert haben und beschlossen haben, ab Montag wieder zu arbeiten. In mehreren Metall- und Chemiebetrieben ist der Streik ebenfalls beendet worden. Im Streik um höheren Lohn sind noch die 400 Arbeiter der chemischen Fabrik Synres-Almoco in Hoek van Holland.

Zehntausende waren an den Streiks und Demonstrationen beteiligt.

Die Sprengkraft des Streiks lag in den Forderungen nach dem automatischen Teuerungsausgleich und Lohnerhöhung von 2 Prozent. Die Gewerkschaften forderten außerdem eine Herabsetzung des Rentenalters, Investitionskontrolle für die Gewerkschaften und eine Umsetzung der Gewinnsteigerung in mehr Arbeitsplätze. Im Verlauf des Streiks haben die Sozialdemokraten versucht, die sogenannten „immateriellen" Forderungen immer stärker in den Vordergrund zu rücken und bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, die Bedeutung des Streiks liege in der Erfüllung gerade dieser reformistischen Forderungen.



Drei Wochen lang streikten die Hafenarbeiter von Rotterdam. Die Arbeiter des Amsterdamer Hafens schlossen sich dem Streik nach kurzer Zeit ebenfalls an.

Die Arbeiter in den Niederlanden haben diesbezüglich Erfahrungen sammeln können. In der Druckindustrie gibt es schon seit längerer Zeit eine Meldepflicht für Investitionen. Die Fusionen, die Konzentration des Kapitals in der Druckindustrie sind dadurch nicht aufgehalten worden. Die Meldepflicht hat nicht verhindert, daß die großen Zeitungsverlage jedes Jahr viele Arbeiter auf die Straße setzen.

Die zweite „immaterielle" Forderung, die Gewinne sollten in Arbeitsplätze umgesetzt werden, wird von den Arbeitern so ausgefüllt, daß sie in einigen Betrieben Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Rentenalters ohne Kürzung der Rente darunter verstehen.

Die Streikbewegung in den Niederlanden gibt ein anschauliches Beispiel, was unter der Führung der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Beamte, Taxifahrer, Angestellte, Lehrer und Studenten haben sich der Streikbewegung und den Solidaritätsaktionen angeschlossen. Die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten ist in diesem Streik einen großen Schritt vorangekommen. Diese Einheit ist ein guter Boden, um die nächsten Versuche der Kapitalisten, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse anzugreifen, zurückzuschlagen. – (a/b, Bremen/Unterweser)

Weg mit dem § 218! Volksentscheid!

6,9 % in der Metallindustrie, das ist zuviel! Das ist die erklärte Auffassung des sozialdemokratischen Kanzlers Schmidt. Die Profitrate der Kapitalisten muß höher werden. Dazu ist ihm dieser Lohnraubabschluß nicht ergiebig genug. Noch mehr aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk sollen ins Elend gedrückt werden.

Um dies zu bewerkstelligen müssen sie die Arbeiterklasse fest in die Zange bekommen. Die Reaktion muß verschärft werden, um die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse weiter zu verschlechtern. Ein bedeutendes Werkzeug für diesen Zweck ist der § 218. Weil die sozialen Verhältnisse notwendigerweise den Zwang zur Abtreibung in breitem Umfang hervortreiben und weil sich mit ihrer rapiden Verschlechterung der Zwang rapide verschärft, ist der § 218 in der Arbeiterklasse und im Volk verhaßt.

Gegen die Absicht der bürgerlichen Politiker, den § 218 wieder zu einem wirksamen Werkzeug der Reaktion zu schmieden, kam eine breite Bewegung im Volk in Gang, die den Kampf für seine ersatzlose Streichung aufnahm. Unter der Fahne der Reform und mit der Fristenlösung als Mittel der Spaltung versuchten die Sozialdemokraten diese Bewegung auf die Mühlen des Parlaments zu lenken, damit die Reaktion durchgesetzt werden kann. Die Schikanierung und Strafverfolgung sollte als gerecht betrachtet werden, nachdem die Bourgeoisie über das Bundesverfassungsgericht den § 218 per Urteil unter dem hohen Ideal „Schutz des Lebens" zum Ewigkeitswert erklären ließ.

Doch die Bewegung nahm an Breite zu und gewann zunehmende Klarheit über das Kampfziel und die Kampfbedingungen. Auf Initiative des KBW schloß sich ihr fester Kern zusammen in Komitees, die die Forderungen erheben: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil! Das Volk soll selbst entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Die Arbeiterbewegung ist die entscheidende Kraft, um den § 218 zu Fall zu bringen. In immer mehr Gewerkschaftsorganisationen wurde die Frage des Kampfs für die ersatzlose Streichung des § 218 auf die Tagesordnung gesetzt. Sowie die Sozialdemokraten erkannten, daß diese Bewegung Fortschritte darin machte, den Kampf gegen den § 218, für Volksentscheid gegen den § 218 als einen festen Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfprogramms zu verankern, setzten sie alles daran, dies wieder rückgängig zu machen.

In Waiblingen hatte der Ortsjugendausschuß der IG Metall im Sommer 1975 folgenden Beschlußantrag an die Vertreterversammlung der IGM gerichtet:

„Die Entscheidung der hochbezahlten Karlsruher Richter zur vollen Aufrechterhaltung des § 218 ‚im Namen des Volkes' ist eine Verhöhnung des tatsächlichen Willens des Volkes. Deshalb muß das Volk selber entscheiden und seinen Willen durch einen Volksentscheid zum Ausdruck bringen. Wir sind für die ersatzlose Streichung des § 218. Zur Durchsetzung dieser Forderung halten wir eine Unterschriftensammlung, die bereits im gesamten Bundesgebiet angelaufen ist, für den nötigen Nachdruck. Wir fordern den DGB-Kreisvorstand auf, diese Aktion ebenfalls zu unterstützen und Aktivitäten, z.B. eine Veranstaltung, durchzuführen."

Gestützt hatte sich dieser Antrag bereits auf eine breite Unterschriftensammlung in den Metallbetrieben. Über 140 Arbeiter der Maschinenfabrik Stihl z.B. hatten die Forderungen der Komitees „Weg mit dem § 218" unterschrieben.

IGM-Ortsbevollmächtigter Bormann, SPD-Kreistagsmitglied, holte sich für diese Vertreterversammlung extra Rückendeckung der IGM-Bezirksleitung. Der Bezirkssekretär Holler sang ein Loblied auf die SPD als arbeitnehmerfreundliche Partei, pries die Fristenlösung an und zog schließlich die Resolution der sozialdemokratisch beherrschten IGM-Bezirksfrauenkonferenz heraus, um sie zur Abstimmung zu bringen. 2. Bevollmächtigter Rauer, Parteigänger der DKP, hetzte gegen den Antrag des Ortsjugendausschusses. Er meinte: „Ein Volksentscheid ist nicht möglich, denn es gibt ihn in unserer Verfassung nicht." Den Mitgliedern des Ortsjugendausschusses wurde das Rederecht verweigert, denn sie seien ja nur Gäste. So wurde eine Abstimmung durchgepeitscht, in der bei 106 anwesenden Vertretern 5 gegen die Fristenlösung stimmten und sich 19 enthielten.

In etlichen anderen Körperschaften der IG Metall in anderen Städten gelang es den Sozialdemokraten nicht, einen Mehrheitsbeschluß für die ersatzlose Streichung des § 218 zu verhindern, wie z.B. in der IG-Metall-Vertreterversammlung Köln. Wie breit die Forderungen der Komitees „Weg mit dem § 218" bereits in der Arbeiterbewegung sind, das wurde am 1. Mai letzten Jahres demonstriert.

Nach langen Wehen hat das Parlament den sozialdemokratischen Gesetzentwurf beschlossen und den § 218 neu gegossen. Die großartig gepriesene Reform hat sich als reaktionärer Polizeiknüppel entpuppt. Die aufgrund des neuen § 218 geschaffenen Beraterstellen sind nichts anderes als Fallen, wo man sich den Polizeispitzeln stellen soll. Aber die Bourgeoisie wird nicht glücklich mit ihnen. Die Beraterstellen sind Zielscheiben heftiger Angriffe. Viele der Strafprozesse, die aufgrund des § 218 stattfinden, werden zum Tribunal gegen die herrschenden Verhältnisse.

Die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse drängt zum Kampf. Im Lohnkampf drückt sich dies aus in der breiten Bewegung für die Festgeldforderung nach 170 DM. In Waiblingen haben sich auf Kundgebungen gegen die elenden Wohnverhältnisse in den städtischen Wohnungen Hunderte versammelt. Gegen die Ausweitung der TBC an den Schulen gehen die Eltern aus dem Volk auf die Barrikaden.

Die Erfahrungen daraus müssen das Bewußtsein weiter schärfen, daß der Kampf gegen den § 218 zu einem festen Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfprogramms werden muß. Die Reaktion muß zurückgeschlagen werden, damit Raum geschaffen wird für den Klassenkampf.

Die Metallarbeiter müssen dazu ihre Kampforganisation, die IG Metall, nutzen. Die Entscheidung, ob sie ausschließlich den Klasseninteressen dient oder ob sie weiter unter der Herrschaft der Sozialdemokratie die Versöhnung mit den Kapitalisteninteressen als Ziel hat, muß gesucht werden.

Im Herbst ist der Gewerkschaftstag der IG Metall. Ob die ersatzlose Streichung des § 218 wirklich fester Bestandteil des Kampfprogramms wird, das hängt davon ab, wie die klassenbewußten Kräfte in der Lage sind, bei seiner Vorbereitung Zug um Zug die Ideologie der Klassenversöhnung zu schlagen und die Einheit der Mitglieder und Vertretungskörper in Resolutionen und Festlegungen für die Delegierten mit den Forderungen: Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218! herzustellen. – (e)

Die Tarifkommission der IG Druck hat am Donnerstag letzter Woche eine Forderung von 9 Prozent aufgestellt. Das ist ziemlich unverfroren. Der Zusammenschluß auf einer Festgeldforderung hat in der IG Druck in diesem Jahr nochmal an Breite und Tiefe gewonnen. Das sind die Erfahrungen des Streiks vom letzten Jahr, der durch die Mindestforderung in Mark und Pfennig zusammengehalten wurde und deshalb trotz der Spaltungsversuche der Sozialdemokraten hartnäckig geführt werden konnte. Fast auf allen Versammlungen der IG Druck wurden Forderungen nach 1 DM pro Stunde oder 170 Mark für den Monat beschlossen. Von der Stärke dieses Zusammenschlusses konnte sich Leonard Mahlein auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bremen der IG Druck überzeugen, wo er mit seinen spalterischen Prozenten am Montag letzter Woche nicht durchkam und in seiner Anwesenheit und bei seiner heftigen Ablehnung sich erst eine Mehrheit von 35 zu 28 Stimmen für Festgeld entschied und dann mit großer Mehrheit die Forderung nach 1 DM beschlossen wurde. Mit ihrem Beschluß vom Donnerstag letzter Woche will die sozialdemokratisch beherrschte Tarifkommission die Bewegung für die Festgeldforderung, die sich auf den 170 DM zusammenschließt, abblocken. Das Gegenteil ist im Interesse der Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie. Deshalb wird eine breite Aktionseinheit in der IG Druck für den Umsturz der Forderung der Tarifkommission möglich sein. An dieser Aktionseinheit werden sich auch sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte beteiligen. Dafür ist es aber nötig, daß die Politik der Klassenversöhnung und der Spaltung, die der Hauptvorstand betreibt, kritisiert und verurteilt wird. Die Druckkapitalisten haben bereits angekündigt, daß sie nichts zahlen wollen. Man muß sich erneut auf Streik vorbereiten. Das beginnt mit der Aufstellung der richtigen, die Einheit sichernden Forderung. Das wissen die Druckarbeiter – siehe Bremen. Dieses Bewußtsein wird der Beschluß der Tarifkommission nicht beseitigen können. Schon am 17. März sollen die ersten Verhandlungen sein.

Bremen. Am 20.2. fand die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier statt. Seit neun Jahren war Mahlein mal wieder Gast. Er hat versucht eine Prozentforderung an den Mann zu bringen. Die Vertrauensleute von Bremer Nachrichten/Weser-Kurier haben ihren Beschluß vom 17.2. eingebracht, sie fordern 1 DM mehr pro Stunde für alle. In der Abstimmung darüber sprachen sich 35 Arbeiter für einen Festgeldbetrag aus, In der Abstimmung darüber sprachen sich 35 Arbeiter für einen Festgeldbetrag aus, 28 stimmten dagegen. Bei der Abstimmung über die Höhe des Festgeldbetrags stimmten nur wenige gegen die Forderung nach 1 DM mehr für alle.

Zum Schluß wurde eine Solidaritätsresolition mit den kämpfenden Druckern der dänischen Tageszeitung „Berlingske Tidende" verabschiedet, 270 DM wurde zur Unterstützung gesammelt, die Sammlung soll in den Betrieben weitergeführt werden.

Hamburg. Am 28. Februar stellten die Arbeiter der Druckerei Sülter in Hamburg mit 2/3-Mehrheit eine Festgeldforderung in Höhe von 160 DM für alle gleich auf.

Hildesheim. Auf einer Protestversammlung am 25.2. in Hildesheim hat die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten ihre Forderungen nach Angleichung der Löhne an die Industrie, Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 44 Stunden auf 42 Stunden und eine Verlängerung des Urlaubs bekräftigt. Über 70 Landarbeiter waren gekommen, sie haben klargestellt, daß sie ihre berechtigten Forderungen mit Kampfmaßnahmen durchsetzen werden.

Schon in der Woche davor haben die Landarbeiter auf der Domäne Derneburg (Kreis Hildesheim) eine halbe Stunde gestreikt, nachdem die land- und forstwirtschaftlichen Kapitalisten am ersten Verhandlungstag kein Angebot vorgelegt hatten. Die Arbeiter der Domäne Marienburg (Hildesheim) gingen erst nach einem halbstündigen Protestgespräch mit der Betriebsleitung wieder an die Arbeit. Durch Unterschriftensammlungen drückten sie ihre Bereitschaft aus, ihre Forderungen mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen.

Die Delegiertenversammlung der Vertrauensleute der chemischen Industrie für den Bereich Bremen und einen Teil von Niedersachsen, die 2 000 Arbeiter und Angestellte der Chemieindustrie vertritt, stellte einstimmig am 24.2. für die Tarifrunde die Forderung von 173 DM auf. Der Hauptvorstand schrieb an die Vertrauensleute: „. . .empfehlen daher geschäftsführende Hauptvorstand und die Bezirksleiter eine Forderung zu diskutieren, die um 9 % liegen soll." Diskutiert wurde nicht um Prozente,sondern als erstes über den Hauptvorstand, der seine 9 % als Meinung der IG-Chemie am Donnerstsg durch die Presse verbreiten ließ. „Erst fällt der Hauenschild auf dem Gewerkschaftstag dumm auf und jetzt schon wieder. Wenn der Hauptvorstand sagt, das sei das Ergebnis einer Koordinierungssitzung, dann müssen wir doch fragen, was die koordiniert haben. Unsere Meinung jedenfalls nicht, denn wir treten ja erst heute zusammen," so ein Kollege. „Wir sind aber die IG-Chemie und nicht der Hauptvorstand." Die Empörung über das Vorgehen war groß, ebenso die Entschlossenheit, dem entgegenzutreten. Man muß sich „koordinieren", das kann man vom Hauptvorstand lernen. Koordinieren auf der Forderung von 173 DM.

Hamburg. Hamburger Senat beschafft sich arbeitslose Jugendliche für billige Ausbeutung.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Hamburger Senats für arbeitslose Jugendliche sollen 100 Jugendliche für vier Tage in der Woche, 26 Wochen lang, im gewerblichen Bereich der Bezirksämter eingesetzt werden. Einen Tag in der Woche sollen sie an einem „Ausbildungsprogramm" der HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) in der „Werkstatt für Behinderte" teilnehmen. Der Hamburger Senat bezahlt für diese billigen Ausbeutungsobjekte 330 000 DM, der Rest von 720 000 DM wird aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeiterklasse bezahlt, bestritten.

Hamburg. Als weiteren Schritt, um die Forderung nach Einstellung aller Sozialarbeiter, die Eltern und Kinder fordern, durchzusetzen, fand am letzten Donnerstag die Gruppenstunde der Donnerstagsgruppe auf den Fluren im Amt für Jugend statt.

Zehn Kinder begaben sich mit Fußball, Papier, Filzstiften u.a. vor das Büro des Senatsdirektors Gehrken. Das Fußballspielen im 10. Stock ließ den Oberunterdrücker Landesschulrat Neckel und seinen Lakaien Dr. Neter in Panik geraten. Gehrken traute sich erst gar nicht auf den Flur, er fühlte sich bedroht. „Nicht intelligent genug" sollen die Kinder sein, um „so eine komplizierte Angelegenheit zu besprechen", war die Meinung von Neter. Die Kinder antworteten ihm in der richtigen Wiese: „Wenn Du uns nicht zu Gehrken bringst, müssen wir das selber machen." Auch Einschüchterung mit einer Drohung „Anzeige wegen Hausfriedensbruch" brachte die Kinder nicht davon ab, weiter auf den Fluren zu spielen. Sie wiesen auf das Schild „Amt *für* Kinder" hin. Abgeschlossen wurde die Aktion mit Flugblattverteilen und Plakatkleben.

Westberlin. An den sechs Kreuzberger Hauptschulen gibt es einen Schülertreff, der Kämpfe der Schüler gegen die Auslese, Unterdrückung und schlechte Ausbildung organisierte. Ein Lehrer würde in diesem Zusammenhang suspendiert, eine Lehrerin, Mitglied der Liega gegen den Imperialismus, von der Schule geworfen. Dagegen gab es an fast allen Kreuzberger Hauptschulen Streiks während des Unterrichts und Damonstrationen.

Die Elternversammlung der Oberhauptschule sechs hat dem Senat ein Ultimatum gestellt, Daß der Lehrer Köhler bis zum 9.3. wieder in der Schule sein muß. Eltern, die dabei besonders aktiv waren, wurde die Polizei ins Haus geschickt, eine Mutter, die im Öffentlichen Dienst arbeitet mit der Kündigung gedroht, wenn sie weiterhin ihre Kinder unterstützt. Die Schulaufsicht will jetzt weiteres Material gegen Lehrer und Schüler zusammentragen. Daraufhin beschlossen die Schüler eine weitere Demonstration, die verabschiedeten Forderungen sind: „Weg mit den Zusatzbescheinigungen (damit wird den „braven" Hauptschülern nach der 10. Klasse die Mittlere Reife bescheinigt). Jedem Schüler eine entsprechende Ausbildung. Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche.

„Weg mit den Zusatzbescheinigungen (damit wird den „braven" Hauptschülern nach der 10. Klasse die Mittlere Reife bescheinigt). Jedem Schüler eine entsprechende Ausbildung. Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche.

Bremen. In folgendem Brief wenden sich ein Angestellter und ein Rangierer der Bundesbahn, Bremen, gegen den Rausschmiß von drei Lehrerinnen, die sich gegen das Notensystem gestellt hatten.

„Liebe Lehrerinnen! In unserem Büro haben wir heute die Meldung über Ihre Zensurenmaßnahmen – wie der Weserkurier berichtete – kurz besprochen. Als wir dabei unserer eigenen Schulzeit gedachten, und der Schwierigkeiten, die uns Fünfen und Sechsen brachten, da haben wir festgestellt, daß wir alle Ihre Einstellung richtig finden.

Wenn man die heutige Lage an den Schulen bedenkt, dann muß man sagen: nicht die Schüler gehören zensiert, sondern die Schulbehörde – und zwar mit 5 und 6."

Hamburg. In der Gewerbeschule 11 haben Schüler von 12 Klassen eine Unterschriftensammlung gegen die Suspendierung des Berufsschullehrers Diel durchgeführt. Die Lehrer kriegen Panik, haben einzelne Unterschriftenlisten geklaut. Die Betriebe schalten sich ein und drohten einigen Schülern mit fristloser Entlassung, wenn sie weiter Diel unterstützen würden. Im Schülerrat konnten die Schulsprecher der Hotelfachschule (hier werden Jungmanager ausgebildet) mit Einschüchterung verhindern, daß ein Beschluß gefaßt wurde. Das erste Zwischenergebnis der Unterschriftensammlung: 160 Schüler haben unterschrieben! Sie fordern von Staatsrat Dahrendorf, daß er auf eine öffentliche Veranstaltung kommt und dort Rechenschaft für seine Maßnahme ablegt. Die meisten der Schüler , wo Diel bis zum 19.3. unterrichtet hat, haben auch unterschrieben.

Besonders nervös reagiert die Schulbehörde auf Solidaritätsresolutionen aus der Lehrerschaft. referendare des Hauptseminars 76/XV schrieben dem Oberschulrat u.a.: „. . . . Wir begrüßen die Tatsache, daß sich die Lehrer auf die Seite der Schüler und Eltern stellen und fordern: Kein Berufsverbot für Volker Diehl."

Prompt schrieb der Schulrat (selbst GEW-Mitglied) an den GEW-Vorsitzenden Lemke, wo er sich über die GEW-Betriebsgruppe der Referendare beschwerte, daß sie ihren Brief nicht an Lemke, sondern gleich an ihn geschickt hat. Das ist praktisch eine Aufforderung an Lemke, die Referendare aus der GEW zu werfen oder sie zumindest zu rügen.

„Ich habe in der Schule neun Jahre meines Lebens vergeudet"

Der Kapitalismus drückt die Arbeiterjugend ins Elend und läßt ihre produzierten Fähigkeiten verrotten

Wilhelmshaven. Einige Beispiele, die zeigen, wie die Schule im Kapitalismus die Arbeiterjugend ins Elend führt und ihre produktiven Fähigkeiten verrotten läßt:

1. Uwe S., 14 Jahre, siebente Klasse Hauptschule, hat zweimal eine Klasse wiederholt und im Sommer 77 seine „obligatorische neunjährige Schulpflicht" absolviert. Er gilt als renitent (aufsässig), als Leistungsverweigerer und als tendenziell kriminell. Im Sommer muß er die Schule verlassen. Sein Zeugnis: Nur Fünfen und Sechsen. Es ist den Lehrern bekannt, daß er nicht dumm ist. Aber ihre einhellige Meinung ist, für seine schlechte „Arbeitshaltung" muß er bestraft werden. Mit schlechten Zensuren, versteht sich. Uwe ist handwerklich sehr geschickt: Er tischlert, bastelt Elektrosachen, repariert Autos, tapeziert nebenbei. Aber: Eine Lehrstelle wird er nicht bekommen. Er sagt in einem Gespräch: „Ich kann das jetzt noch nicht mal bereuen – mein Verhalten in der Schule. Obwohl ich jetzt derartig in der Scheiße sitze. Aber ich hasse die Schule. Ich habe dort nichts gelernt, was ich mal im Leben brauche. Alles was ich kann, kann ich durch meine Brüder und Onkel. Ich habe in der Schule neun Jahre meines Lebens vergeudet."

2. Detlef U., 15 Jahre, nach der sechsten Klasse aus der Schule entlassen. Er hat oft geschwänzt und dreimal eine Klasse wiederholen müssen. Er ist handwerklich sehr geschickt. Er wurde mit der Begründung aus der Schule entlassen, er sei nicht reif für den Hauptschulabschluß, weil er so oft schwänze. Ein Bäcker in Rüstersiel versprach ihm eine Lehrstelle. Die Hoffnung darauf veranlaßte ihn und seine Eltern, nicht weiter gegen die Schulentlassung vorzugehen, denn arbeiten wollte er gerne. Doch der Bäkker trat von dem Lehrstellenversprechen zurück. Detlef U. ist seitdem arbeitslos. In einem Gespräch mit mir sagte er: „Ich fühle mich so überflüssig hier. Das Rumhängen macht mich fertig. Ich will so gern arbeiten, aber mit meinem Zeugnis nimmt mich keiner. Wenn ich mir 'nen Strick nähme, würde das kaum auffallen."

3. Bernd M., 15 Jahre, Hauptschulabschluß, bekam eine Lehrstelle als Koch versprochen. Er verließ sich darauf. Der Chef des Restaurants vergab die Lehrstelle kurzfristig an den Sohn eines Bekannten, ohne Bernd rechtzeitig zu benachrichtigen. Zwei Monate war er arbeitslos. Dann bekam er als Lagerhilfsarbeiter bei der VMS (Verbrauchermarkt Schmidt, große Supermarktkette in Wilhelmshaven) eine Stelle. 350 DM verdient er brutto dort. Mit dem Fahrrad fährt er jeden Morgen und jeden Abend je eine halbe Stunde. Er arbeitet wesentlich mehr als 40 Stunden die Woche und kommt abends vor 19.30 Uhr nicht nach Hause. Schmidt hat ihm den Besuch der Berufsschule untersagt. Er ließ sich darauf ein, aus Angst, wieder arbeitslos zu sein. Schmidt hat ihm deutlich zu verstehen gegeben, daß er ihn sonst rausschmeißen würde. Es gäbe genug Jugendliche, die er dafür einstellen würde. Bernd M.: „Abends bin ich so kaputt, daß ich nur noch was esse, kurz in die Glotze guck und dann ins Bett falle. Man kann sich um nichts anderes mehr kümmern." – (s, Wilhelmshaven)

Tarifkampf Bauindustrie: Mitglieder halten an 1 DM für alle fest

Die 8,5 %-Spalterforderung wird bekämpft — Großkundgebung der Gewerkschaft geplant

Osnabrück. Auf der Ortsverbandsversammlung der Gewerkschaft Bau Steine Erden (BSE) in Osnabrück am 25.2. wurde zum ersten Mal die Forderung nach 1 DM mehr die Stunde eingebracht, erläutert und der Forderung des Hauptvorstands entgegengestellt. „Selbst wenn die 8,5 % in voller Höhe durchgesetzt würden, langte eine solche Lohnerhöhung für den Bundesecklohn nicht, um die Preissteigerungen und den vermehrten Verschleiß der Arbeitskraft in den letzten Jahren wettzumachen", wurde in der Begründung gesagt. „Auf den Ecklohn würden 8,5 % 80 Pfennig ausmachen, das sind 136 DM im Monat. Der Ecklöhner bekäme demnach 1 770 DM brutto im Monat. Selbst die bürgerliche Statistik stellt für einen vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt einen Bedarf an Lebensmitteln monatlich in Höhe von 1 900 DM fest, welcher aus dem Nettolohn zu bestreiten ist. Netto würden die 1 770 DM auf runde 1 100 DM zusammenschmelzen. Auf die unteren Lohngruppen würde ein 8,5 %-Abschluß natürlich noch verheerendere Folgen haben."

Es wurde herausgearbeitet, daß schon in der Forderung die Spaltung liegt. Sie stellt einen Teil der Facharbeiter vor die Frage, ob es sich lohnt, für eine solche Forderung in den Streik zu treten. Die gehobenen Facharbeiter würden damit auf die Seite der Poliere und Vorarbeiter getrieben, die Fachwerker und Jungarbeiter und die Lehrlinge würden tief ins Elend absinken.

In seinem „einleitenden Referat" lamentierte das sozialdemokratische Mitglied der Großen Tarifkommission, die Kraft der Bauarbeiter würde nicht ausreichen, um mehr herauszuholen als 8,5 % minus Spielraum.

Er versuchte, dieses Argument auch gegen die 1 DM-Forderung einzubringen. Darauf wurde ihm von mehreren Seiten entgegengehalten, daß unter einer Prozentforderung die Gewerkschaft ihre Kraft nicht entfalten könne und so der Kampf nicht geführt werden kann. Die Gewerkschaftsführung hält damit die unteren Lohngruppen aus der Gewerkschaft. Stattdessen, so wurde vorgebracht, komme die Prozentforderung nur den Arbeitern zugute, die gar nicht in die Gewerkschaft wollen, den Antreibern. Ist es da ein Wunder, daß die Gewerkschaft nicht im notwendigen Maße aufgebaut wird?

Es war so, daß dem sozialdemokratischen Tarifkommissionsmitglied die Puste ausging und er, bevor er die Abstimmung durchführen mußte, ob 1 DM oder nicht, des langen und breiten darüber redete, daß die Tarifrunde nun bereits weit fortgeschritten sei, daß die Betriebsräte bei der Umfrage 6 bis 12 % angegeben hätten (wovon das Mittel 8,5 % sei), die Große Tarifkommission diese Forderung aufgrund der Diskussion der Mitglieder der BSE im ganzen Bundesgebiet aufgestellt habe und man nach dem 17. März, dem zweiten Verhandlungstag, noch weiter sehen werde.

Das zog in gewisser Weise, und nur das, denn ausdrücklich sprach sich kein einziger für die 8,5 %-Forderung aus. Es wurde ihm entgegengehalten, daß das Argument, die Forderung stehe bereits, kein Grund sei, jetzt nicht 1 DM zu beschließen. Wenn es richtig ist, daß nur unter einer Forderung nach 1 DM der Kampf zu führen ist, dann muß man die Forderung des Hauptvorstands stürzen. In der darauffolgenden Abstimmung stimmten von 34 Gewerkschaftern 14 für die 1 DM-Forderung, 22 für 8,5 %. Damit hat der sozialdemokratische Vorstand die Bewegung für Festgeld jedoch nicht eingesackt. Im Gegenteil. Die 14 Stimmen für 1 DM sind ein Anfang. Daß die Bauarbeiter den Lohnkampf führen wollen, hat die Gewerkschaftsführung dazu gebracht, diesen Tarifkampf „geräuschvoll" zu führen, ganz im Gegensatz zu den früheren. So sind Großkundgebungen in Hamburg, Stuttgart und Dortmund jeweils am 5., 6. und 12. März zur Tarifrunde geplant. Man muß in der Gewerkschaft und unter den Bauarbeitern mobilisieren, damit diese Kundgebungen zu mächtigen Manifestationen des Willens werden. – (md, Osnabrück)

GEW Westberlin löst sich nicht auf

Die Delegierten des Westberliner Landesverbandes der GEW haben sich sprechende Änderung des Beamtengesetzes, und würdigt die 2/3-Besoldung Schritte an, falls die GEW sich noch DGB und der Festlegung gewerk-

GEW Westberlin löst sich nicht auf

Die Delegierten des Westberliner Landesverbandes der GEW haben sich auf der extra zu diesem Zweck einberufenen a.o. Landesvertreterversammlung am 23.2. gegen Auflösung ausgesprochen. Von 397 abgegebenen Stimmen votierten 196 für Auflösung, 180 waren dagegen, bei zwei Enthaltungen und 19 ungültigen Stimmen. 298 Stimmen wären für das Erreichen der Dreiviertelmehrheit erforderlich gewesen.

Die von dem sozialdemokratischen Landesvorstand mit Unterstützung der Revisionisten betriebene Auflösung sollte der Schlußakt gegen einen lang geführten Kampf gegen die Übernahme der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sein. Die Klassenversöhnler sind scharf auf die Lösung gewesen, weil durch das Weiterbestehen des Landesverbandes und die Neugründung der Spalterorganisation GEW im DGB die Auseinandersetzung der fortschrittlichen Lehrerbewegung gegen die Politik der Bourgeoisie in der Gewerkschaft unangenehm wach bleibt und auf Grundlage der sozialen Interessen der lohnabhängigen Lehrermassen von dort sich weiter der Kampf formiert. Zum anderen kann der staatliche Dienstherr keine entschiedenen Schritte vorantun in der kapitalistischen Rationalisierung und politischen Entrechtung gegen die klassenkämpferische Bewegung in den Öffentlichen Diensten. Sie können es nicht, solange die Staatsfraktion mit Schulratsriege und solchen, die es unbedingt werden wollen, ihr Programm der Festlegung der lohnabhängigen Lehrermassen auf die Linie des parasitären Zusammenschlusses mit dem staatlichen Dienstherrn gegen die Arbeiterbewegung durch Hineinziehen großer Lehrermassen in den höheren Beamtenverband nicht gelingt.

Auch wenn Frister in der „Erziehung und Wissenschaft" 1/77 die Funktionäre aufruft, daß nicht „die SPD und FDP als Träger einer modernen Reform der Lehrerausbildung der Lächerlichkeit preisgegeben wird." So fordert er in der folgenden Nummer der gleichen Zeitschrift in einem Brief an den Arbeitsminister Ehrenberg: Teilzeitbeschäftigung für Lehrer, entsprechende Änderung des Beamtengesetzes, und würdigt die 2/3-Besoldung in Hessen als gut, man würde ja auch nur zu 2/3 arbeiten und polemisiert gegen den „Spiegel", der dies als Maßnahme zur Senkung des Realeinkommens wertet.

Dieses Vorhaben ist vorerst gescheitert. Nach dieser Niederlage der sozialdemokratischen Staatsfraktion erklärte die erste Vorsitzende Frau Kujawa ihren Rücktritt. Sie bittet nun Frister um Aufnahme und fordert die Delegierten auf, es mit ihr gemeinsam zu tun. Mit ihr verließen 156 Delegierte den Saal. 241 Delegierte blieben. Dies ist interessant. 196 Delegierte hatten für Auflösung gestimmt. 45 Delegierte waren unsicher geworden, ob es noch möglich ist, daß der richtige organisierende Vorschlag nach a.o. Bundesvertreterversammlung zur Zusammenfassung der Proteste durchgesetzt werden kann. Ebenso redigierten die 19 Delegierten ihren stummen Protest durch ungültige Stimmabgabe. Auch GEW-Sympatisanten blieben. In ihren Reihen wirkt Zersetzung.



Kundgebung gegen die Versammlung der Staatsfraktion in der GEW zur Gründung eines Spalterverbandes.

Jetzt droht der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert gerichtliche Schritte an, falls die GEW sich noch dem DGB zugehörig nennt, wie er dem „Tagesspiegel" am 24.2. mitteilte. Auch die „Organkläger" den fortschrittlichen Lehrern. Sie haben es gespürt. Folglich trat keiner der Opportunisten mehr für die Klage auf der LVV auf.

Die ideologischen Strömungen, die die fortschrittlichen Lehrermassen an ihrer Kraftentfaltung unter politisch einheitlichen Forderungen hindert, war punktuell geschlagen. Die Opportunisten wagten es nicht mehr, von erneuter Klage gegen den GEW-Bundesvorstand zu reden. Denn ihr Anrufen der bürgerlichen Gerichte gegen den Ausschluß des Westberliner GEW-Landesverbandes hatte sich als Schlag erwiesen, der das Spaltungsgeschäft der Sozialdemokratie voranbrachte. Raum war geschaffen, einen Teil der Delegierten zusammenzuschließen durch den Druck der Mitgliedermassen aus Westberlin jetzt Frister und den Hauptvorstand Bund zu zwingen, eine a.o. Bundesvertreterversammlung zu organisieren zwecks Rücknahme des Ausschlusses aus dem DGB und der Festlegung gewerkschaftlicher Maßnahmen gegen die Besoldungsrückstufungspläne das Teilzeitlehrer und 2/3 Stellenprogramm, Mehrarbeit, Lehrerarbeitslosigkeit und politische Entrechtung.

Die Opportunisten erkannten die Situation der möglichen Führung der Lehrerschaft durch die Vorschläge der Fraktion des KBW und schlugen vor, den Angriff gegen die sozialdemokratische Politik auf die im kommenden Oktober stattfindende ordentlichen Bundesvertreterversammlung zu vertagen. Diesem Manöver ist nicht entgegengetreten worden. Dies war ein Versuch, doch mit Frister die Klassenversöhnung zu suchen. Dies wird nicht gehen.

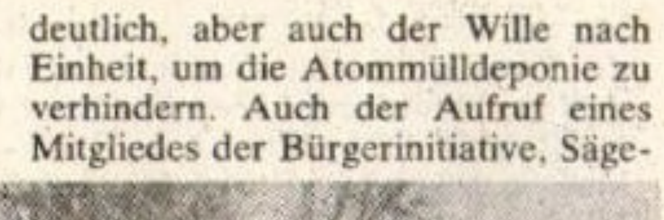
Der Boden für den Reformismus ist objektiv schmal geworden, die Bourgeoisie hat keine materielle Grundlage mehr, die Klassenwidersprüche abzustumpfen. Die Einheit der Lehrerbewegung kann erkämpft werden nicht mit dem Versprechen der Zusammenarbeit mit Frister, sondern im Kampf gegen ihn, um über eine schlagkräftige Gewerkschaftsorganisation zu verfügen, die als Sprecher ihrer Interessen und Leitung ihres unvermeidlichen Kampfes wirksam wird.

Wir haben jetzt die Aufgabe zu lösen, gegen die Rücknahme des Ausschlusses zu kämpfen und die Solidarität aller Landesverbände und Gewerkschaftler der DGB-Gewerkschaften zu organisieren. Denn die Arbeiter in den Industriegewerkschaften haben Interesse daran, daß die Lehrerschaft nicht reaktionär gegen sie und ihre Jugend eingesetzt wird. So kann sich die Lehrerschaft mit der Arbeiterbewegung verbinden. Frau Kujawa sagte in ihrer Abtrittsrede, diese Landesvertreterversammlung sei „der Tag der Niederlage" für sie (selbst), weil ihr die Auflösung nicht gelungen sei, „Förderreuther", weil die „Organklage" nicht durchgesetzt wurde, „für Stange", weil er als erster Vorsitzender des Spalterverbandes große Lehrermassen nicht gewinnen konnte.

Es ist die Niederlage Fristers, die in einen Sieg der fortschrittlichen Lehrer verwandelt werden kann. – (B.K.)

„Dar set wie us to Wehr“

Kampf gegen Atommülldeponie / Manöver der Regierung verfangen nicht



Gorleben. Nachdem am Dienstagabend, dem 22.2., bekannt wurde, daß Gorleben an der Grenze zur DDR zum vorläufigen Standort für eine Atommülldeponie bestimmt wurde, fand am nächsten Tag die erste Kundgebung gegen diesen Plan statt. Ca. 500 führten die Demonstration durch. Transparente mit den Aufschriften „Dar sett wie us to wehr“ oder „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nein, Herr Schmidt, diesmal nicht“ wurden mitgetragen. Tagsdarauf fand eine Versammlung der Bürgerinitiative mit 250 Gegnern der geplanten Atommülldeponie statt. Vertreter der Bourgeoisie, die ihr Privateigentum verletzt sehen wie der Graf von Bernstorff, bürgerliche Kräfte wie der Pastor und Naturschützer, die das Vogel- und Pflanzenparadies erhalten wollen, bekommen da Beifall, wo sie sich gegen die Landesregierung und die Atommülldeponie aussprechen. Als einziger geht der Vertreter des Landvolks von den Interessen der kleinen und mittleren Bauern aus und findet deshalb auch die Unterstützung der Landjugend: In Gorleben und näherer Umgebung gibt es 130 Betriebe, außerdem 150 Nebenerwerbsbetriebe. Wenn die Deponie gebaut wird, unterliegen alle Produkte strengsten Auflagen, wird die Milch jeden Tag mit dem Geigerzähler geprüft, jedes Korn, jede Kartoffel, insbesondere die Zuckerrüben, die besonders gierig sind auf Gase – wer dann noch Landwirtschaft betreiben will, ist arm dran. Nicht Arbeitsplätze werden geschaffen, sondern Arbeitsplätze werden vernichtet.



Grußadressen der Bürgerinitiativen Krempe, Braunschweig, Hankenbüttel, Lichtenmoor und Hildesheim werden mit Beifall aufgenommen. An der Debatte werden die Spaltungslinien deutlich, aber auch der Wille nach Einheit, um die Atommülldeponie zu verhindern. Auch der Aufruf eines Mitgliedes der Bürgerinitiative, Sägewerksbesitzer, daß der KBW keine Flugblätter mehr im Saal verteilen soll, wird nicht durchgesetzt. Wir verteilen weiter und verkaufen eine Reihe von Broschüren und KVZ. Am 25.2. fand eine große Treckerdemonstration in Lüchow statt, an der sich Bauern aus dem gesamten Kreis Lüchow beteiligten. Für den 12. März ist die nächste große Kundgebung geplant. – (pd, Hamburg/Red.)

Hermannsburg. Am Mittwoch, den 23.2.77 demonstrierten in Hermannsburg ca. 400 Menschen gegen den Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie Lutterloh. Einer der geplanten Standorte liegt etwa zehn Kilometer von Hermannsburg entfernt. Kurz nachdem die Standortentscheidung für Gorleben gefallen war, rief die Bürgerinitiative Hermannsburg zu dieser Demonstration auf. 90 % der Hermannsburger Bevölkerung sprachen sich in einer Unterschriftensammlung gegen den Bau der Anlage aus. Auf der Demonstration wurde deutlich, daß das Atomenergieprogramm der Bundesregierung bekämpft wird und daß die Teilnehmer sich durch die Entscheidung Gorleben nicht spalten lassen.

Folgende Parolen konnten sich im Zug verankern:

Gorleben, Aschendorf, Lichtenhorst, Lutterloh – gebaut wird nirgendwo!

Weg mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung!

Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben – Ernst Albrecht wird es nicht erleben!

Osnabrück. Am letzten Donnerstag führte die Jugendvertretung Klöckner im Jugendzentrum Ostbunker eine Veranstaltung zur Atomenergie und dem Energieprogramm der Regierung durch. Eingeladen waren Vertreter der Bügerinitiative gegen Kernenergie Osnabrück. Ca. 25 Arbeiterjugendliche kamen zur Veranstaltung. Am Beispiel des Produktionsprozesses bei Klöckner wurde herausgearbeitet, daß die Kapitalisten mehr Energie benötigen zur Ausbeutung der Arbeitskraft. Unter der Herrschaft der Kapitalisten können Natur und Technik nicht beherrscht werden, was die beiden tödlichen Arbeitsunfälle bei Klöckner zeigen, und was natürlich auch für das Betreiben der Kernreaktoren gilt. Nach der Veranstaltung waren alle Jugendlichen gegen das Kernenergieprogramm der Regierung und wollen den Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf und anderswo unterstützen.

Unter den Auszubildenden bei Klöckner soll eine Resolution verabschiedet werden, und die IGM-Jugend in Osnabrück plant eine Veranstaltung zum Thema Kernenergie. Ein Jugendvertreter und ein anderer Arbeiterjugendlicher von Klöckner werden in der Bürgerinitiative mitarbeiten.

Westberlin. In der letzten KVZ haben wir berichtet, daß, nachdem der Westberliner Senat Probebohrungen zur Vorbereitung des Kohlekraftwerks am Oberjägerweg durchführen ließ, am Montag, den 21.2., 300 Demonstranten den vorgesehenen Bauplatz besetzten. Dabei konnten die Manöver der zahllos angerückten Polizei erfolgreich zerschlagen und die Bohrungen für mehrere Stunden verhindert werden. Dies konnte gelingen, weil das Ziel klar war, die Anwesenden darin einig waren, die Bohrungen zu verhindern, und die Bauarbeiter sich mit dem Kampf gegen das Kraftwerk solidarisierten. Aufgrund der Spaltung durch bürgerliche Kräfte der „Aktionsgemeinschaft Oberjägerweg“ wurde jedoch ab Nachmittag
jägerweg“ wurde jedoch ab Nachmittag
gebohrt. Am nächsten Morgen waren über 1 000 da, um die Bohrungen zu verhindern. Während des Marsches an die Bohrlöcher mußten die Arbeiten teilweise abgebrochen werden. Erneut hatte der Senat Stunden verloren. (Weil die Bohrungen für den Senat sehr kostspielig sind, ließ er sie Tag und Nacht ununterbrochen durchführen.) Die Bohrungen vollständig zu verhindern, gelang nicht. Mehr als 300 Personen waren am Sonntag auf einer Kundgebung auf dem Gelände und beschlossen mit wenigen Gegenstimmen, die am Montag zu erwartende Wiederaufnahme der Probebohrungen, die über das Wochenende unterbrochen worden waren, zu verhindern. In der Woche zuvor hatte das Plenum der Bürgerinitiative mit großer Mehrheit den gleichen Beschluß gefaßt. Die Verhinderung der Probebohrungen wurde gründlich vorbereitet. Mit vereinten Kräften wurden riesige Baumstämme zu zum Teil meterlangen Barrikaden aufgetürmt. Auf den Zufahrtswegen wurden Gräben ausgehoben. Am Montag früh war dann, trotz ausdrücklicher Ankündigung der Wiederaufnahme der Bohrungen, von Bautrupps und Polizei keine Spur. Abends ließ der Senat über die BEWAG im Fernsehen erklären, die Bohrungen seien zwar nicht abgeschlossen, würden aber aufgrund der Entwicklung auf dem Bauplatz bis auf weiteres eingestellt. Damit hat der Senat mit seinen Plänen einen großen Schritt zurück gemacht und die Bewegung gegen das Kraftwerk einen großen Schritt voran zur Verhinderung des Kohlekraftwerks am Oberjägerweg.

Hannover. Roter Punkt schwenkt um: „Jetzt gegen Kernkraftwerksbau“, meldete die bürgerliche Presse zu der von dem Roten Punkt angekündigten „Protestkundgebung gegen die kommunale Preistreiberei“. Die Bankrotterklärung des von den Revisionisten geführten Roten Punktes hat sich gezeigt. Der Kundgebung hörten nur wenige zu, die angekündigte Demonstration wurde abgesetzt. Der KBW führte mit 200 Menschen eine Demonstation gegen die am 1.3. in Kraft tretenden Fahrpreiserhöhungen durch. Die Polizei hatte Mühe, den Straßenbahnverkehr aufrechtzuerhalten. Immer wieder brachten Blockaden die Bahnen zum Stehen. Die Georgstraße war voll von Massen, die die Kundgebung verfolgten und die Blockaden mit durchführten.

Hameln. Die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Weserbergland hat beschlossen, am 19.3. in Grohnde am Bauplatz zu demonstrieren. Am 5.3. soll eine Bundeskonferenz aller Bürgerinitiativen in Emmertal bei Hameln stattfinden. Ihr wird von einer Vorbereitungsgruppe von sechs Bürgerinitiativen ein Aufruf vorgeschlagen, eine Bauplatzbesetzung soll nicht ausgeschlossen werden, dazu soll die Bundeskonferenz die militärische Lage am Bauplatz erörtern. Die Demonstrationsleitung in Brokdorf wurde kritisiert. In Grohnde soll daraus gelernt werden.

Westberlin. Nachdem in mehreren Beschlüssen der DGB aufgefordert worden war, eine Veranstaltung gegen den § 218 durchzuführen, kündigte jetzt der DGB eine Veranstaltung am 14.3. zum § 218 und den Beratungsstellen an. Sie wollen hier den § 218 als „Reform“ verkaufen. Die Arbeiter werden diese Veranstaltung nutzen, darüber zu diskutieren, wie der § 218 zu Fall gebracht werden kann.

Brokdorf: Der Bauplatz hätte besetzt werden können

Beschluß der Fachschaftsgruppe Agrar der Universität Kiel zur Brokdorf-Demonstration am 19.2.

Die Fachschaftsgruppe Agrar hält daran fest, daß die gefaßten Beschlüsse der Demonstration und Kundgebung am Bauplatz, die auf Schleifung der Festung abzielte, richtig waren. Die große Demonstration von über 30 000 Menschen zeigt, daß, wenn die Massen das Ziel der Verhinderung des Baus des KKW's klar vor Augen haben, sie gegen den Staat, der mit seinem Gewaltapparat drohte, Erfolge erringen können. Wir verurteilen die bewußte Kapitulation vor der Polizeisperre.

Der Angriff auf die Baustelle muß erneut vorbereitet werden. Dabei muß vor allem der politische Zusammenschluß der Arbeiter, Bauern, und Volksmassen vertieft werden, und es müssen genaue Festlegungen getroffen werden, um allen opportunistischen Manövern vorzubeugen.

Wir treten ein für eine baldige erneute Landeskonferenz der Bürgerinitiativen. (9:0:1)

Kiel, den 23.2.1977

Kiel. Die Fachschaftsgruppe hat am 23.2. beschlossen: „Die Fachschaftsgruppe Medizin ist der Ansicht, daß auf der Demonstration nach Brokdorf am 19.2. der Beschluß der Demonstrationsleitung in Wilster, an der Polizeisperre eine Abschlußkundgebung durchzuführen, falsch war. Die Polizei war überrascht, weil sie mit sovielen Menschen nicht gerechnet hatte. Zwei Sperren waren bereits abgebrochen, die letzte hätte mit den 30 000 auch überwunden werden können, um dann nach Brokdorf zu marschieren.

Die Fachschaftsgruppe Medizin hält daran fest, daß das Kernkraftwerk in Brokdorf verhindert werden und die Besetzung des Bauplatzes erneut in Angriff genommen werden muß. Wir fordern die Bürgerinitiativen auf, daran festzuhalten, und es auf einer baldestmöglichen Landeskonferenz zu beschließen.“

Außerdem wurde beschlossen, einen Vertreter der Fachschaftsgruppe in die Bürgerinitiative zu entsenden.

Itzehoe. Sieben Mitglieder der BUU-Gruppe Itzehoe haben in einem Flugblatt die Demonstrationsleitung verurteilt, daß sie den weiteren guten Verlauf der Demonstration verhinderte und den Willen der 30 000 bis 40 000 unterdrückte, den Widerstand am Baugelände unter Beweis zu stellen. Sie erklären, daß das nächste Mal eine Demonstrationsleitung *gewählt* werden muß, damit sie in den wichtigen Augenblicken nicht gegen die Mehrheit der Demonstranten entscheidet. „Angesichts des Gewaltapparates und der Ablenkungsmanöver des Staates hilft nur die politische Einheit aller AKW-Gegner und auf dieser Grundlage ein entschlossenes Vorwärtsgehen.“

Elmshorn. In einem Flugblatt, das nach der Demonstration verteilt wurde, kritisieren sieben Lehrlinge, Schüler, Arbeiter und Angestellte, daß der Bauplatz des Kernkraftwerkes Brokdorf nicht besetzt wurde.



Pleiten in der Möbelbranche

Profithaie

„Möbel-Boehme“ hat Konkurs gemacht. 450 Arbeiter und Angestellte fliegen auf die Straße. Sie kriegen grad noch ihr Januargehalt, das für den Februar haben sie bis heute nicht erhalten; der Sozialplan ist mehr als fraglich. Boehme hatte Zweigstellen in Heidelberg, Darmstadt, Karlsruhe, Frankfurt, Stuttgart, Neu-Isenburg, Braunschweig, Hildesheim, Wolfsburg, Hannover, Hannover-Laatzen und Salzgitter, Stammsitz ist Mannheim.

Die Pleiten größeren Umfangs in der Möbelhandel-Branche nehmen zu. Grad Ende letzten Jahres waren es „Möbel-Weiss“ (Rhein-Main-Gebiet, 100 Arbeiter und Angestellte, ca. 20 Mio Umsatz) sowie die Möbelkette Kalderoni (Rheinland), die Konkurs angemeldet hatten. 1975 gab es unter den Möbelhändlern 24 mit mehr als 50 Arbeitern und Angestellten, die ihre Arbeitskraft an sie verkauften.

1976 betrug der Umsatz Boehmes 90 Mio DM. 1951 war er aufgebrochen mit der ersten Filiale: „Dann ging es Schlag auf Schlag. In einigen Jahren wurden bis zu zwei Filialen pro Jahr gegründet, bis schließlich die stolze Zahl von 22 Zweigniederlassungen erreicht worden war.“ (Stuttgarter Zeitung) Freilich, die Massen mußten etliche Möbel neu anschaffen und davon konnten einige der Möbelkapitalisten ihre Möbelhandelsketten aufbauen. Wie sich die Senkung des Lebensstandards der Massen heut ausdrückt, sagt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ so: „(. . .) Ganz schwierig wird es bei den ausgesprochen billigen Möbeln. (. . .) Wer kauft schon eine handwerklich neu gefertigte Hepplewhite-Schrankwand für 50 000 DM?“

Zwischen diesen Möbelhandelskapitalisten tobt ein verbissener Konkurrenzkampf. Expansion bedeutet bei vielen: Ausdehnung der Lagerfläche, Ausdehnung des Lagers. Sie hängen in ihrer Existenz vom schnellstmöglichen Umschlag ihrer Waren ab. Die Größten mögen diese Kosten aushalten. Boehme nicht mehr. „Wenn bspw. ein Großversender vier Millionen DM Teilzahlungskredite einfach stunden kann, ist ein solcher Vorgang für einen Händler mit etwa 60 bis 80 Millionen Umsatz geradezu tödlich.“ (Frankfurter Rundschau, 24.2.) Denn: im ersten und zweiten Tertial 1976 betrug der Kreditverkauf in Prozent des Absatzes 45 bzw. 38 %.

Boehme konnte in diesem Konkurrenzkampf nicht mehr mithalten. Es findet eine „Machtverschiebung am Möbelmarkt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) statt. In welcher Größenordnung und Richtung diese Machtverschiebung vonstatten geht, zeigt ein Vergleich Boehmes, bislang einer „der größten der Branche“, zu den nunmehr größten. Die „Europa Möbel Deutschland“ faßt 167 Firmen mit 290 Einrichtungshäusern zusammen und hält am westdeutschen Möbelmarkt allein 14 %. Oder „Möbel-Mann“ Karlsruhe, der mit 15 Einrichtungshäusern begann, 1976 einen großen Raubzug startete und sich als der größte Hai erwies. Im August ging „SB mehrWert“ pleite, die größte Pleite im Einzelhandel nach dem Zweiten Weltkrieg. Mann war da und kaufte deren „Flaggschiff“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), das Einkaufszentrum Oststeinbeck (Hamburg). Im August kam Latscha („KaufPark“, Frankfurt) in Schwierigkeiten. Das waren zehn große Selbstbedienungswarenhäuser, 720 Arbeiter und Angestellte, 200 Mio DM Umsatz. Mann kaufte. Das „Wertkauf“-Netz gehört ihm schon, und im Herbst eröffnete Mann zu den sieben vorhandenen drei neue Center in Würzburg, Dortmund und Hamburg. Die „Gruppe Mann“ wird so zum „drittgrößten Unternehmen der Selbstbedienungs-Warenhausbranche in der Bundesrepublik nach Massa und Allkauf“. In den USA übernahm Mann 1975 die Aktienmehrheit der Fed-Mart-Gesellschaft in San Diego (46 Läden).

Boehme hat vorgesorgt. Es gilt der „Eigentumsvorbehalt“. Wird bei Boehme gekauft, so muß Anzahlung auf die Ware gemacht werden. Anders können die Massen die nötigen Einrichtungen auch gar nicht kaufen. Beim Konkurs gilt: „Grundsätzlich kann allerdings davon ausgegangen werden, daß bereits ausgelieferte, aber noch nicht bis zur letzten Rate voll bezahlte Möbel Eigentum des Verkäufers bleiben.“ (Mannheimer Morgen) „Undenkbar ist es auch nicht, daß Ratenzahlungskunden – trotz pünktlicher Ratenbegleichung – das noch nicht restlos bezahlte Ledersofa herausrükken müssen – ohne Rückzahlung der bereits bezahlten Raten.“ An der „Konkursmasse“, an den Anzahlungen der Werktätigen, können sich so auch die anderen Kapitalisten, die Boehme beliefert haben, schadlos halten. Zum Konkurs Boehmes schreibt die „Frankfurter Rundschau“: „Der Holzwurm bohrt.“ Wenn schon, dann wüten die Profithaie. – (hjh)

Konzilswahlen FU Westberlin. An der Wahl beteiligten sich 34,2 % der Studenten gegenüber 40,55 % acht Monate zuvor. Genau 20 % aller Stimmen, die abgegeben wurden, entfielen auf die Reformgruppe (RCDS). Das sind 2,2 % weniger als vor acht Monaten. 46,4 % erhielten die Reformisten (Juso, SHB) und Revisionisten zusammen, die in den zentralen Gremien der FU jeweils sogenannte „Linke Fraktionen" bilden. Zuvor hatten sie 45,7 %. Dabei haben die Revisionisten 3,8 % verloren, die jungen Sozialdemokraten 4,5 % gewonnen. Die zahlreichen Initiativen, die alle ohne Programm und unter Parolen wie „Wir petzen, was die anderen mauscheln" oder auch nur „Basisdemokratie" kandidiert haben, erhielten 27 % der Stimmen. Damit sind sie erstmals stärkste Fraktion. Die KHG, die an sechs von 20 Fachbereichen kandidierte, erhielt 2,96 % gegenüber 2,47 % vor acht Monaten.

Hannover. 50 iranische Studenten haben vom 24.2. bis einschließlich 28.2. in Hannover einen Hungerstreik durchgeführt. Sie protestierten damit gegen die Zusammenarbeit des faschistischen iranischen Geheimdienstes SAVAG mit dem deutschen Verfassungsschutz. Diese Zusammenarbeit besteht seit 1957, sie wurde aber erst dieses Jahr durch die iranischen Behörden zugegeben. Die Studenten, die der CISNU (Conföderation iranischer Studenten) angehören, droht ständig die Ausweisung in den Iran, was für sie dann Folter, Gefängnis und Tod bedeutet. Gegen die Abschiebung iranischer Studenten aus der BRD hat es in der Vergangenheit große Aktionen von deutschen und ausländischen Studenten, Schülern und Arbeitern gegeben. Mit ihrem Hungerstreik, der organisiert abgebrochen wurde, wollten die iranischen Studenten über die Verbindung SAVAG und Verfassungsschutz informieren. Tatsächlich mußte die bürgerliche Presse auch täglich über den Stand des Hungerstreiks und die Hintergründe berichten. Ein Sprecher der Aktion betonte in einem Interview im NDR, daß es den iranischen Studenten nicht um eine Bitte an die Bundesregierung geht, sondern um den Kampf gegen SAVAG und Verfassungsschutz.

Ausplünderung der besitzlosen Studenten in den Studentenwohnheimen. In München studieren ungefähr 55000 bis 60000 Studenten. Für sie gibt es insgesamt 8217 Wohnheimplätze. Das heißt, nur jeder 6 bis 7. Student hat überhaupt die Möglichkeit, einen Platz in einem Studentenwohnheim zu bekommen. Der Rest muß sich auf den freien Wohnungsmarkt begeben und teure Wohnungen und Zimmer anmieten. Doch auch die Wohnheimmieten sind zum Teil sehr hoch. Das Studentenwerk München stellt 5204 Wohnheimplätze zwischen 120 und 150 DM für Einzel- und Doppelzimmer. Für Ehepaarappartements muß man bis zu 200 DM zahlen. Ehepaare mit Kindern
150 DM für Einzel- und Doppelzimmer. Für Ehepaarappartements muß man bis zu 200 DM zahlen. Ehepaare mit Kindern
haben keine Möglichkeit, in Studentenwohnheimen zu wohnen. 3013 Wohnheimplätze werden von kirchlichen und Standesorganisationen zur Verfügung gestellt (z.B. vom bayerischen Lehrerverband.) In diesen Wohnheimen sind die Mieten erheblich teurer als in den Wohnheimen des Studentenwerks, man zahlt bis zu 310 DM für ein Einzelzimmer, so im Studentenwohnheim St. Dominikus, eine katholisches Heim, wo nur Studentinnen aufgenommen werden. Insgesamt sind die Wohnheimmieten in den letzten drei Jahren um 10 bis 15 DM gestiegen. Studenten die BAföG bekommen, können kein Wohngeld beantragen. Das heißt, daß es gerade die besitzlosen Studenten sind, die an allen Ecken und Enden ausgeplündert werden. Das BAföG selbst ist eingefroren seit zwei Jahren, die Wohnheimmieten, Mensapreise und Fahrkarten zur Uni werden immer teurer.

Hannover. Anfang des Jahres erhielten die Studenten des Studentenheimes in Hannover ein Schreiben, in dem angekündigt wurde, daß die Reinigung durch die Putzfrauen gestrichen wird. Die Gemeinschaftseinrichtungen sollen nurü noch fünf Mal in 14 Tagen gesäubert werden. Wer weiterhin sein Zimmer geputzt haben möchte, muß dafür 28 DM extra im Monat zahlen. Das Studentenwerk spart die Lohnkosten für die Putzfrauen.Den Studenten werden zwar die Putzgeräte zur Verfügung gestellt, für Schäden und Putzmittel sollen sie jedoch selber aufkommen. Der Hausverwalter Evers hat angekündigt, daß das Putzgerät alle fünf Jahre ausgewechselt wird, also zwei Besen für 17 Studenten in fünf Jahren. Die Geräte sollen die Studenten umschichtig in ihren 11 Quadratmetern großen Löchern unterstellen.

Hildesheim. DieIndustrie- und Handelskammer hat das Einkommen und die Ausgaben der Hildesheimer Studenten an der Pädagogischen Hochschule untersucht: Danach hat jeder Student im Durchschnitt 584 DM im Monat zur Verfügung. 41 % der Studenten werden nur von Eltern oder Verwandten unterstützt. 37 % erhalten BAföG, 17 % müssen ihren Lebensuterhalt durch Arbeiten während des Studiums abdecken und 5 % haben sonstige Zuwendungen. So hat die IHK Hildesheim unfreiwillig rausgelassen, daß weit über die Hälfte der Hildesheimer Studenten kein BAföG bekommt, sondern angewiesen sind darauf, von den Eltern durch deren Lohn unterstützt zu werden. Das entlarvt die Lüge der Bundesregierung, „jeder könne leicht den Höchstsatz" beim BAföG bekommen.

Warum die Fachschaftsgruppe sich gespalten hat

Fachschaftsgruppe „Demokratische Landwirte" Göttingen

Göttingen. Ein Viertel der 1 200 Landwirtschaftsstudenten demonstrierte im Dezember gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz gegen die verschärfte Unterdrückung und Abhängigkeit durch die Professoren. 250 waren an den Streikaktionen an der Göttinger Universität beteiligt. Dennoch mußte die Studentenbewegung an der Fakultät zu Ende des Semesters schwere Schläge einstecken. Mitglieder der Institutsgruppenliste „Demokratische Landwirte" waren vom Institutsdirektor für Bodenkunde, Prof. Meier, gezwungen, Reverse zu unterschreiben, um im Vordiplom geprüft zu werden. Diese Niederlage ist der Spaltung der Studentenbewegung an der Fakultät geschuldet. Den Opportunisten ist sie gelungen, indem sie die Kluft zwischen den Interessen der Studentenmassen und den Absichten der Bourgeoisie verdeckt und unter die Studentenmassen einen Keil geschoben haben.

Die diesjährige Wahl zum Vertretungsorgan, dem Fachschaftsrat, hatte folgendes Ergebnis: Basisgruppe (die vom KB-Nord geführt wird) 250 Stimmen, „Unabhängige Landwirte" (RCDS) 249 Stimmen, „Demokratische Landwirte", die vom KSB unterstützt wird, 37 Stimmen. Im letzten Jahr gab es nur zwei Gruppen: RCDS mit 205 Stimmen und die „Demokratischen Landwirte" mit 195. Von 35 Studenten innerhalb der Liste „Demokratische Landwirte", die sich seit 1974 im Kampf gegen laufende Prüfungsverschärfungen herausgebildet hat, haben zehn an den Forderungen und am Kampf für Koalitionsrechte festgehalten, 20 bis 25 trennten sich unter der Führung des KB-Nord, „um die Diskussion unter den Studenten zu verbreitern". Das war zu Beginn des Wintersemesters 1976/77, als so ziemlich jeder vom Aufschwung der Studentenbewegung sprach.

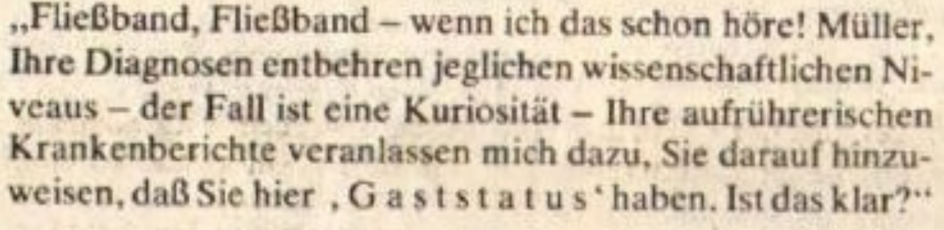
Der Weg, den die Studentenbewegung einschlagen muß, um gegen die Hochschulunterdrückung zu kämpfen und ihre Selbständigkeit zu behaupten, indem sie das Koalitionsrecht gegenüber dem Staatsapparat durchsetzt,
indem sie das Koalitionsrecht gegenüber dem Staatsapparat durchsetzt,
war der programmatische Klärungspunkt innerhalb der „Demokratischen Landwirte". „Der KSB argumentiert immer wieder, wir brauchten nur gemeinsam und kampfkräftig gegen die Prüfungsordnung anzugehen, dann erreichten wir, was wir wollten. Das entspricht nicht der Realität." (aus dem Protokoll der „Demokratischen Landwirte" vom 8.12.1976, Tagesordnungspunkt: Spaltung der „Demokratischen Landwirte"). Und weiter: „Der KSB hat eine horrende Einschätzung des Klassenkampfes, eine völlig falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses etc."

Der Streik an der Landwirtschaftlichen Fakultät hat bewiesen, daß es hier keine angeborene Hochburg der RCDS-Studenten gibt, mit der die KB-Nordstudenten die Studentenmassen auf den Kurs der Versöhnung mit den Professoren immer wieder bringen wollen. Warum aber haben die Opportunisten bei der Spaltung der „Demokratischen Landwirte" Erfolg gehabt?

Wir denken, daß die Spaltung der „Demokratischen Landwirte" und die Erfolge der Bourgeoisie am Fachbereich daher kommen, daß wir nicht unsere Forderungen revolutionär erhoben und die Politik der Aktionseinheit entfaltet haben, um die Massen zusammenzuschließen gegen den bürgerlichen Staat, und daß diesen Abweichungen zugrundeliegt, den Reaktionären die ideologische Führung in den Vorlesungen und Seminaren zu überlassen.

„alternative Lebens- und Wirtschaftsformen zu finden", und „die inhaltliche Studienreform" propagiert, um „sich demIdeal Freiheit von Lehre und Wissenschaft (Freiheit von wirtschaftlichen Interessen) zu nähern." (Zitate aus der Zeitung der Basisgruppe) All das sind jetzt die Versuche der Opportunisten, die Widersprüche zwischen den Interessen der Studentenmassen und der Unterdrückung in den Seminaren zu entschärfen. Was hat das und das Schweigen der Revolutionäre in den Seminaren zur Folge? Daß die Studenten zum großen Teil aus den Seminaren abgewandert sind, den Reaktionären das Feld überlassen bleibt und die Studentenmassen inder Prüfung zu Ende des Semesters dem Professor ausgeliefert waren und sind. In sie sein. Diese Phrase war nicht bewiesen. Dann der Angriff auf die Opportunisten: „Die Umtriebe der KHB-Fraktion bei den ‚Demokratischen Landwirten' ließen das Herz der Bourgeoisie höher schlagen. Die Studentenbewegung wird sich auch von diesen Fesseln befreien." Beides, die Politik und die Absichten der Bourgeoisie am Fachbereich und die Absichten der Opportunisten sind aber nicht enthüllt worden und nicht angegriffen worden in den Seminaren. Genau diese Politik führte zur Spaltung der „Demokratischen Landwirte". Sie kann nur überwunden werden, wenn die Fehler in der Seminararbeit korrigiert werden, um gestützt auf das Interesse der Studentenmassen diese reaktionäre Wissenschaft zu vernichten.




„Fließband, Fließband – wenn ich das schon höre! Müller, Ihre Diagnosen entbehren jeglichen wissenschaftlichen Niveaus – der Fall ist eine Kuriosität – Ihre aufrührerischen Krankenberichte veranlassen mich dazu, Sie darauf hinzuweisen, daß Sie hier ‚Gaststatus' haben. Ist das klar?"



„Schwester Margarete, das Plakat kommt sofort runter – Nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn ... – als Internatsjahrstudent ... Nächstenliebe ... und Ihren Nachtwachendienst würde Herr ... denke ich sicherlich gerne übernehmen, um seine finanzielle Lage etwas aufzufrischen."

Der Studiengang im Fachbereich ist aufgesplittert in Pflanzenbau und Tierernährung auf der einen und Ökonomie auf der anderen Seite. In den Vorlesungen sitzen irgendwelche Grafen und andere Reaktionäre und viele Studenten, die die dort verbratenen imperialistischen Theorien wie, daß die Vernichtung der kleinen Bauern aus deren „Opportunitätsdenken" zu langsam gehe, angreifen wollen. „Opportunität" ist zum Beispiel die Scheu vor den Kosten der Hofaufgabe, der Umschulung, um die Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen zu können, etc. Diese Theorien sind bei den Studentenmassen verhaßt. Sie wollen keine „Gewinnmaximierer, die an Ökologie weniger, an Profit mehr Interesse haben", werden. Deshalb werden jetzt von der Basisgruppe, die vom KB-Nord geführt wird, Arbeitsgruppen gebildet, die zum Inhalt haben, der Praxis verbreitet sich die Ideologie der Ohnmacht der Studenten gegenüber der Professorenreaktion. Das kommt, wenn man der Bourgeoisie am Fachbereich, die die Studentenmassen zu Vollstreckern der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus ausbilden will, ausweicht. Die Spaltungsabsichten der Opportunisten können nicht geschlagen werden, die Revolutionäre werden isoliert. Der Weg dahin hat in diesem Semester zwei Erscheinungen: a) Wochenlanges Untertauchen der Revolutionäre als Revolutionäre zu Beginn des Semesters, dann der Versuch der „Korrektur" mit revolutionärer Phrase. „Mit immer schärferer Unterdrükkung soll der Dressurakt zur Erzeugung von Bauernschindern und Arbeiterantreibern immer kunstgerechter werden." (Ansprache des KSB bei den „Demokratischen Landwirten") Das sollte ein Angriff gegen die Bourgeoi-

Zur Vorbereitung wird die Zelle des KSB in den Ferien einen Dia-Vortrag zeigen, der die Gesetzmäßigkeiten der Ruinierung der Bauern im Imperialismus aufzeigt. Für die Bourgeoisie am Fachbereich ist es grundlegend, in allen Seminaren die Köpfe der Studenten mit der bürgerlichen Ökonomie zu vernebeln. Für die Revolutionäre ist es grundlegend, die Studentenmassen gerade in der Vernichtung der bürgerlichen Ökonomie zu führen. Die entsprechenden Vorlesungen werden jetzt vorbereitet durch die Debatte der Arbeitshefte 6 und 8 zu „Kommunismus und Klassenkampf". Auf diesem Weg, denken wir, kann der Zusammenschluß der Studentenmassen für ihre objektiven Aufgaben hergestellt werden und die Einheit der „Demokratischen Landwirte" als Führer des Kampfes an der Fakultät Landwirtschaft. – (as, KSB Göttingen)

Studentenarbeitsvermittlung Hamburg

„Studentenservice" nennen die Kapitalisten liebevoll die Nebenstelle des Arbeitsamtes, die unten im Hauptgebäude der Universität untergebracht ist. Jeden Morgen um 7.30 Uhr drängen sich in der „Jobberhöhle", wie sie von den Studenten genannt wird, 130 bis 200 Studenten, um ihre Arbeitskraft dort anzubieten.

Mit einem Lossystem werden dort jeden Morgen 15 bis 40 Jobs an die Studenten vermittelt, die zum großen Teil gezwungen sind, während des ganzen Semesters ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wer irgendwo anders Arbeit finden kann, geht hier nicht hin. Aber besonders für ausländische Studenten besteht keine andere Möglichkeit Arbeit zu finden.

Unter dem wachsenden Druck der Arbeitslosigkeit und der sich verschlechternden Lage der besitzlosen Studenten können die Kapitalisten immer schlechtere Arbeitsbedingungen diktieren und das Lohnniveau drastisch senken:

– So werden Jobs in entlegenen Stadtteilen für ganze drei Stunden angeboten, wobei Fahrzeit und Fahrgeld nicht bezahlt werden.

– Der Springer-Verlag Ahrensburg, was ebenfalls ziemlich weit draußen liegt, stellt Packer für die Spätschicht von 14.45 Uhr bis 22.45 Uhr für sieben Mark netto die Stunde ein. Soviel hat derselbe Kapitalist 1973 für eine Sechsstunden-Spätschicht in der Innenstadt bezahlt.

Ein weiterer Vorteil für die Kapitalisten ist, daß die meisten Jobs ohne Eintragung in die Steuerkarte vermittelt werden. Sie sparen so neben den Kranken- und Sozialversicherungsbeiträgen, die sie für die Studenten nicht zu bezahlen brauchen auch noch Steuern, da er diese für einen günstigen Satz pauschal für Hilfsarbeiten verrechnen kann. Die stunden- oder tageweise Vermittlung, die vorherrscht, hat für die Kapitalisten den Vorteil, daß er sie immer dann einsetzen kann, wenn er gerade Arbeiter braucht. Die Studenten haben weder Kündigungsschutz, noch Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Nebenstelle des Arbeitsamtes steht voll im Dienst der Kapitalisten. Sie erfüllt ihre Wünsche nach Qualifikation, Konstitution und Nationalität vollständig. Manchmal kommt sogar ein Beauftragter des Kapitalisten, um die Arbeitskräfte mit eigenen Augen zu mustern und auszuwählen.

Bewußt wird die Konkurrenz unter den Studenten, besonders die Konkurrenz zwischen ausländischen und deutschen Studenten zu schüren versucht. So werden bestimmte Jobs nicht nach dem normalen Losverfahren verteilt, sondern einfach vergeben. Dabei werden deutsche Studenten häufig bevorzugt.

Westberlin. In der letzten Woche fand eine gemeinsame Veranstaltung von Studenten des Fachbereiches 20 der Technischen Universität und Arbeitern von Fritz Werner (Diag-Konzern) statt. Während des Streiks im letzten Semester wurde auf Beschluß der Vollversammlung eine Arbeitsgruppe gebildet, die diese Veranstaltung vorbereitete (bei Fritz Werner versuchen die Kapitalisten gerade den Fertigungsleitstand einzuführen, der mit an der Technischen Universität entwickelt wurde). Die Sozialdemokraten im Betriebsrat haben versucht, die Veranstaltung zu hintertreiben, sie behaupteten, sie hätten keine Einladung bekommen, die Studenten haben daraufhin die Einladung öffentlich vor den Toren verteilt. Die Veranstaltung war ein großer Erfolg. Die Studenten legten dar, aus welchen Gründen sie gestreikt haben und zu welchen Zwecken sie an der Universität ausgebildet werden. Arbeiter von Fritz Werner zeigten die Auswirkungen der Einführung des Fertigungsleitstandes für die Arbeiter auf.

Am Ende der Veranstaltung wurde beschlossen, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Als nächste praktische Aufgabe wird eine Betriebsbesichtigung für die Studenten organisiert. Diese Besichtigung wird von Studenten und Arbeitern gemeinsam vorbereitet, damit Geschäftsleitung und Betriebsrat die richtigen Fragen gestellt werden können.

Britische Rheinarmee in der BRD

Sie befinden sich in Feindesland

Osnabrück. Insgesamt sind in der Armee der britischen Imperialisten 160 000 Soldaten und 5 800 Frauen. Davon ist ein Drittel in der BRD stationiert, drei Divisionen und zwei Artillerie-Brigaden. Zusammen mit der BRD und Belgien bilden sie die zweite alliierte taktische Luftwaffe in Europa. In Osnabrück sind 14 000 Briten, Soldaten mit ihren Familien. Sie sind die größte Einheit der Rheinarmee. Ehemals Kolonialtruppen in Indien, werden sie hier für den Krieg gegen die irischen Arbeiter und Bauern ausgebildet. Die Bewaffnung entspricht ihren Aufgaben. Im wesentlichen Hubschraubereinheiten und Schützenpanzer, wenig schweres Gerät. Zusammengestellt sind die Einheiten nach den verschiedenen Nationalitäten.

Einmal fremde Völker, die während der Kolonialkriege in die Armee gepreßt wurden, zum anderen die einzelnen Teile des britischen Volkes. So ist das Regiment „Queens own Highlanders" aus Schotten zusammengesetzt. Sie sind am 1. September 76 nach Belfast in den Einsatz gekommen. Schotten gegen Iren, das sind die Pläne der britischen Imperialisten.

Zwei Wochen vorher wurde in Osnabrück der Ernstfall geübt. In zwei Stadtteilen, Eversburg und Dodesheide, übten die Soldaten den imperialistischen Unterdrückungskrieg. Tag- und Nachteinsatz gegen die Volksmassen „unter nordirischen Verhältnissen". Abriegeln von Straßenzügen und Vierteln, Vorgehen gegen Demonstranten und Einsatz von Tränengas. Das üben sie nicht nur für Nordirland. „Unter nordirischen Verhältnissen" bedeutet nichts anderes, als daß die britischen Truppen als Besatzer gekommen sind und die Volksmassen sie als solche betrachten. Bekannt ist, daß es in unserem Stadtteil des öfteren handfeste Auseinandersetzungen zwischen britischen Soldaten und Deutschen gibt. Die Jugendlichen nennen die Soldaten auch „Leimis" und drükken so die Verachtung aus.

An den Kneipen hängen in aller Regel Schilder, auf denen „Out of Bounds" steht. Es ist so, sie befinden sich im Feindesland, denn die Volksmassen wehren sich dagegen, daß vollbewaffnete englische Soldaten durch

gel Schilder, auf denen „Out of Bounds" steht. Es ist so, sie befinden sich im Feindesland, denn die Volksmassen wehren sich dagegen, daß vollbewaffnete englische Soldaten durch

die Stadtteile patrouillieren und Straßen und Häuser besetzen.

Die britische Armee ist ein Berufsheer, in das die Jugend der englischen Arbeiterklasse durch die Krise des britischen Imperialismus, das Elend und die Arbeitslosigkeit gepreßt wird. Objektiv hat die Masse der Soldaten kein Interesse am Gegensatz zu den deutschen Jugendlichen. Dieser ist nur durch schwerste Unterdrückung und Isolierung von der westdeutschen Bevölkerung zu erreichen. Ledige Soldaten werden in Baracken eingesperrt, Verheirateten werden nach einem Punktesystem, zusammengesetzt aus Dienstgrad, Alter, Anzahl der Kinder und Dienstzeit Wohnungen zugewiesen. 25 000 Wohnungen gibt es insgesamt in der BRD für die britischen Besatzertruppen, woraus man ersehen kann, daß der Großteil der einfachen Soldaten in Baracken kaserniert ist. Ein einfacher Soldat erhält zwischen 28 und 31 DM pro Tag. Das sind 840 DM durchschnittlich im Monat.

Das ohne Abzüge. Ein Sergeant, verheiratet, erhält abzüglich Nebenkosten 45 DM pro Tag. Das sind 1 260 DM pro Monat. Ein verheirateter Captain erhält 50,38 DM pro Tag plus einer Überseezulage von 33,65 DM, abzüglich Nebenkosten (das meiste wird ihm gestellt oder ist verbilligt) bleiben 53 DM im Monat, macht 1 484 DM. Leicht lassen sich hier an den verschiedenen Einkommen die verschiedenen Unterdrückungsfunktionen ablesen.

Die Wohnungen der Briten im Stadtteil sind ghettoartig. Sämtliche kulturellen Einrichtungen wie Kino usw. sind britisch, wie auch der eigene Sender zum Zweck der ideologischen Beherrschung der Truppen. Die Prügelstrafe ist reguläres Unterdrükkungsmittel in der britischen Armee.

Doch gibt es Widersprüche in den Kasernen und auch scharfe Auseinandersetzungen. Bekannt ist die Brutalität der Militärpolizei, mit der die britischen Imperialisten die Soldaten unterdrücken. Des öfteren kann man in der Stadt Einsätze der Militärpolizei erleben, bei denen Soldaten aus Kneipen heraus oder von der Straße weg festgenommen, verprügelt und auf die Ladefläche der Jeeps der Militärpolizei geworfen werden. Anders können die Soldaten nicht unter Kontrolle gehalten werden.

festgenommen, verprügelt und auf die Ladefläche der Jeeps der Militärpolizei geworfen werden. Anders können die Soldaten nicht unter Kontrolle gehalten werden.



Mannschaften und Offiziere der britischen Rheinarmee im Manöver

Holzminden. In der dritten Kompanie des Amphibischen Pionierbataillons 130 hat der Haß der Wehrpflichtigen auf die Verhältnisse in der Bundeswehr eine außerordentliche Schärfe erreicht. Alle Tage laufen bei uns Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Vorgesetzten.

Allein in der letzten Woche gab es drei Festnahmen wegen Ungehorsams und Widersetzlichkeiten, z.T. versuchte Tätlichkeiten gegenüber Vorgesetzten, in der Woche davor zwei Festnahmen.

In den allermeisten Fällen handelte es sich um „Kleinigkeiten", wegen denen Soldaten in den Knast mußten, um „Kleinigkeiten", die für die Bourgeoisie große Bedeutung haben. Das Offizierspack kennt den Haß der Wehrpflichtigen auf die Bundeswehr und weiß, daß, wenn sie „Kleinigkeiten" durchgehen läßt, die Soldaten rasch selbstbewußter werden und bald die offene Rebellion ausbricht. Um das zu verhindern, muß in den Kasernen die Polizeiknute herrschen.

So wurde ein Soldat festgenommen, weil er sich weigerte, einen Tisch abzuräumen, an dem er gar nicht gegessen hatte. Andere wurden festgenommen, weil sie auf Befehl eines Stabsunteroffiziers (Stuffz) hin, sofort auf ihre Stuben zu gehen, sich weigerten und noch ihr Bier austrinken wollten. Daraufhin drehte der Stuffz einem Soldaten den Arm auf den Rücken und verhaftete ihn und noch einen Kameraden. Wenige Tage später wurde ein Gefreiter festgenommen, als der Unteroffzier vom Dienst um 10 Uhr die Sauberkeit der Stube kontrollierte, und sich die Soldaten die ständige Schikane nicht bieten lassen wollten. Die Wut war so groß, daß es beinahe zu einer Prügelei gekommen wäre.

Fälle von Fahnenflucht und unerlaubten Entfernen von der Truppe sind häufig. Fast ständig ist irgendjemand „unterwegs". Gefängnisstrafen zwischen vier Monaten und mehr als einem Jahr werden für einige Wochen Abwesenheit ausgesprochen. Diese Strafen werden meist zur Bewährung ausgesetzt, um den Wehrpflichtigen über Jahre hinaus unter der Knute zu haben.

Die Rebellion der Soldaten gegen die Bundeswehr zu unterdrücken und den Zusammenschluß mit dem Volk zu verhindern, gelingt der Kompanieführung jedoch nicht. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag, den 17.2., prangte plötzlich vor der Holzmindner Polizeiwache und auf der Straße direkt vor der Medem-Kaserne in bundeswehreigener Leuchtfarbe die Parole: „Kein Einsatz in Brokdorf." Das brachte die Polizei und Offiziere in Bewegung. Noch in der Nacht wurde die Parole wieder entfernt. Am nächsten Vormittag kreuzte der MAD (Militärischer Abschirmdienst) auf und verhörte drei Soldaten: es waren in der Kaserne auch noch Flugblätter aufgetaucht, die zur Demonstration am 19.2. nach Brokdorf aufriefen. Daraufhin hatte der Kompaniechef Hauptmann Schmidt nichts eiligeres zu tun als sämtlichen Soldaten, die bei ihm in Verdacht standen, daß sie nach Brokdorf fahren könnten, zum Wochenenddienst einzuteilen.

nen Kameraden. Wenige Tage später wurde ein Gefreiter festgenommen, als der Unteroffzier vom Dienst um 10 Uhr die Sauberkeit der Stube kontrollierte, und sich die Soldaten die ständige Schi-
der Kompaniechef Hauptmann Schmidt nichts eiligeres zu tun als sämtlichen Soldaten, die bei ihm in Verdacht standen, daß sie nach Brokdorf fahren könnten, zum Wochenenddienst einzuteilen.

Weltweite Waffenlieferungen der BRD-Imperialisten. An **Kanada** werden jetzt 32 Kampfpanzer Leopard leihweise ausgeliefert. Sie sollen nach Lieferung der 182 von Kanada bestellten Leopard an die Bundeswehr zurückgegeben werden. Australien hat ebenfalls die ersten Leopard erhalten. Die imperialistische Bourgeoisie versucht über Waffenlieferungen ihren politischen Einfluß in Ländern der Dritten Welt zu stärken: An die **Türkei** werden mit einer 1,2-Milliarden-Bürgschaft der Bundesregierung 182 Leopard, 11 Spezialpanzer und 483 Abschußanlagen sowie 6 520 Milan-Raketen verkauft. Eine Ausfuhrbürgschaft wurde ebenfalls für die Lieferung zweier Unterseeboote an **Indonesien** übernommen. Die U-Boote werden für 250 Millionen DM auf der bundeseigenen Kieler Howaldtswerft gebaut.

Wunstorf. Anläßlich der geplanten Fahrpreiserhöhungen im Großraumverkehr Hannover hat die Mannschaftsversammlung der Unteroffiziers- Lehr- und Sicherungsstaffel / Fliegerhorst Wunstorf einstimmig den Beschluß gefaßt, das folgende Schreiben an die Geschäftsstelle des Großraumverbandes Hannover zu schicken. Weiterhin soll der Beschluß an die Vertrauensleute der anderen Staffeln weitergeleitet und am Schwarzen Brett im Mannschaftsspeisesaal veröffentlicht werden:

„Im Frühjahr 1977 sind Fahrpreiserhöhungen für den Großraumverkehr Hannover geplant. Alle wehrpflichtigen Soldaten sind von diesen Erhöhungen besonders stark betroffen. Der Wehrsold darf durch erhöhte Fahrtkosten für die Soldaten, die im Großraum Hannover wohnen oder dort stationiert sind, bzw. deren Familien nicht noch mehr beansprucht werden. Wir sprechen uns deshalb gegen diese Fahrpreiserhöhungen aus."

Munster. Bei der Formalausbildung haben die Mannschaften der 4./93 das Singen von Söldnerliedern wie „Zu Junkers Kneipe", „Märkische Heide" und „Barette" verweigert, weil diese ihre Erfahrungen mit der verhaßten Armee direkt verhöhnen, die imperialistische Expansion preisen und eine Söldnerschaft einimpfen sollen. In einem der Lieder heißt es: „. . . . wir wollen Panzermänner sein." oder „. . . kämpfen wir, so weit die Erde, bald für dies und bald für das" und „. . . Ruhm und Beute zu gewinnen, ziehen wir mutig in die Schlacht." Weil die Mannschaften das Singen sabotierten, gab es eine Stunde Zusatzdienst, wo sie in Kampfuniform im geschlossenen Raum auf der Stelle marschieren und singen sollten. Aus dem Singen wurde nichts, auch nicht durch eine nochmalige Wiederholung des Zusatzdienstes. Die Reaktion des Hauptmanns Abels darauf: Als erzieherische Maßnahme müssen die Lieder auswendig gelernt werden und sollen in einer Erfolgskontrolle aufgeschrieben werden. Bei Nichtkönnen Streichung des freien Wochenendes. Die Erfolgskontrolle fand aber bisher nicht statt.

Im 53. Panzergrenadierbataillon in Fritzlar / Hessen wird die Forderung nach 40-Stunden-Woche und Dienstausgleich für alle Zusatzdienste erhoben. Die uner-

Im 53. Panzergrenadierbataillon in Fritzlar / Hessen wird die Forderung nach 40-Stunden-Woche und Dienstausgleich für alle Zusatzdienste erhoben. Die uner-

trägliche Ausdehnung der Dienstzeit verstärkt die Kasernierung, die Absonderung der Soldaten vom Volk und ruiniert die Gesundheit der Soldaten. Die vorgeschriebene Dienstzeit beträgt neun Stunden täglich. Vom 14. bis 28. Januar war für das gesamte Bataillon Truppenübungsplatzaufenthalt in Grafenwöhr. Dienstzeit betrug durchschnittlich 12 bis 14 Stunden am Tag. Folgende Zusatzdienste mußten über den normalen Dienst hinaus geleistet werden:

Kompanien	Wachen	Bereitschaft	GvD/UvD
2/53.	4	2	66
3/53.	4	2	95
4/53.	7	2	109
5/53.	4		81

In der 4/53. mußte von einem einfachen Soldaten im Januar durchschnittlich 16,2 Stunden pro Tag an 25 Diensttagen Dienst geleistet werden. In der Woche sind das 90 bis 100 Stunden, im Monat 405. Das ist keine Ausnahme. Im letzten Quartal 76 wurden die Soldaten ebenfalls zu 400 bis 500 Überstunden gezwungen.

Hamburg/ Scharnhorstkaserne. „Weil die Demonstration in Brokdorf ansteh t und nicht so glimpflich abgehen wird," sind Blutspenden in Hamburg in der Scharnhorstkaserne durchgeführt worden. In dieser Kaserne werden zahlreiche Rekruten aus dem Bergischen Land ausgebildet.

Einige Tage später wurde während der „Aktuellen Truppeninformation" über das Kernenergieprogramm der Bourgeoisie debattiert. Ein „Vorabmeinungsbild " ergab 16 Stimmen für den Bau von Kernkraftwerken und 22 Gegenstimmen. Die Debatte war heftig, es wurde offengelegt, daß dieses Programm auf Kosten der Massen durchgesetzt werden soll und allein den Profiten der Kapitalisten nützt. In der Schlußabstimmung waren 10 Soldaten für den Bau von Kernkraftwerken und 28 dagegen. Der Leutnant kochte. „In Brokdorf demonstrieren aber nur die Chaoten!" pries er die Spalterdemonstration in Itzehoe, um zu retten, was zu retten war. Die Rekruten waren empört. Ein Soldat sagte: „Wenn es mich am Hintern juckt, dann kratz ich mich doch nicht am Kopf!" Das saß. Der Leutnant brach die Debatte ab. Mehrere Rekruten aus der Scharnhorstkaserne sind zur Demonstration nach Brokdorf gefahren.

Herumschicken und absondern

Isolierung in Soldatensiedlungen gelingt schwerlich

Der bürgerliche Staat sperrt die Soldaten seiner Armee in Kasernen, er siedelt sie mit ihren Familien in extra Siedlungen an, um sie von der übrigen Bevölkerung zu isolieren und die Einheit zwischen Arbeitern und Soldaten zu verhindern. Kontrolle und Unterdrückung sind in der imperialistischen Armee notwendig, deren Aufgabe immer ist, die Revolution im eigenen Land niederzuschlagen und die Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker militärisch zu sichern.

Weil der größte Teil der Zeit- und Berufssoldaten nichts besitzt außer ihrer Arbeitskraft, weil sie rekrutiert sind aus der Arbeiterklasse, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft, ist es möglich, die Zeit- und Berufssoldaten, allesamt Unteroffiziere und auch Teile der Offiziere, für die Ziele des Proletariats zu gewinnen. Das zeigt das Gespräch mit einer ehemaligen Frau eines Oberbootsmanns (Feldwebel).

Unter welchen Bedingungen erhält man eine Bundeswehrwohnung?

Der Bund gibt Geld zum Wohnungsbau. Da kommt rein, wer beim Bund angestellt ist. Das müssen nicht unbedingt Soldaten sein, da können alle rein, die vom Bund angestellt sind, Bundesluftschutz usw.

Wie oft muß man umziehen wegen Versetzung?

Die Bundeswehrsoldaten haben keinen Anspruch darauf, in einer bestimmten Stadt oder Land zu bleiben. Sie müssen immer bereit sein umzuziehen. Das müssen sie unterschreiben. Sie sind nicht fest stationiert. Dann wird es angeordnet, wenn sie woanders hin müssen. Sie kriegen einen Versetzungserlaß, dann muß der Mann an den Ort, z.B. wie bei uns. Da waren wir im Schwarzwald und der Mann kam nach Schleswig, er muß dann in Schleswig bleiben. Er hat dann auch Anspruch auf eine Wohnung. Drei Wohnungen werden nachgewiesen. Dreimal kann man abweisen, die vierte muß man nehmen. Die ist dann in dem Ort, wo der Mann arbeitet, zumindest in der Nähe.

Wie oft wird man da versetzt?

Das kommt ganz darauf an, bei welcher Einheit der Mann ist. Zum Beispiel Panzereinheiten, die werden nicht so oft versetzt, aber z.B. welche von der Marine, die werden öfter versetzt. Bei uns war das nicht so oft. Wenn der Mann einen Lehrgang macht für eine Planstelle, und da ist gerade keine Planstelle da, dann wir er eben woanders hinkommandiert.

Wie oft ist dein Mann versetzt worden?

Also erstmal wurde er eingezogen, dann in Hamburg ausgebildet, von dort nach Kiel, dann nach Schleswig, nach Jagel, zwischendurch wieder nach Kiel, dann wieder Jagel.

Wie ist das sonst im Durchschnitt?

Es kommt darauf an, wie lange sie dabei sind, ob sie Zeitsoldaten oder Berufssoldaten sind.

Sie werden mindestens vier- bis fünfmal versetzt. Die meisten sind mehr wie zweimal mit der ganzen Familie umgezogen. Zum Beispiel die Familie B. (Hauptbootsmann), die sind von Lüneburg nach Kiel gekommen, dann nach Schleswig gezogen, von Schleswig nach Passau, von Passau wieder nach Hamburg, von Hamburg nach Mehlbeck (bei Lüneburg). Solange die Familien getrennt sind, zahlt der Staat Trennungsgeld, und damit er das einspart, weist er einem eine Wohnung nach. Und das wird angeordnet, daß er versetzt wird, und er kriegt eine Anordnung, daß er umzuziehen hat, und das wird dann bezahlt. Der Umzug muß angeordnet sein, sonst kann man nicht umziehen. Also man kann wohl umziehen, aber dann bekommt man den Umzug nicht gezahlt. Wenn der Staat eine Wohnung nachweisen kann, dann muß er umziehen.

Wie sind die Verbindungen untereinander in einer solchen Siedlung und welche Probleme werden dort erörtert?

Der Kontakt kommt häufig über die Männer von der Dienststelle her, oder weil man eben zusammen wohnt.

Ist die Situation in der Soldatensiedlung gekennzeichnet durch Konkurrenz und Schleimerei, weil z.B. jeder nach Beförderung strebt?

Nee, es stellt sich ein Zusammenhang her über gemeinsame Probleme wie z.B. die Kinder.

Du bist in so einer Siedlung mit fast nur Soldaten zusammen, höchstens noch Beamte, aber du hast gar keinen Kontakt zur Arbeiterschaft?

Wenig. Es ist so, daß wir oft versetzt werden, deshalb kommt eine Verbindung schlechter mit anderen zustande. Erstmal wohnen die da nicht und man wird öfter dort rausgerissen. (. . .) Verbindung zur Arbeiterklasse ist nur wieder dann, wenn z.B. die Frau mitarbeitet und die Frau sich eingliedert in einen anderen Prozeß, aber sonst ist es schwierig.

Arbeiten die Frauen mit?

Ja also, da haben sich die Zeiten geändert. Früher waren noch mehr die Frauen zu Hause, vor allem, wo kleinere Kinder da waren, wo heute schon die Frauen fast alle zur Arbeit gehen, auch mit kleineren Kindern.

In welche Schulen gehen die Kinder?

In die Mittelschule hauptsächlich. Dadurch, daß die Familien so oft versetzt werden, ist das auch ein Handicap für die Kinder, da zieht eins das andere nach.

Hatte dein Mann Disziplinarstrafen? Was hat das für Auswirkungen auf die Familie?

Bei uns waren's drei bis vier. Wegen Trinken. Mein Mann hat sich im Dienst dann in betrunkenem Zustand mit Vorgesetzten angelegt, der hat den irgendwie tituliert. Er hat auch mal eins bekommen, weil er angetrunken bei der Flaggenparade das Kommando gegeben hat „Holt den Feudel runter!" Erstmal wird er dann nicht befördert, zum Teil muß er Strafe zahlen, dann hat er Bau gekriegt. Dann hatte er zwei Autounfälle, da kriegen die auch immer ein Disziplinarverfahren. Also so Disziplinarverfahren sind gängig, wenn einer ein Strafverfahren draußen hat, dann kriegt er gleich nochmal ein Disziplinarverfahren.

Was, denkst du, würde es geben, wenn aus solch einer Siedlung Soldaten dabei wären, die zu einem Einsatz wie in Brokdorf abkommandiert würden?

Die haben ja nicht das Recht zu widersprechen, das sind ja Beamte, und Beamte haben nicht das Recht zu widersprechen, das ist es ja eben. Es hätte ein großes Debakel gegeben, gegangen wären sie wohl, aber nicht mit großer Begeisterung. Das hätte Schwierigkeiten gegeben.

Carter und die „Eurokommunisten“

Die Häupter der sogenannten „Eurokommunisten“, d.h. der revisionistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens, Berlinguer, Marchais und Carillo, bereiten gegenwärtig ein „Gipfeltreffen“ in Madrid vor, auf dem sie ein gemeinsames Dokument verabschieden wollen. Währenddessen findet in den USA eine lebhafte Debatte darüber statt, wie nützlich es sein kann, mit diesen revisionistischen Parteien, offiziell oder inoffiziell, Beziehungen aufzunehmen und sie für die Politik des US-Imperialismus in Europa einzuspannen.

Das „Gipfeltreffen“ wurde bereits durch eine Vorkonferenz in Madrid vorbereitet und soll nun Anfang März steigen. Einigkeit soll darüber erzielt worden sein, daß eine Erklärung über Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten abgegeben wird, die auch eine Verurteilung der Unterdrückung von „Dissidenten“ in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten enthalten soll.

Worum geht es diesen „Euro“-Revisionisten? In den europäischen Ländern verschärfen sich die Klassenauseinandersetzungen auf breiter Front, und relativ rasch kann es zu einer neuen revolutionären Zuspitzung wie bereits im Mai 1968 in Frankreich kommen. Die Revisionisten in Italien, Frankreich und Spanien sind unbedingt entschlossen, sich über die Niederschlagung dieses Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen und revolutionären Massenbewegung des Volkes zur führenden bürgerlichen Partei aufzuschwingen, auf die die herrschende imperialistische Finanzbourgeoisie als letzten Rettungsanker zurückgreifen *muß*, wenn sie nicht gestürzt werden will.

Dazu müssen sie sich von ihren ideologischen Ziehvätern, den sowjetischen Revisionisten, ausdrücklich absetzen, die zu einer offen faschistischen Diktatur übergegangen sind und die Sowjetunion in eine aggressive imperialistische Macht verwandelt haben.

Aber diese Kritik darf keinesfalls die Kräfte der proletarischen Revolution ermutigen, sondern muß sie schwächen! Dem widmen sich die „Euro“-Revisionisten mit großem Eifer. Die Erscheinungen der revisionistischen Entartung der Sowjetunion, die einst der erste Staat der Diktatur des Proletariats war, werden in ihr Gegenteil umgelogen. Unter der Flagge des Kampfes gegen den „Stalinismus“ (von dem sich angeblich Breschnew und seinesgleichen noch nicht vollständig gelöst hätten) wird tatsächlich die proletarische Diktatur überhaupt und die ganze Geschichte der siegreichen Kämpfe des Proletariats angegriffen und verleumdet. Der moderne Revisionismus, diese blutbefleckte und abgetakelte Schindmähre der Klassenversöhnung, wird weißgewaschen und neu aufgezäumt präsentiert als „Modell der sozialistischen Demokratie“. „Der Spiegel“: „Wo gäbe es dieses Modell?“ – Carillo: *„Es gibt dieses Modell noch nicht. Aber auf der Welt sind so viele Dinge, die es noch nicht gegeben hat.“* (Der Spiegel Nr. 5/1977)

Mit ihrem demagogischen Bezug auf den Klassenkampf und auf die kommunistischen Ideale der Arbeiterklasse betrachten sich die Euro-Revisionisten als den ordinären Sozialdemokraten der II. Internationale weit überlegen in der Fähigkeit, die aufbrechenden Klassenwidersprüche unter Kontrolle zu halten: *„Die alten herrschenden Klassen und ihr Personal seien nicht mehr in der Lage, der Arbeiterklasse Opfer aufzuzwingen“*, erklärte Berlinguer kürzlich auf einer Funktionärskonferenz seiner Partei in Mailand. Sie seien daher *„gezwungen, die Hilfe der KPI in Anspruch zu nehmen, um die Dinge in Ordnung zu bringen“*. „Um die Dinge in Ordnung zu bringen“, schlage die KPI daher eine „Notstandsregierung“ vor.

Die Politik der Klassenzusammenarbeit muß auch die Unterstützung der jeweiligen imperialistischen Ziele der herrschenden Bourgeoisie einschließen. Der Angriff auf die proletarische Revolution unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den „Stalinismus“ dient daher zugleich der chauvinistischen Propaganda. Carillo erklärt die russische Revolution für den gescheiterten Versuch, *„von einem asiatischen Feudalismus zum Sozialismus überzugehen“*. Und der führende italienische Revisionist Segre nennt im selben Geist des reaktionärsten Zivilisationsdünkels den Begriff „Eurokommunisten“ *„nützlich, weil er einen Hinweis auf westliche Kultur und Toleranz enthält“*.

Den Widerstand unter der Arbeiterklasse und den Volksmassen gegen die Kriegspolitik der beiden Supermächte in Europa versuchen sie für die Kriegspolitik der eigenen Bourgeoisie und den imperialistischen Zusammenschluß in der EG auszunutzen. *„Wir befürworten ein immer stärkeres Europa, das unabhängig von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ist“*, sagte Carillo dazu in einem Interview und erklärte, er sei *„entschieden für Spaniens Eintritt in die Europäische Gemeinschaft“*, um an diesem Bündnis teilzunehmen.

Die Häuptlinge des westeuropäischen Revisionismus haben aber auf jeden Fall mehr vor als eine bloße Wiederholung und Zusammenfassung ihrer verschiedenen Erklärungen. Ihr „Gipfeltreffen“ fällt kaum zufällig auf einen Zeitpunkt, an dem die neue Carter-Regierung mit einem „neuen moralischen Anspruch“ in die Arena springt, um – wie Carters neuer „Berater für sowjetische Fragen“, ein Professor Shulman, kürzlich erklärte – „Helsinki ... zu einem Stachel im Fleisch des Totalitarismus zu machen“. „Zu lange schon ... hätten Vietnam und Watergate der Sowjetunion erlaubt, sich in den Augen eines gutgläubigen Teils der Welt als Vorkämpfer von Befreiung und Menschenrechten anzupreisen. Der Spieß muß umgedreht werden!“ (Die Welt, 1.2.77)

Wenn die US-Imperialisten für ihre Regierungsbeteiligung grünes Licht geben, dann bieten die Euro-Revisionisten ihnen an, als Kronzeugen gegen ihre Rivalen aufzutreten. Obwohl Carter selbst sich noch nicht festgelegt hat und das wahrscheinlich auch nicht öffentlich tun wird, treten führende Vertreter seiner Regierung wie vor allem sein „Sicherheitsberater“ Brzezinski dafür ein, die Politik der Ford-Kissinger-Regierung in diesem Punkt zu ändern.

Brzezinski hatte schon im Herbst letzten Jahres öffentlich erklärt, daß eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Westeuropa wenigstens den Vorteil haben werde, „sie mit dem demokratischen System zu verbinden und von ihren leninistischen und stalinistischen Wurzeln zu trennen“.

Brzezinski ist der führende Vertreter einer Politik der „Auflockerung der Blöcke“, der sich die Carter-Regierung im Kampf um die Rückgewinnung von Einflußsphären und letzten Endes der Vormacht in der Welt verschrieben hat. Offensichtlich geht er dabei davon aus, daß die „Eurokommunisten“ ein bedeutendes Element solcher „Auflockerung“, vor allem im sozialimperialistischen Machtbereich, sein können.

Aber auch innerhalb der EG, einem Bündnis imperialistischer Konkurrenten, wäre den US-Imperialisten ein wenig „Auflockerung“ nicht unlieb: Es sind gerade die revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens, die wiederholt vor einer neuen „deutschen Gefahr“ in Europa gewarnt haben. Die Carter-Regierung will sich zwar auf die BRD-Imperialisten als die potentesten Verbündeten in Westeuropa stützen, ihnen aber keineswegs gestatten, sich tatsächlich zur Vormacht aufzuschwingen, die ihre Konkurrenten in der EG unter ihre Fuchtel bringt. Ein französisch-italienisch-spanischer Block, neben Großbritannien als Drittem im Bunde, würde den US-Imperialisten als Supermacht einigen Manövrierraum verschaffen.

Die „euro“-revisionistischen Parteien jedenfalls sind bereit mitzuspielen. Bei aller Propaganda für „Auflösung der Militärblöcke“, Entspannung und Abrüstung treten sie – „solange ein Abkommen darüber nicht erreicht ist“ (Carillo) – für die weitere Anwesenheit der US-Truppen in Europa ein. Seit geraumer Zeit bemühen sie sich um offizielle Kontakte zum US-Imperialismus. Die italienischen Kommunisten sind sicher, daß sie ihn jetzt bekommen werden: Segre, der 1976 als Mitglied einer europäischen Parlamentarierdelegation in die USA einreisen konnte, hatte damals mit einem Professor Gardner ein längeres Arbeitsessen. Wie es der Zufall will, ist Gardner der neue Botschafter der USA in Italien.

Auch Marchais drückte seine Hoffnung aus, daß die neue US-Regierung *„eine realistischere Linie“* ihnen gegenüber verfolgen werde, so daß Besuche in den Vereinigten Staaten, *„der Nation der Freiheit“*, für ihn und seine Kumpane endlich möglich sein würden. Denn schließlich: *„Wenn er Amerikaner wäre, hätte er Carter gewählt.“* (International Herald Tribune, 5.11.76) – (gk)

Sozialistische Internationale von den Imperialisten aufgemöbelt

Carter stellt Brandt Persilschein aus

In diesen Tagen haben amerikanische Zeitungen enthüllt, daß Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und der „Sozialistischen Internationale“, nach dem Zweiten Weltkrieg vom US-Finanzkapital, vermittelt über dessen Geheimdienst CIA, gekauft wurde. „Was aber ist eigentlich verwerflich daran, daß amerikanische Mittel in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, als wir in Deutschland in bitterster Armut lebten, dazu dienten, den Kampf für die Freiheit Berlins und damit für die Freiheit des Westens zu unterstützen“, kommentiert Gerhard Löwenthal im ZDF mit imperialistischer Logik das Geschäft. Der CIA hatte eben schon früh die Fähigkeit des Sozialdemokraten erkannt und bezahlt, die sich lange Jahre hinweg auch für das westdeutsche Finanzkapital bezahlt gemacht hat: die Fähigkeit, die Arbeiterbewegung zu spalten und bürgerlicher Herrschaft zu unterwerfen. Der Friedensnobelpreis war eine weitere Auszeichnung, die ihm die Imperialisten für diese Dienste verliehen haben.

Seit November 1976 ist Brandt Vorsitzender der „Sozialistischen Internationale“, gewählt von 220 im wesentlichen europäischen Sozialdemokraten. Als Regierungschef der westdeutschen Monopolbourgeoisie ist Brandt zwar verschlissen. Aber sein großer Erfahrungsschatz in Sachen Betrug und Spaltung macht ihn für die Imperialisten zum geeigneten Mann, um die „Sozialistische Internationale“ aus dem „Dornröschenschlaf“ (Welt der Arbeit) zu erwecken und auf ihre gegenwärtigen Ziele auszurichten.

Das Programm dafür fließt Brandt leicht aus der Feder:

„Ich habe den Eindruck, daß – in allen Teilen der Welt – immer mehr Bewegungen entstehen, die Frieden ohne Unterordnung unter eine Hegemonialmacht und eine ausgeglichene Sozialstruktur wollen. So kann sich sehr wohl eine Front gegen Interventionismus und für eine unabhängige soziale Demokratie bilden. Es ist notwendig, daß sich die westeuropäischen Sozialdemokraten für eine solche Ausrichtung ihrer internationalen Zusammenarbeit offen halten. Der traditionelle Rahmen der Sozialistischen Internationale hat sich für solche wichtigen Aufgaben als nicht genügend flexibel erwiesen.“

Als „nicht genügend flexibel erwiesen“ hat sich der „traditionelle Rahmen“ der „Sozialistischen Internationale“ angesichts der historischen Strömung: Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution. Diese Strömung zu zersetzen, so wie die Sozialdemokraten die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten durch Predigt von Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit zersetzen, hat sich die „Sozialistische Internationale“ auf ihrem Genfer Kongreß zur dringenden Aufgabe erhoben. Nichts anderes verfolgen sie, wenn sie in Genf zum ersten Mal gezielt die Aufnahme „verwandter Gruppierungen“ aus Costa Rica, Dominikanische Republik, Indien, Senegal u.a. als Mitgliedsparteien in die „Sozialistische Internationale“ betreiben. Nichts anderes verfolgen sie, wenn sie dazu aufrufen, „die Befreiungsbewegungen und die bereits autonomen Staaten in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit und ökonomische Emanzipation zu unterstützen“ (O. Palme).

„Ein amerikanischer Politiker urteilte bereits: Der notwendige europäisch-afrikanische Dialog kann wohl nur von der SI eingeleitet werden“, zeigt sich das SPD-Organ „Vorwärts“ sendungsbewußt. Und Palme führt aus:

„In dieser Situation (in der der Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika die Herrschaft von Kolonialismus und Imperialismus erschüttert) sollte die europäische Sozialdemokratie die wichtige Aufgabe übernehmen, für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu arbeiten, genauso wie wir es in Griechenland und Portugal getan haben.“ Denn: „Die Alternative zu einer friedlichen Entwicklung wäre ein verheerender Rassenkrieg, der für lange Zeit die Beziehungen zwischen Gruppierungen von Völkern, Rassen und Nationen vergiften würde.“

Daß die Sozialdemokraten Druck, Erpressung und Unterwerfung im Sinn haben, wenn sie von „Unterstützung“ reden, hat erst im Dezember die SPD unter Beweis gestellt, die der SWAPO „Unterstützung“ zusagte, aber ausdrücklich nicht für den bewaffneten Befreiungskampf, sondern für „friedliches Bemühen“. Unter der Flagge der „Unterstützung“ soll der einzig mögliche Weg der Befreiung: der bewaffnete Befreiungskampf, versperrt werden, der allerdings die Beziehungen und zwar die zwischen den Imperialisten und den Völkern der Dritten Welt so „vergiftet“, daß der internationalen Vereinigung die Luft für ihre dunklen Umtriebe ausgeht.

Die Schwerpunkte zukünftiger Arbeit wurden in Genf eindeutig „nach der Tagesordnung der Weltpolitik“ gesetzt. Neben dem „Problem südliches Afrika“, das als „Sonderbereich“ dem schwedischen Sozialdemokraten Palme zugeordnet wurde, die „Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten“. Hier soll Bruno Kreisky seine Fähigkeiten als Betrüger entfalten dürfen. Die „Suche nach einer Friedenslösung“ wurde bereits aufgenommen. In der vergangenen Woche sind die Häupter der „Sozialistischen Internationale“ unter der Führung Brandts persönlich zur Tat geschritten: Sie haben dem Parteitag der israelischen „Arbeiterpartei“ mit großem Gefolge einen Besuch abgestattet. Das zionistische Siedlerregime ist von den unterdrückten Völkern als aggressiver Brückenkopf des Imperialismus erkannt und wird entschieden bekämpft. Seine innere Erschütterung und Zersetzung nimmt zu. Da ist leicht verständlich, warum die Imperialisten die erneute Befestigung des Brückenkopfes zum Sonderproblem Nr. 2 der vereinigten sozialdemokratischen Politiker erklären. Mit deren Auftreten als „ehrliche Makler“ und Friedensapostel versuchten sie, eine Bresche in die Front des entschlossenen Kampfes der unterdrückten Völker gegen das Siedlerregime zu schlagen, die arabischen Völker zu spalten, zu isolieren und schließlich zur Kapitulation zu zwingen, um sie um so leichter ausplündern zu können.

Brandt wirbt für diese auf Zersetzung des Befreiungskampfes gerichtete Politik unter dem Motto: „Offensive für eine neue Beziehung zwischen Nord und Süd.“ Der Befreiungskampf der Völker ist eine unwiderstehliche Strömung und Gewalt. Er hat bereits „neue Beziehungen“ geschaffen. Die Imperialisten mußten in den vergangenen Jahren eine Reihe von Schlappen und Niederlagen einstecken. Daß die „Sozialistische Internationale“ und ihr Vorsitzender Brandt diesen Prozeß aufhalten und umkehren kann, ist vergebliche Hoffnung der Imperialisten. Wie gesagt, als Kanzler der BRD hat sich Brandt durch die Entfaltung der Klassenkämpfe und das Scheitern der Reformbewegung verschlissen. Nicht anders wird es ihm bei seiner neuen Aufgabe gehen. – (cs)

Rebellion in portugiesischer Panzereinheit

Im Panzerregiment von Estremoz in Portugal hat vor zwei Wochen eine Rebellion stattgefunden. 60 Soldaten seien verhaftet und 18 Offiziere abgelöst worden, darunter der Regimentskommandeur, zitieren bürgerliche Zeitungen die portugiesische „Diario de Noticias“. „Dieses Panzerregiment galt bisher als eine der verläßlichsten Truppen des neuen Portugal“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ am 22. Februar.

Über die Ziele der Rebellion ist bisher kaum etwas bekannt, weil die portugiesische Regierung die Sache streng geheim behandelt. Sicher ist, daß sie die Reaktion in Portugal in Aufregung versetzt hat. „Wie dem auch sei – die Befehlsverweigerungen der vergangenen Woche, über deren Einzelheiten man bisher nur wenig erfahren hat, werden auf jeden Fall als ein Alarmsignal angesehen.“ (Mannheimer Morgen) Die Regierung des Sozialdemokraten Soares, die derzeit die Geschäfte der imperialistischen Beherrscher Portugals verwaltet, hat Grund dazu. Im Alentejo im südlichen Portugal, wo der Standort Estremoz liegt, gibt es scharfe Kämpfe gegen den Versuch der Regierung, im Rahmen einer „Landreform“ von den Bauern besetzte Landgebiete an die Großgrundbesitzer zurückzugeben. Im September hatte die Regierung ihren „Alentejo-Plan“ mit großem Geschrei über die Beendigung der „illegalen Landbesetzungen“ veröffentlicht. Bis Mitte Februar sollte er abgeschlossen und 100 Grundstücke sollten zurückgegeben sein. Die Bauern haben jetzt die Belagerung von sechs Großgrundbesitzern vorbereitet, denen die Regierung mit Polizeigewalt das Land hatte zurückgeben lassen.

Die Zersetzung der Armee ist Ergebnis solch heftiger Klassenkämpfe, in die die portugiesische Reaktion verwickelt ist, und trifft sie gerade dann empfindlich.



Die portugiesischen Bauern und Landarbeiter der Kooperativen im Alentejo sind im heftigen Kampf gegen die Regierung. Diese will mit Polizei- und Armeeeinheiten Grundstücke an die Großgrundbesitzer zurückgeben, die nach dem Sturz des Faschismus von den Bauern und Landarbeitern besetzt worden sind. Andere Kooperativen sollen mit Kreditsperren in die Knie gezwungen werden.

Die westdeutschen Imperialisten hat die Rebellion aufgeschreckt. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt in einem Kommentar, einen Tag, nachdem die Ereignisse bekannt wurden: „Da der iberische NATO-Partner weder demokratisch noch wirtschaftlich gefestigt ist, kann der Westen eigentlich nur auf Soares setzen. Die europäische Option der Sozialistischen Partei, angefeindet allein von den Kommunisten und einigen Linksextremisten, ist fast das einzige Plus im krisengeschüttelten Portugal. Die EG-Länder sollen die spürbare Hinwendung der Portugiesen zu Europa nicht übersehen.“ Verstärkt werden sollen die Anstrengungen zur Unterwerfung Portugals unter den Stiefel des BRD-Imperialismus. Die Imperialisten spüren, daß ganz unabhängig von den imperialistischen und sozialimperialistischen Konkurrenten ein großes Hindernis auf dem Weg der flotten Ausplünderung vorhanden ist: die portugiesische Arbeiterklasse, die sie lange nicht klein gekriegt haben, sondern die an der Spitze der Volksmassen den Hinauswurf der Imperialisten vorbereitet. – (hf)

Intensive Bemühungen der Sozialimperialisten, in der Karibik Fuß zu fassen

Die Sozialimperialisten strecken ihre Hände zunehmend nach Lateinamerika und besonders der Karibik aus, einem der Hauptschiffahrtsgebiete der Welt, direkt vor der Haustür ihres Hauptrivalen, der US-Imperialisten (siehe KVZ Nr. 8/1977).

Im Januar hat das Exekutivkomitee des RGW demonstrativ seine erste Tagung auf lateinamerikanischem Boden, in Havanna auf Kuba, abgehalten. Castro wurde eingesetzt, um die Vorzüge und edlen Absichten der Sozialimperialisten zu preisen:

„Die RGW-Mitgliedsländer haben den Entwicklungsländern langfristige Kredite über mehr als 11 Milliarden Rubel gewährt. Hinter diesen Operationen steht jedoch keine einzige drückende Forderung, keine Suche nach Rohstoffen und kein Herausziehen der Gewinne. Nicht ein einziges Mitgliedsland des RGW hat irgendwo auf der Welt einen Betrieb oder beutet einen einzigen Arbeiter aus."

Was Castro hier mit tönenden Worten preist, ist ein gewaltiges Expansionsprogramm des Sozialimperialismus in der Dritten Welt und zunehmend auch in Lateinamerika. Castro mit seinem Ansehen als Revolutionär, das er während des Befreiungskampfes des kubanischen Volkes erworben hat, spielt in diesen Expansionsplänen – nicht erst seit der Intervention in Angola – eine entscheidende Rolle. Er hat Kuba als erstes Land der Dritten Welt vollständig in den RGW eingegliedert, mit verheerenden Folgen. Mehr als jemals in seiner Geschichte ist Kuba zur bloßen Zuckerplantage einer imperialistischen Macht herabgewürdigt. Allerdings werden die wirklichen Verhältnisse noch bewußt verdeckt gehalten. Wo in Wirklichkeit der Sozialimperialismus durch Kapitalexport sich immer tiefer in die Wirtschaft des Landes hineinfrißt, da wird dies hingestellt als nationaler Wirtschaftsaufbau mit „Hilfe" des RGW.

„Internationale Arbeitsteilung" und Kapitalexport

Nach dem Vorbild Kubas versuchen die Sozialimperialisten weitere Länder in ihre Netze zu ziehen. Dabei nutzen sie bewußt die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt und die „internationalen Arbeitsteilung" im Rahmen der alten imperialistischen Weltordnung, um eine neue „internationale Arbeitsteilung" mit der Sowjetunion und dem RGW als neuem Zentrum zu schaffen.

Eine der schlimmsten Erscheinungen der imperialistischen „Arbeitsteilung" war die Verwandlung der Länder Lateinamerikas in bloße Treibhäuser für tropische Früchte, in Viehweiden oder in freies Feld für die Ausbeutung der Bodenschätze durch die imperialistischen Monopole. Besonders betroffen davon und von den Imperialisten wegen ihrer Unfreiheit und Rückständigkeit mit der größten Verachtung behandelt waren die „Bananenrepubliken" Mittelamerikas.

Tatsächlich haben diese Staaten, obwohl zu einem großen Teil von reaktionären Großgrundbesitzern und mit den Imperialisten selbst verflochtenen Bourgeoisien regiert, sich im Lauf der letzten Jahre in die breite Strömung des Kampfes der Dritten Welt gegen die ungehemmte Ausplünderung der Naturressourcen ihrer Länder durch die Imperialisten eingereiht. So sind viele große Bananenplantagen der United Fruit und United Brands ganz oder teilweise nationalisiert oder nationaler Kontrolle und Besteuerung unterworfen worden. Und wie die zukkerproduzierenden Länder oder die kaffeeproduzierenden Länder haben sich auch die bananenproduzierenden Länder zu einer Wirtschaftsunion, der UPEB, zusammengeschlossen, um ihre Interesse gemeinsam zu wahren. Die Imperialisten können nun nicht mehr schalten und walten wie sie wollen.

Aber die Ausplünderung und Ausbeutung durch die Imperialisten ist damit keineswegs beendet. So hat die Absatzkrise für Bananen, die eine Erscheinungsform der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ist, für die bananenproduzierenden Länder zu einem starken Verfall der ohnehin niedrigen Erzeugerpreise für Bananen geführt.

Die UPEB-Staaten (Costa Rica, Honduras, Panama, die Dominikanische Republik und Kolumbien) planen daher, 1977 eine gemeinsame Handelsgesellschaft, die Comunbana, zu gründen, um das imperialistische Handels- und Frachtmonopol zu brechen und mit dem nationalisierten Teil ihrer Bananenproduktion selbständig auf dem Weltmarkt auftreten zu können.

1976 haben die Länder des RGW erstmals in großem Maßstab einige Hunderttausend Tonnen Bananen direkt von den UPEB-Staaten aufgekauft. Das war billig. Vor allem aber hat es den Sozialimperialisten als günstiger Einstieg gedient. Sie haben für die Gründung der Comunbana folgendes Angebot unterbreitet: Auf einen Zeitraum von wenigstens fünf Jahren soll das Gros der Bananen an den RGW geliefert werden im Austausch gegen Industrieerzeugnisse aus den RGW-Staaten. Der daraus entstehende Überschuß zugunsten der RGW-Staaten soll verwendet werden, um „gemischte Gesellschaften zu errichten, die die von der sozialistischen Gemeinschaft (gemeint: der RGW, Anmerkung des Verfassers) gelieferten Rohstoffe verwenden würden". (Radio Havanna vom 21.1.77)

Auch das ist nicht das ganze Ziel: Das Grundkapital der Comunbana soll zu 60 Prozent von den beteiligten Staaten, zu 40 Prozent aber von privaten oder halbstaatlichen Gesellschaften aufgebracht werden. Die Gründung von „gemischten Unternehmen", wie vorgeschlagen, würde es den Sozialimperialisten ermöglichen, direkt in diese supranationale Handelsgesellschaft einzusteigen und gleichzeitig als Kapitalgeber und Großabnehmer aufzutreten, mit dem Ziel, sie zu kontrollieren. Für die „Bananenrepubliken" wäre das die Kontrolle des wichtigsten Teils ihrer nationalen Wirtschaft. Sie würden die Ehre haben, wie Kuba der „Zuckerspezialist", zum „Bananenspezialisten" des RGW zu werden.

Castro, der vom bürgerlichen Revolutionär zum gewöhnlichen Bourgeois und Agenten des Sozialimperialismus herabgesunken ist, mag behaupten, was er will: Es ist letzten Endes nichts anderes als Kapitalexport, den die Sozialimperialisten in großem Maßstab treiben. Die indirekten und verdeckten Formen, die sie dabei gegenwärtig wählen, sind nichts als ihre besondere Angriffstaktik.

Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat

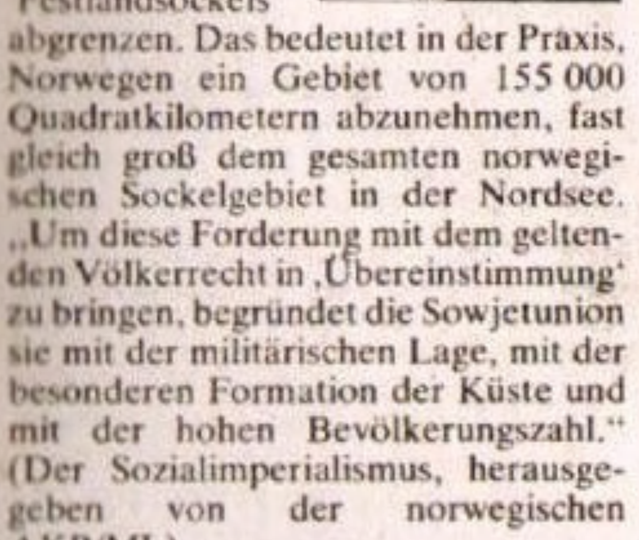
Welche Ziele die Sozialimperialisten verfolgen, machen ihre militärischen Aktivitäten in diesem Gebiet deutlich. Der erste Ausschuß der UNO-Vollversammlung (97 Länder) hat mit überwältigender Mehrheit im letzten Jahr die Sowjetunion in einer Resolution aufgefordert, endlich, wie schon mehrfach von ihr verlangt, das Zusatzprotokoll II zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika" zu unterzeichnen, das von den kernwaffenbesitzenden Ländern die Respektierung dieses Vertrages verlangt. Lateinamerika sollte dadurch zur ersten kernwaffenfreien Zone der Welt gemacht werden. Während China, aber auch alle anderen kernwaffenbesitzenden Staaten dieses Protokoll unterzeichnet haben, weigert sich einzig und allein die Sowjetunion hartnäckig, es zu unterschreiben. Der Grund ist klar. Im Ringen mit der anderen Supermacht um die Beherrschung des Kontinents hat die Sowjetunion schon 1962 versucht, auf Kuba Kernwaffen zu installieren. Jetzt taucht sie mit ihrer mit Kernwaffen bestückten Flotte und Luftwaffe regelmäßig in dieser Region auf und hat im Herbst sogar ein großangelegtes gemeinsames Militärmanöver mit Kuba in der Karibik durchgeführt. Darauf will sie keinesfalls verzichten. Das ist, was die Marxisten-Leninisten in aller Welt als „Sozialimperialismus" bezeichnen: Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat. – (gk)

Nach dem Vorbild Kubas versuchen
perialismus in der Tat. – (gk)

Sozialimperialistische Raubpolitik in Nordeuropa

Norwegen und die Sowjetunion haben Anfang dieses Jahres zum fünften Mal darüber verhandelt, ob in der Barentssee die Genfer Konvention gelten soll oder ein von den Sozialimperialisten gefordertes *Sektorenprinzip*. Die Verhandlungen verliefen ebenso wie die vorangegangenen vier ergebnislos.

Unter dem Festlandsockel in der Barentssee liegen große Mengen an Bodenschätzen. Vor allem Öl, Gas, Kohle und voraussichtlich auch Erze. Nach der Genfer Konvention aus dem Jahr 1958 steht die Ausbeutung solcher Bodenschätze den Ländern zu, vor deren Küste der entsprechende Festlandsockel liegt. Falls eine Teilung des Sokkels nötig ist, findet sie nach der Genfer Konvention auf der Mittellinie zwischen den Küsten der jeweiligen Länder statt. Die Sowjetunion hat für die Barentssee das sogenannte *Sektorenprinzip* gefordert. Die Sozialimperialisten wollen das Gebiet so eingeteilt sehen: Eine gerade Linie zwischen dem Nordpol und der norwegisch-sowjetischen Grenze soll die jeweiligen Abschnitte des Festlandsockels abgrenzen.



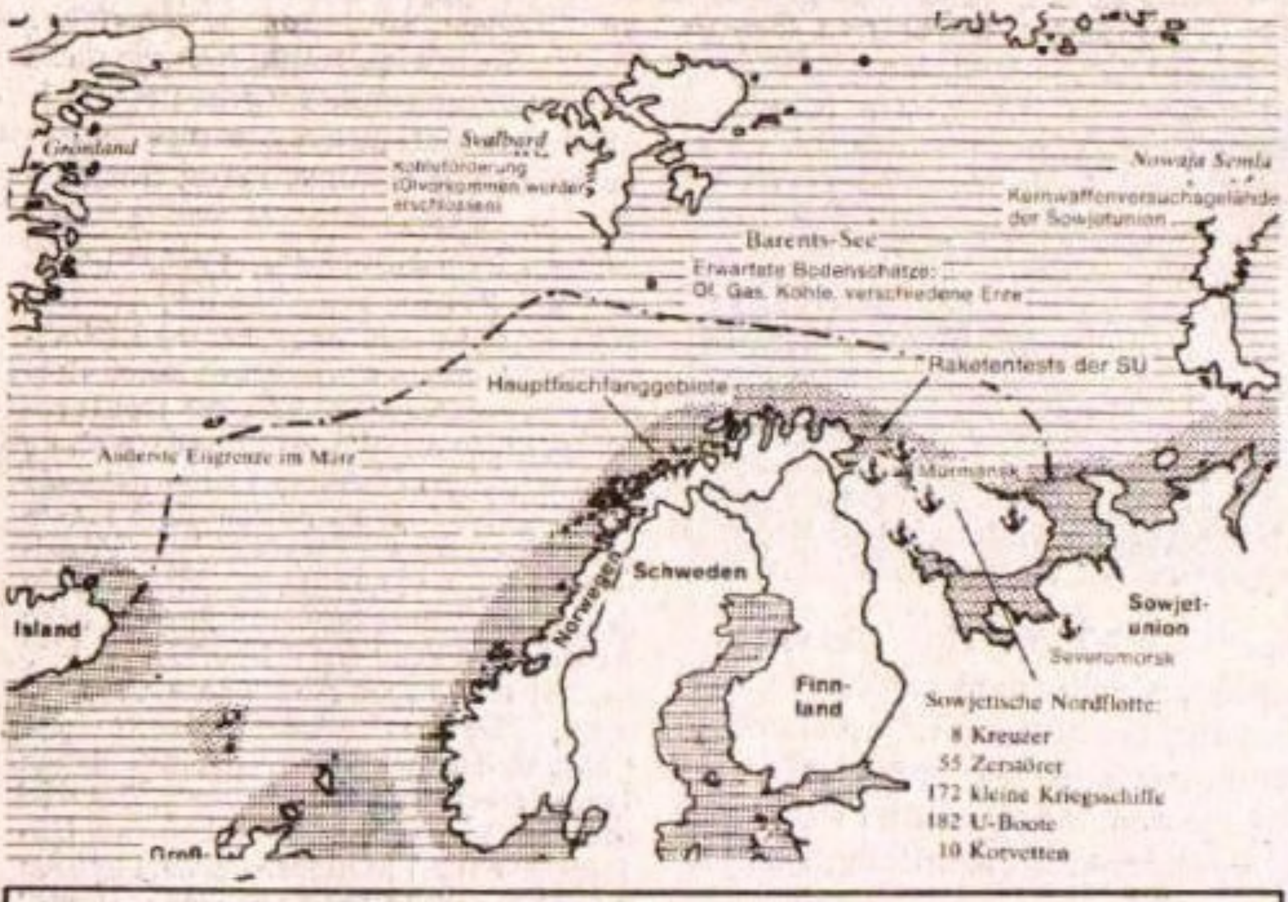
Das bedeutet in der Praxis, Norwegen ein Gebiet von 155 000 Quadratkilometern abzunehmen, fast gleich groß dem gesamten norwegischen Sockelgebiet in der Nordsee. „Um diese Forderung mit dem geltenden Völkerrecht in ‚Übereinstimmung' zu bringen, begründet die Sowjetunion sie mit der militärischen Lage, mit der besonderen Formation der Küste und mit der hohen Bevölkerungszahl." (Der Sozialimperialismus, herausgegeben von der norwegischen AKP/ML)

Auch die sozialimperialistischen Versuche, Svalbard (Spitzbergen und die umliegenden Inseln) unter Kontrolle zu bekommen, spitzen sich rasch zu. Sie erzwang von der norwegischen Regierung das Recht auf Verdoppelung ihrer Mannschaft auf dem Flugplatz Longyearby (unter dem Vorwand, die Ehefrauen nachreisen zu lassen) und stationierte entgegen bisherigen Abmachungen fünf Hubschrauber auf der Insel. Svalbard kann nach dem Vertrag von Versailles 1920, den Norwegen die Staatshoheit sichert, von allen Unterzeichnerländern zu wirtschaftlichen Zwecken genutzt werden. Norwegen und die Sowjetunion unterhalten Kohlegruben. Aber auch auf Svalbard werden riesige Erdölvorkommen erwartet. Bereits 1974 waren 1 264 Claims vergeben, vor allem an US-Monopole wie Caltex und die belgische FINA unter westdeutscher Kapitalbeteiligung. 100 Claims an die sowjetische Gesellschaft ARTIKUGOL.

Den Sozialimperialisten geht es bei ihren Versuchen, die Souveränität Norwegens über Svalbard anzugreifen, um mehr als um Kohle und Öl. Für die Überwachung und Sicherung ihres einzigen ganzjährig eisfreien Hafens Murmansk ist Svalbard von entscheidender Bedeutung. Auf der Halbinsel Kola liegen große Teile der Kriegsflotte: 182 U-Boote einschließlich 90 Atom-U-Booten, 10 Korvetten, 55 Zerstörer, 8 Kreuzer und 172 kleinere Kriegsschiffe. In Sewerdowinsk befindet sich die Werft für die atomgetriebenen U-Boote.

Die US-Imperialisten haben im Herbst eine „Forschergruppe" nach Svalbard geschickt. Weil die norwegischen Volksmassen es nicht zugelassen haben, daß ihre Truppen auf norwegischem Boden stationiert werden, kreuzen starke Flottenverbände der NATO im Nordmeer.

Für die Sozialimperialisten geht es bei der Beherrschung der Barentssee um Raub von Naturschätzen und militärstrategische Vorteile. Die beiden Ziele haben die imperialistischen Konkurrenten, mit denen sich die norwegische Bourgeoisie im NATO-Bündnis zusammengeschlossen hat. Die Widersprüche der Imperialisten in Nordeuropa nehmen rasch zu. Die Volksmassen Norwegens haben andere Ziele, wenn sie gegen die sozialimperialistischen Expansionsbestrebungen sind. 8 000 Fischerboote fahren in Nordnorwegen täglich aus. Die sowjetischen Trawler in der Barentssee zerstören den Kabeljaubestand bis hin zu den Lofoten. Von 1973 bis 1975 sank der Fischfang von 2,7 Millionen auf 2,1 Millionen Tonnen. Die Räuberei der Sozialimperialisten ist handgreiflich. Sie zerstören die Lebensbedingungen eines Teils der Volksmassen. Ihre Willkür und Einmischung kann von der Arbeiterklasse nicht geduldet werden, die die proletarische Revolution vorbereitet.



Willig folgt die Gruppe Arbeiterkampf ihrem Leithammel Wehner

Aus dem „Arbeiterkampf" Nr. 73 vom 2.2.76

„Sozialimperialisten auf Spitzbergen immer dreister!

In der ‚Bild' vom 17.1. fanden wir die nebenstehende Notiz, die erneut ein Licht auf das schamlose Treiben der russischen Sozialimperialisten auf Spitzbergen wirft.

‚Sexnot am Nordpol. rtr. Spitzbergen, 17.1. Streit um Russenfrauen auf der norwegischen Arktisinsel Spitzbergen. Sowjetbürger, die darüber wachen, daß der Flughafen nur für zivile Zwecke benutzt wird, holten ohne Genehmigung der Norweger ihre Frauen in die Quartiere. Oslos Außenminister hat protestiert.'

Bereits im August vergangenen Jahres hatte der patriotische ‚Rote Morgen' in einem Artikel ‚Gierige Blicke (!) der neuen Kremlzaren' warnend auf diese Entwicklung hingewiesen. Nun sind den gierigen Blicken anscheinend Taten gefolgt. ‚Sozialimperialisten werden auf Spitzbergen immer dreister', wie damals die ‚Rote Fahne' richtig voraussah.

Vielleicht noch zum Verständnis: Nach einem Vertrag von 1920 steht die Insel Spitzbergen unter norwegischer Souveränität. Über 40 andere Staaten – darunter die Sowjetunion sowie außer der BRD (!) die größten kapitalistischen Staaten – haben nach dem Vertrag das Recht, Bodenschätze auf Spitzbergen auszubeuten und dort Personal zu unterhalten. Von diesem Recht macht aber z.Zt. nur der russische Sozialimperialismus Gebrauch, was wieder einmal zeigt, daß es den Kapitalisten an der nötigen Wachsamkeit gegenüber dieser aggressiven und gefräßigen Supermacht fehlt. Unsere Forderung muß daher lauten: Russische Sozialimperialisten runter von ihren Frauen! Spitzbergen den Spitzbergenern! Europa erwache! Kommission zum Schutz der europäischen Landschaften"

Bundestagsdebatte am 10. Februar 1977:

„Der norwegische Verteidigungsminister beschwerte sich im Januar letzten Jahres über eine bedeutende Anzahl von Verletzungen norwegischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote, die sich unter anderem darin widerspiegelten, daß die Norweger über 20 sowjetische Sender entdeckten, die in Fjorden versenkt worden waren, eine Tatsache, die man bei uns gar nicht zur Kenntnis genommen hat; genausowenig wie die Tatsache ...

(Wehner, SPD: **Das sind Nordlichter!**)

... Das hat mit Nordlichtern gar nichts zu tun, Herr Kollege Wehner; das gehört in das gleiche Konzept der Erpressungs- und Einschüchterungspolitik. (...)

Ganz kurz zur Südflanke. *(Zurufe von der SPD)* Die sowjetische Flotte im Mittelmeer wächst permanent. Sie ist in der Zwischenzeit auf 78 Einheiten angestiegen, ohne die U-Boot-Waffe. Die 6. amerikanische Flotte kann hier praktisch kaum noch standhalten, allein vom kräftemäßigen Vergleich her.

(Wehner, SPD: **Haben sie nicht auch schon im Bodensee etwas versteckt?** *Heiterkeit bei der SPD*)

Deutliche Interventionssprache

„Afrika muß wachsam sein gegenüber der Gefahr einer heimtückischen neuen Kolonisierung", hat der assistierende Generalsekretär der OAU Kamanda kürzlich erklärt. *„Es sind hinterhältige Versuche im Gange, Afrika und die OAU zu spalten und zu schwächen (...)."*

Während der Feierlichkeiten zum sechsten Jahrestag des Regierungsantritts von Präsident Amin in Uganda sind die Minister Oryema und Oboth-Ojumbe sowie der afrikanische Bischof Luwum unter dem Verdacht der Beteiligung an einer regierungsfeindlichen Verschwörung festgenommen worden und sind nach Angaben der ugandischen Behörden durch Verkehrsunfall umgekommen.

In jedem Fall handelt es sich um eine rein innere Angelegenheit Ugandas. US-Präsident Carter nutzte den Vorfall, um zu erklären, die *„ganze zivilisierte Welt"* sei entsetzt über Uganda, wo *„offensichtlich schreckliche Morde verübt"* würden. Kirchenfürsten forderten eine „internationale Untersuchung". Die Presse lieferte die nötigen „Tartarenmeldungen" (wie man sie in der schon erwähnten Zeit zu Beginn des Kolonialzeitalters nannte) über Hunderttausende Massakrierter. *„Daß es niemand genauer weiß, liegt an seinem System, das nur aus Häuptling Idi und seinen Uniformträgern besteht ...'* (Der Spiegel, Nr. 9/1977)

Die US-Zeitung „New York Times": Amin *„ist einer jener Typen von Stammeshäuptlingen, die von den Europäern bei der Kolonisierung Afrikas unterworfen wurden. Er ist absoluter Herr über sein Land, dessen Früchte, dessen Vieh, dessen Frauen." „Weit entfernt vom Schauplatz der Barbarei Idi Amins gegen sein Volk hat seine Tyrannei auf die menschliche Empfindsamkeit eine korrumpierende Wirkung. Sie wird vorhersagbar, man gewöhnt sich an sie. (...) Das ist der Augenblick, in dem wir alle in Gefahr sind, der Augenblick weltweiter Korrumpierung. Wenn wir dagegen nicht vorgehen, wird sein Gift uns alle angesteckt haben."*

Auf diese konkreten Drohungen hin hat Präsident Amin für diese Woche die in Uganda lebenden Amerikaner zu sich gebeten, um ihnen den Standpunkt seiner Regierung zu erklären. Die „New York Times": *„Vielleicht würden auch die Amerikaner selbst keine Probleme erkennen, wenn sie ebenso wie die Einwohner Ugandas an Einschüchterung, das Verschwinden von Menschen, mysteriöse Morde oder Krokodilstränen über unwahrscheinliche Autounfälle gewöhnt wären. Für uns sieht es auf jeden Fall so aus, als ob Amin rund 200 US-Bürger in seinem Land als Geiseln hält, und wenn dies auch nur für wenige Tage geschieht. Das ist sehr wohl ein Pro-*
hält, und wenn dies auch nur für wenige Tage geschieht. Das ist sehr wohl ein Pro-
blem. Wir würden gerne wissen, ob Amin erkennt, mit welchem Ernst diese Vorgänge von der amerikanischen Öffentlichkeit verfolgt werden, die im vergangenen Jahr der israelischen Kommandoaktion in Entebbe so enthusiastisch Beifall gespendet hat ..."

„Auf Anordnung von US-Präsident Carter tagt seit Freitag im amerikanischen Verteidigungsministerium rund um die Uhr ein ‚Krisenstab Uganda'. Er steht in ständiger Funkverbindung mit einer Flottille der amerikanischen Kriegsmarine, die vor der Küste Ost-Afrikas kreuzt. Es handelt sich dabei um den atomgetriebenen Flugzeugträger ‚Enterprise', die Kreuzer ‚Truxton' und ‚Long Beach' sowie das U-Boot ‚Totug'. An Bord der Schiffe befinden sich unter anderem 200 Elitesoldaten der Marineinfanterie. (...) Zur jüngsten Reaktion des Präsidenten auf Amins Ausreisestopp für Amerikaner erklärte gestern Carters Pressesprecher Powell: ‚Man kann davon ausgehen, daß der Präsident das ihm notwendig Erscheinende unternehmen wird, um an jedem beliebigen Ort das Leben von Amerikanern zu retten.' " (Welt am Sonntag, 27.2.77)

Die diplomatischen Interessen der USA in Kampala werden seit 1973 von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen. Das Auswärtige Amt in Bonn hat der US-Regierung versichert, daß „die Bundesrepublik alle möglichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Interessen der USA zu schützen".

Die Völker Zimbabwes, Azanias und Namibias rüsten sich, um die letzten Bastionen der weißen Kolonialherrschaft, die rassistischen Siedlerregimes im Süden Afrikas, zu stürmen. Darin haben sie die Unterstützung ganz Afrikas. Um diese Einheit aufzusprengen, die afrikanischen Staaten aufeinanderzuhetzen *(„Idi Amin beteiligt sich seit geraumer Zeit an einer Verschwörung gegen Tansanias Präsident Nyerere ... erklärte ein Teilnehmer einer Geheimkonferenz in Ugandas Hauptstadt Kampala gegenüber amerikanischen Nachrichtendienststellen")* und um im Namen der „Zivilisation" die Fortexistenz der weißen Siedlermacht und des Imperialismus im südlichen Afrika zu rechtfertigen – dazu dient die Hetze und die Interventionsdrohung gegen Uganda.

Das widerspricht vollständig den Erfahrungen und Interessen der unterdrückten Völker. Alle vom Kolonialjoch befreiten afrikanischen Staaten haben sich seit 1963 zur „Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) zusammengeschlossen, „entschlossen die hart errungene Unabhängigkeit ebenso wie die Souveränität und territoriale Integrität unserer Staaten zu bewahren und zu festigen und alle Formen des Neokolonialismus zu bekämpfen ... und vom Wunsch beseelt, daß alle afrikanischen Staaten ab jetzt vereint sein sollen, so daß der Fortschritt und das Wohlergehen ihrer Völker gesichert werden kann". (Aus der Charta der OAU)

Carters „Abrüstung" – Umrüstung für den konventionellen Krieg

Die Entwicklung der internationalen Lage, insbesondere der Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Lagern unter Führung der beiden Supermächte, geht eindeutig auf Krieg. Die beiden Supermächte stellen sich ein auf den konventionellen Krieg um Europa.

Das zeigt sich deutlich an der Debatte verschiedener Publizisten des US-Imperialismus in den letzten Monaten, aus der wir einige der typischen Stellungnahmen wiedergeben. In der BRD haben die US-Imperialisten begonnen, die Kampftruppen zu verstärken. Bekannt wurde die Stationierung von Marineinfanterie in Garlstedt bei Bremen und die Verlegung von Hubschraubereinheiten, die in Vietnam im Einsatz waren, in die Pfalz.

Groß sind die Anstrengungen, die der neue amerikanische Präsident Carter unternimmt, um die Trompete der „Abrüstung" und „Entspannung" zu blasen – ein sicheres Zeichen, daß er gegenüber den Völkern große Schweinereien im Sinn hat.

„In fast jeder wichtigen Rede, die ich seit meinem Eintritt in die Bundespolitik hielt",

sagte Carter selbst,

„habe ich mich ausdrücklich verpflichtet, erstens die Lage zu stabilisieren, zweitens eine nachweisbare Verminderung der Abhängigkeit von Atomwaffen zu erlangen und als verbindliches langfristiges Ziel auf die vollkommene Beseitigung der Kernwaffen auf der ganzen Erde hinzuarbeiten." (Pressekonferenz am 8.2.1977, aus: Amerika-Dienst 16.2.1977)

Als „Zeitbombe", die „auf die höchsten Sicherheitsbeamten dieser Nation (gemeint sind die USA) gefallen ist und die die Unabhängigkeit Westeuropas gefährden könnte", bezeichnete C.L. Sulzberger in der „International Herald Tribune" (IHT), dem führenden Auslandsorgan der US-Imperialisten, daß Carter im Januar eine „sofortige Studie über die Reduzierung des strategischen atomaren Arsenals der USA auf nur 200 bis 250 Interkontinentalraketen ICBM" von ihnen verlangte. (IHT, 27.1.77)

Umrüstung in Erwägung

Abgesehen von der heuchlerischen Show, die Carter aufzieht, sollen tatsächlich in bestimmtem Umfang die Ausgaben für die strategische Atomrüstung vermindert werden. Aber nicht um abzurüsten, sondern weil sie vom US-Imperialismus zur Umrüstung, zum Ausbau des konventionellen Kriegspotentials gebraucht werden.

Harold Brown, der neue amerikanische Kriegsminister, beruhigte die US-Imperialisten. Er meinte, daß er

„die Aussichten für eine Reduzierung der Militärausgaben gering einschätzt", man solle die „Reduzierung der Verteidigungsausgaben um 5 bis 7 Milliarden Dollar ... eher als ‚Einsparung' denn als Kürzung" ansehen, diese „Einsparungen" würden mehr als aufgewogen durch die Ausgaben für das konventionelle US-Militärprogramm, „wenn die steigende Tendenz der sowjetischen Militärausgaben anhält". (Don Oberndorfer, IHT, 13.1.77)

Sie hält an, und die US-Regierung betreibt bereits mit Volldampf die konventionelle Aufrüstung. Eine Studie der Haushaltsabteilung des US-Kongresses kommt nach Norman Kempster

„zum Schluß, daß die USA und ihre europäischen Verbündeten 20 Jahre hinter der Zeit mit ihren Sicherheitsplänen her seien, die nach dem Einsatz von Atomwaffen auf dem Schlachtfeld rufen, um einen hauptsächlich mit konventionellen Waffen ausgeführten Angriff zurückzuschlagen."

„Die gegenwärtig noch gültigen Pläne sind in den frühen fünfziger Jahren übernommen worden, als die USA noch das Atomwaffenmonopol hatten und deshalb noch glaubwürdig mit dem Atomwaffeneinsatz drohen konnten für den Fall einer sowjetischen Aggression",

meint der Bericht. Er fährt fort, daß

„... der Einsatz von Atomwaffen als erstes durch die NATO äußerst unwahrscheinlich geworden ist, weil das jetzt einen atomaren Gegenschlag herausfordern würde durch die Sowjetunion gegen Ziele auch in den USA selber wie in Europa.' (...) „Der Einsatz von Atomwaffen in einem Fall, wo die konventionelle Verteidigung am Zusammenbrechen ist, würde keineswegs sicherstellen, daß sich Niederlage in Sieg verwandelt. Es wird eher einen umfassenden Gegenschlag der Nuklearstreitkräfte der Sowjetunion auslösen." (IHT, 10.1.77)

Atomwaffenkontrolle zur Auslieferung an die Supermächte

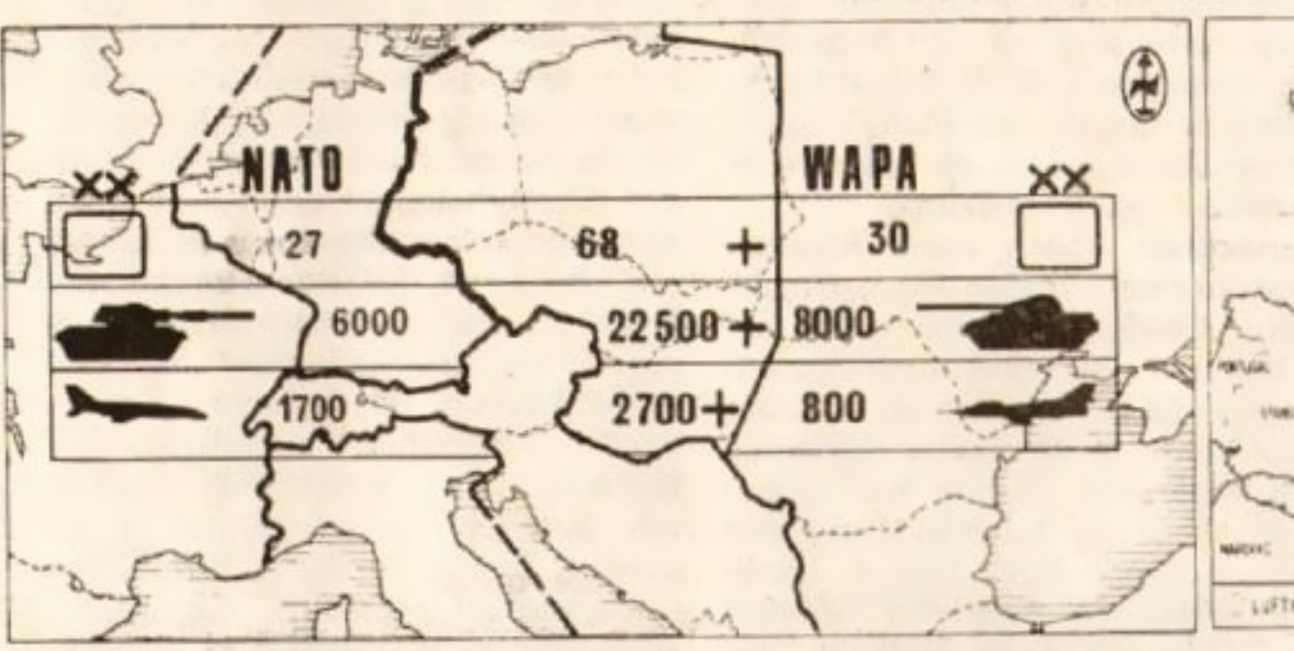
Ohne weiteres glaubt man den US-Imperialisten, daß sie keine Skrupel hätten, Europa und die Sowjetunion zu vernichten, Beispiele haben sie genug geliefert. Wo sie jetzt aber das Risiko des atomaren Gegenschlags fürchten müssen, da wollen sie und der Sozialimperialismus sich mit der gemeinsamen „Entspannungspolitik" darauf einigen, daß sie in Zukunft nur „lokal begrenzt" die Völker in einen imperialistischen Krieg treiben. Deswegen sind sie gegen die Weitergabe von Atomwaffen. Kleinere Mächte, die sie als Beute betrachten, könnten damit verhindern, daß ihr Territorium zum Schauplatz der Austragung der Konkurrenz der Supermächte wird. Deswegen würden die US-Imperialisten auch in Westeuropa am liebsten verhindern, daß die NATO-Partner einen Zugang zu den Atomwaffen haben, von denen, nach dem vorher erwähnten Senatsbericht, 7 000 in Westeuropa stationiert sind.

Dazu kommentiert Norman Kempster in der „Los Angeles Times" folgendermaßen:

„Während der Bericht die weitere Stationierung von Atomwaffen in Europa als Abschreckung gegen einen Atomschlag der Sowjetunion unterstützt, schlägt er vor, darauf hinzuarbeiten, daß sie in Zukunft aber überflüssig werden. Der Bericht stellt fest, daß die abschreckende Wirkung durch Raketen, die von U-Booten aus abgeschossen werden, die der NATO bereits unterstellt sind, ausgehen könnte. In der Logik des Berichts liegt es zwar, daß alle in Europa stationierten Atomwaffen beseitigt werden, aber so eine Entwicklung würde mit den NATO-Verbündeten ernste politische Schwierigkeiten hervorrufen. ‚Diese Waffen sind wichtige Symbole der US-Verpflichtung in Europa.' " (9.1.77)

„Entspannungspolitik" heißt verstärktes Wettrüsten

Gehen die US-Imperialisten davon aus, daß sie um Europa einen konventionellen Krieg führen, so fürchten sie, in seiner Vorbereitung den sowjetischen Sozialimperialisten bereits hintendrein zu sein. Im Gegensatz zur ganzen bisherigen Aufrüstungspropaganda der US-Imperialisten geben Evans und Novak dabei gleichzeitig zu, daß in der Sowjetunion eine Umstellung der Kriegsvorbereitung von der Verteidigung auf die Aggression und Eroberung stattgefunden hat.



„Die allmähliche Umwandlung der sowjetischen Streitkräfte von der Verteidigung zum Angriff ist ein wachsender Grund der Beunruhigung für die militärischen Führer der NATO ... Es gibt für das Hauptquartier der NATO viele Hinweise, daß der Warschauer Pakt jetzt an der Schwelle angekommen ist (einige meinen, daß er bereits darüber hinaus ist), wo er die Fähigkeit besitzt, gegen Westeuropa einen blitzschnellen Angriff zu beginnen nach dem Beispiel des deutschen Blitzkrieges im Zweiten Weltkrieg." (IHT, 17.11.76)

Die Sozialimperialisten haben die „Entspannungspolitik" geschickter als die US-Imperialisten für die Kriegsvorbereitung genutzt, meint Sulzberger:

„Jetzt, nach einem halben Jahrzehnt dessen, was Detente genannt wird ... – Der kalte Krieg ist vorüber ... hat die kapitalistische Welt dem sowjetischen Block Kredite von insgesamt 44 Milliarden Dollar gegeben, oft zu niedrigeren Zinssätzen als an Geschäftsleute. Die Sowjetunion gibt währenddessen 12 bis 13 Prozent ihres Nationalprodukts jährlich für militärische Vorbereitungen aus, verglichen mit 6 Prozent bei

nalprodukts jährlich für militärische Vorbereitungen aus, verglichen mit 6 Prozent bei

den USA und weniger als 5 Prozent beim Rest der NATO." (IHT 16.2.77)

„Seit 1972 haben die Rüstungsausgaben der UdSSR die der USA überholt – die Lücke wird immer größer. Die sowjetischen Truppen betragen 3,9 Millionen, das sind 800 000 Mann mehr, während die US-Truppen mit 2,1 Millionen auf dem tiefsten Stand seit dem Korea-Krieg sind ... In der Zwischenzeit haben die Russen die Amerikaner ... auch ‚ausgestochen in der Produktion', seit 1972 in Panzern 5,9 zu 1, bei taktischen Flugzeugen 1,9 zu 1 und bei der Artillerie 8 zu 1." (US News & World Report, 7.2.77)

Generalmajor G. Keegan jr., der als Geheimdienstchef der Luftwaffe gerade in den Ruhestand trat, beschreibt diese Kriegsvorbereitungen und behauptet, daß

„die Sowjetunion bereits die strategische militärische Überlegenheit über dieses Land (die USA) errungen hat. (...) Sie (die UdSSR) betreibt ein breites militärisches und ziviles Bunkerprogramm, legt Lagervorräte von Nahrung und Getreide für den Kriegsfall an ... Wegen der Maßnahmen der Zivilverteidigung in der UdSSR ist die USA heute nicht in der Lage, wie ich meine, ihre Aufgabe im Krieg auszuführen, die sowjetische Industrie, die wichtigste zivile Führung des Militärs, die Atomwaffenvorräte und die grundlegenden Kampfkräfte der UdSSR zu vernichten ... Egal welches Kriterium für das strategische Gleichgewicht man nimmt, Schadensauswirkung, abwurfbereite Tonnage, Sprengwirkung oder Technologie, mir ist keine einzige wichtige Kategorie bekannt, wo die Sowjets nicht eine bedeutsame Führung über die USA errungen haben." (IHT, 4.1.77)

Der Stabschef General Bernard Rogers schlägt die Wiedereinführung der Wehrpflicht vor, die die US-Imperialisten erst 1972 während ihres letzten Ringens in Indochina abschaffen mußten. Er

„drückte seine besondere Besorgnis aus über die mühselige Prozedur, die notwendig ist, um die US-Streitkräfte im Kriegsfall zu verstärken, und erwähnte die Möglichkeit, daß die Wehrpflicht notwendig sein könnte, um die schnelle Verknappung des Mannschaftsbestandes bei der einsatzbereiten Reserve wieder auszugleichen ... Bis zu 320 000 Mann in der einsatzbereiten Reserve werden fehlen ... " (IHT, 15.2.77)

Das NATO-Bündnis straffen

Als wichtigstes Mittel sehen die US-Imperialisten die Stärkung des NATO-Bündnisses. Mit der Devise „Wiederherstellung der guten Beziehungen zu den Verbündeten" versucht Cater sie stärker an die Kandare zu nehmen und die Festigung der EG unter Führung des BRD-Imperialismus zu verhindern. Verstärkt sollen die über das NATO-Bündnis kontrollierten Völker in den Krieg gehetzt werden.

„In den Spannungszentren der Welt hängt die Sicherheit weitgehend von den örtlichen Streitkräften ab – von Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien in Europa, Israel, dem Iran und der Türkei im Nahen Osten ... " (IHT, 26.11.76)

Neidisch blickt R.W. Kromer zu den Sozialimperialisten:

„Während der Pakt (Warschauer Pakt) auch eine Koalition darstellt, dominiert Rußland seine straffe Kommandostruktur, besteht darauf, daß alle Verbündeten der sowjetischen Doktrin folgen und den sowjetischen Taktiken und stellen den größten Teil ihrer Ausrüstung. Das Ergebnis ist, daß der Pakt weit besser vorbereitet ist auf einen Koalitionskrieg als die NATO." (IHT, 7.2.77)

Die eigene Lage schätzt R.W. Kromer folgendermaßen ein: „... Während die USA und ihre Verbündeten untersuchen, wie am besten die NATO-Abschreckung zu politisch akzeptablen Kosten gestärkt werden könnte, müssen sie der Tatsache ins Gesicht sehen, daß ihre Fähigkeiten, das zu erreichen, stark davon abhängen, daß sie als Bündnis wirksam zusammenarbeiten – im Frieden wie im Krieg. Während das eine dem NATO-Bündnis von Anfang an zugrundegelegte Voraussetzung war, wurde es bisher in der Praxis doch bedauerlich vernachlässigt ... wenig Beachtung wurde der Vorbereitung von ‚Koalitions-Kriegsführung' geschenkt. (...) Obwohl sie durch eine multinationale Kommandostruktur verbunden ist (die in Friedenszeiten weitgehend ignoriert wird), besteht die NATO in Wirklichkeit aus 14 individuell ausgeglichenen nationalen Verteidigungseinrichtungen, von denen jede weitgehend

ausgeglichenen nationalen Verteidigungseinrichtungen, von denen jede weitgehend

ihren eigenen Weg geht. Sie variieren so stark in ihren Militärdoktrinen, Taktiken, Vorgehensweisen und Ausrüstung, daß es schwerfällt, sich vorzustellen, daß sie zusammen sehr wirksam operieren können. Standardisierung der Bewaffnung, Nachschub und Kommunikation wurden skandalös vernachlässigt ... " (IHT, 7.2.1977)

„Der erneuten Notwendigkeit einer besseren kollektiven Haltung der NATO im Gegensatz zu oft unschlagbaren nationalen Haltungen liegt die schiere Tatsache zugrunde, daß unter den Alliierten wachsende miliätische Abhängigkeit besteht. Die Japaner allein können Japan nicht verteidigen, die europäischen Verbündeten können Europa nicht verteidigen. Ein Beitrag der USA ist unvermeidlich, und wir planen auf dieser Grundlage ...

Die US-Streitkräfte ausdrücklich auf den Koalitionskrieg ausrichten, würde nicht nur die Wirksamkeit unseres NATO-Beitrages erhöhen, sondern auch unsere Fähigkeit, anderen Anforderungen zu entsprechen." (IHT, 7.2.77)

Sulzberger meint:

„Die NATO-Streitkräfte müssen modernisiert werden, wenn das zu aufbringbaren Kosten geschehen soll, so muß der enorme Ausfall und die Wirkungslosigkeit überwunden werden, die durch Überschneidungen und Verdoppelung kommt." Zum Beispiel hätten NATO-Schiffe „36 Arten von Radar für die Feuerkontrolle und 40 Arten von großkalibrigen Geschützen, weshalb sie die Herstellung und Verteilung von 40 verschiedenen Granaten erfordern". (IHT, 22.11.76)

„Der dadurch entstehende Verlust wurde in einer Studie, die von T.A. Collaghan, einem Militärbeauftragten der Regierung, angefertigt wurde, auf 11 Milliarden Dollar geschätzt."

BRD – Hauptstützpunkt des US-Imperialismus in Europa

Eine besondere Rolle weist der US-Imperialismus dabei der BRD zu. Sie hält er mit seinem Hauptkontingent besetzt. Durch bilaterale Zusammenarbeit innerhalb der NATO und Unterstützung gegen die übrigen NATO-Partner will er sie von sich abhängig halten und eine Festigung der Einheit der EG unter Führung der BRD als mächtigem Konkurrenten verhindern. „Bonns Rolle in Europa, ein Dilemma", schreibt:

„Mehr denn je sieht sich Westdeutschland dem schmerzhaften Dilemma gegenüber, daß es eine immense Wirtschaftsmacht einsetzen muß, um die kranken Männer Westeuropas am Leben zu halten, obwohl das fortgesetzte Wachstum der westdeutschen Wirtschaftsmacht klar anfängt, all dem Rest Europas Kopfzerbrechen und Sorge zu bereiten ... Deshalb sagten uns beide, Schmidt und sein CDU-Gegner Kohl, in fast den gleichen Worten, wie sehr sie beunruhigt sind darüber, daß die NATO ein Deckmantel wird für ein bilaterales Bündnis der USA mit Westdeutschland ... " (IHT, 25.11.76)

Die Widersprüche schürte und die Abhängigkeit betrieb auch der amerikanische Vizepräsident Mondale, als er im Januar nach Europa reiste. Er erklärte, er

„möchte, daß die anderen NATO-Verbündeten Westdeutschland und Amerika helfen bei der Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung gegenüber der weit kampfbereiteren sowjetischen Streitmacht". (IHT, 31.1.77)

Hinter dem Aushängeschild des Kampfes für „Menschenrechte" versucht Carter mit Intrigen und Spaltung das Lager des Sozialimperialismus zu zersetzen und sich bürgerliche Agenturen zu schaffen, durch die er in der Sowjetunion auch die ideologische Zersetzung der revolutionären Bewegung zu betreiben versuchte.

„Die Helsinki-Erklärung", schreibt die „International Herald Tribune" am 21.2.77, „von Breshnew aufgesetzt, um seine Macht im Osten zu stärken, ist zu einer Lokomotive der Spannung und Subversion geworden. Die Politik, Dissidenten zu exilieren, hat ein ‚äußeres Rußland' entstehen lassen, mit seinen Poeten und Historikern, Wirtschaftlern und Romanschreibern, Musikern, Tänzern und Wissenschaftlern, deren Appelle an das ‚innere Rußland' wachsen. Und das ist Breshnews Problem, nicht Carters ... " (IHT, 21.2.77)



„Von den Reisfeldern Vietnams nach Europa" – „Wie in Tuy Hoa! Das war unser erster Gedanke, als sich die Tür des vordersten Hubschraubers öffnete. Der kriegerische Hauch von Vietnam lag plötzlich über der Piste des Ramsteiner Militärflughafens (Pfalz). Soldaten des Vorauskommandos der 101. amerikanischen Luftlandedivision sprangen aus den Maschinen. Ihre Gesichter waren zur Tarnung schwarz gemalt. Auf den Ärmeln ihres dunkelgrünen Kampfanzuges blitzte das Totem mit dem ‚schreienden Adler'. Die Sturmgewehre wurden in beiden Händen gehalten. Ohne Kommando ordnete sich die Gruppe. Nur die Helikopterflügel lärmten." – „Die 101. Luftlandedivision ist die einzige Division ihrer Art in der Welt. Sie begreift sich als luftbewegliche Sturmtruppe." – „Die großzügige Ausstattung mit Helikoptern bedeutet, daß die ganze Division mit rund 12 000 Mann, einschließlich der Stäbe, der Versorgungseinrichtungen, der Lazarette und einer eigenen Artillerie durch die Luft herangeführt werden kann." – „Nun soll die 101. in Europa beweisen, daß sie als Großverband auch für dieses potentielle Kriegstheater taugt. Mögliche Aufträge wären: Einnehmen und Halten strategisch wichtiger Punkte im Hinterland des Feindes; Umfassung in der Luft; operative Abdeckung der Flanke; Täuschung und Scheinangriff sowie plötzliche raumgreifende Verlagerung eines Schwerpunktes." (Adalbert Weinstein über die 101. US-Luftlandedivision bei den Herbstmanövern der NATO, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.1976)



Erneut bewahrheitet sich Lenins Feststellung von 1918: „Genossen, für diejenigen, die die Entwicklung der europäischen Gesellschaft beobachtet haben, stand es schon längst außer Zweifel, daß der Kapitalismus kein friedliches Ende nehmen kann, daß er entweder unmittelbar zum Aufstand der breiten Massen gegen das Joch des Kapitals führt oder daß er auf dem viel schwereren, qualvolleren und blutigeren Wege des Krieges zu dem gleichen Ergebnis führt!"

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) fordert in seinem Programm den restlosen Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland, die Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatuts und den Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und den Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten.

Es wird darauf ankommen, diese Forderungen gerade zum 1. Mai verstärkt unter den Massen zu verankern. – (hl)

Brokdorf und die Linke

Der „riesige Erfolg" der Opportunisten ist äußerst kurzlebig

Eine Massenbewegung kann sich entfalten, weil sie ein Ziel hat. Die Massenbewegung gegen das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung hat das Ziel, dieses Programm zu Fall zu bringen. Die Massenbewegung gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf hat das Ziel, den Bau dieses Kernkraftwerkes zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, war es richtig, am 19.2. das Bauplatzgelände zu besetzen. Da der bürgerliche Staatsapparat das Bauplatzgelände in eine Festung verwandelt hatte, mußte diese Festung belagert, erobert und geschleift werden. Das war die Aufgabe der Massenaktion in der Wilster Marsch.

Die Massenbewegung konnte ihre Aufgabe bloß erfüllen, wenn sie durch politischen Druck und politische Aktion die Kräfte der Bourgeoisie zersetzte. Ohne Zersetzung der Kräfte der Bourgeoisie konnte die Massenbewegung den Bauplatz nicht besetzen. Die Aufgabe der Massenbewegung war lösbar, weil die Bourgeoisie zur Verteidigung des Bauplatzes wie zur Verteidigung ihrer Herrschaft überhaupt bewaffnete Kräfte einsetzt, die ihren Interessen nach nicht auf die Seite der Bourgeoisie gehören. Deshalb können die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie zersetzt und schließlich zerschlagen werden. Bloß weil das so ist, konnte die Massenbewegung gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf am 19.2. an die Lösung ihrer Aufgabe herangehen und an dem Ziel der Besetzung des Bauplatezs festhalten, obwohl die Bourgeoisie eine ganze Polizeiarmee in der Wilster Marsch zusammengezogen hatte. Durch Zersetzung dieser Polizeiarmee konnten die Bedingungen für die Eroberung des Bauplatzes und die Räumung des Platzes durch die Bourgeoisie geschaffen werden. Nach der Aktion in Brokdorf haben Hunderte, wahrscheinlich Tausende Gespräche zwischen Teilnehmern oder Befürwortern der Massenaktion in Brokdorf und Polizisten, die dort eingesetzt waren, stattgefunden. Wir wissen von einigen dieser Gespräche, weil sie von Mitgliedern des KBW geführt worden sind. Ginge es nicht bereits aus den Erfahrungen der Aktion und den Protokollen des Polizeifunks hervor, dann hätten spätestens diese Gespräche den Beweis geliefert, daß die Polizeiarmee in der Wilster Marsch dabei war, sich zu zersetzen, solange die Aktion in Richtung Brokdorf ging. Ideologischer und politischer Druck auf die Kräfte der Bourgeoisie durch die Massenbewegung ist das Wesentliche für den Erfolg einer Massenaktion. Die Anwendung der notwendigen Hilfsmittel durch die Massenbewegung, konkret der Hilfsmittel, die die Massen zur Eroberung eines befestigten Bauplatzes brauchen, ist bestimmt nicht das Wesentliche. Ist die ideologische und politische Linie der Massenbewegung und ihrer Aktion korrekt festgelegt, dann ergeben sich besondere Probleme. Die sind aber lösbar. Der KB Nord, der mit der Besetzung des Bauplatzes am 19.2. eingestandenermaßen nichts im Sinn hatte wie die anderen Opportunisten auch, hat noch vor der Aktion die Losung ausgegeben, das notwendige Gerät zu Hause zu lassen. Wir hatten dieses Gerät bis zum Schluß dabei. Der Streit um die Mitführung der Autos hat seine politischen Ursachen. Wer den Platz besetzen wollte, mußte für die Mitführung der Autos sein, wer damit nichts im Sinn hatte, mußte dagegen sein. Die Autos waren notwendig für den Transport von Menschen, für den Transport von Lebensmitteln, sie waren notwendig für eine politische Belagerung, und das eine oder andere Auto war notwendig zum Transport von passendem Gerät. Über solche Sachen braucht man wirklich nicht viel Worte zu verlieren. Die Opportunisten gehen umgekehrt vor. Sie müssen notwendig scheitern. Schlimm ist, daß auch Aktionen der Massen scheitern, solang die Massen diese Opportunisten nicht davonjagen oder umerziehen.

Der KB Nord zitiert aus einem Artikel der KVZ:

„Um es deutlich auszudrücken: Eine Schulklasse, die jetzt aufruft, nach Brokdorf zu gehen und das Richtige zu tun, die wird sowohl auf die Polizeikräfte als auch auf das Mauerwerk einen größeren Druck ausüben, als dies ein Rammbock vermöchte." Der KB Nord stellt fest: „So sehen die Träume eines weltfremden Phantasten aus." Dabei hatten wir den Opportunisten eine Eselsbrücke gebaut, damit sie es begreifen und ihre falschen Auffassungen ändern können. „Auch auf das Mauerwerk", hatten wir gesagt. Die Opportunisten halten die Massen für blöd. Sie meinen, bloß sie könnten einen Rammbock mitführen. Wir meinen, wenn sich die Massen dort zusammenschließen, wo sie beisammen sind, um eine politische Aktion zu machen, dann werden sie sich auch besser ausrüsten als tausend „Arbeiterkämpfer", die von einer Spielart des Opportunismus in die andere verfallen und auf die man sich grundsätzlich nicht verlassen kann.

„Tatsächlich war der KB überhaupt die *einzige* politische Kraft", verkünden diese Helden von der traurigen Gestalt, „die schon Wochen vorher den Platz für nicht besetzbar gehalten hat und dies auch immer erklärt hat (auf Grund unserer politischen Einschätzung einer (?) konkreten Entwicklung des Kräfteverhältnisses bis zum 19.2.); trotzdem haben wir bis zum Schluß an konkreten Vorbereitungen dazu mitgearbeitet, ohne ‚umzufallen' wie diverse andere Kräfte." Der KBW ist gerade genug, sowas für ein politisches Verbrechen zu erklären. Wie soll man sich auf so jemand verlassen? Er „bastelt", und zwar einfach so und ohne Sinn und Zweck. Er kräht: „Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden." Aber das ist bloß als schlechter Witz gedacht.

Die Bourgeoisie konnte die Massenbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm und gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf an der Lösung ihrer Aufgaben bloß hindern, wenn sie sie von innen heraus zersetzte. Diese Massenbewegung gibt es. Sie kann nicht unterdrückt werden, wenn sie ihr Ziel bewußt verfolgt und bewußt die Aufgaben löst, die sich ihr stellen. Die Zersetzung des KB Nord wie der anderen Opportunisten besteht darin, das Ziel zu verdunkeln und die Aufgaben wegzuschwätzen. Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts, das war schon immer die Devise der Revisionisten. Die Opportunisten unterscheiden sich darin nicht von den Revisionisten. Das ist politische Entwaffnung der Massen. Das geschieht durch das Umlügen der Aktion gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf am 19.2. in eine Aktion gegen das Demonstrationsverbot. Ist das erst gemacht, dann wird die Aufgabe, den Bauplatz zu besetzen, umgelogen in die Aufgabe, sich zu zeigen.

„Das größte Aufgebot an Staatsmacht seit Bestehen der Bundesrepublik hat mehr als 30 000 Menschen nicht gehindert, unter denkbar ungünstigsten Bedingungen und in offener Landschaft das Demonstrationsverbot militant zu durchbrechen. Auch die mörderische ‚Terroristen'-Hetze der Bourgeoisie hat diese Menschen nicht gehindert, massenhaft zu kommen. Das sind mehr als 30 000 Menschen – und es sind noch weit mehr im ganzen Land – die begonnen haben, jede Furcht vor dem bürgerlichen Staat und seinem Repressionsapparat zu überwinden, Menschen, die auch vor einem bisher einmaligen propagandistischen Trommelfeuer nicht zurückgeschreckt sind. Hierin vor allem besteht die schwere Niederlage der Bourgeoisie vom 19.2. und der große Sieg der revolutionären Linken. Wir haben eine wichtige Kraftprobe erfolgreich bestanden." Das ist bürgerlicher Schmarren, über den man wirklich ein Buch schreiben könnte, um ihn annähernd erschöpfend zu analysieren.

Die Bourgeoisie verbietet eine Demonstration, weil sie verhindern will, daß die Massen mit dieser Demonstration ein bestimmtes Ziel erreichen. Ist die Demonstration durch die Bourgeoisie verboten, dann gehen die Massen nicht zu dieser Demonstration, weil sie verboten ist, sondern weil sie nach wie vor dieses Ziel erreichen wollen. Die Bourgeoisie hat die Demonstration in Brokdorf verboten, weil diese Demonstration die Verhinderung des Kernkraftwerkbaus in Brokdorf durch die Besetzung und Räumung des Bauplatzes zum Ziel hatte. Die Massen sind in die Wilster Marsch gegangen, um das zu tun, und nicht, um „unter denkbar ungünstigsten Bedingungen und in offener Landschaft das Demonstrationsverbot zu durchbrechen". Umgekehrt: Sie waren bloß in der Lage, dieses Verbot zu durchbrechen, weil sie das Ziel hatten, den Bauplatz zu besetzen. Der KB Nord hat sich zusammen mit dem ganzen Opportunistenhaufen auch wirklich anstrengen müssen, die Massen daran zu hindern, dieses Ziel bis zum Ende zu verfolgen.

Es ist lächerlich zu behaupten, die 30 000 hätten jede Furcht vor dem bürgerlichen Staatsapparat und vor seinem Repressionsapparat überwunden. Soweit die Massen diese Furcht überwinden, geht es ihnen genauso wie jedem Revolutionär auch: sie überwinden sie, weil das Ziel wichtiger ist als die Tatsache, daß man auf dem Weg zum Ziel Gefahr läuft, niedergeschlagen zu werden. Weil der KB Nord alles tat, um das Ziel zu verdunkeln und die klargestellte Aufgabe zu verwischen, hat sich Furcht breit gemacht. Und dann Erleichterung, daß es zu keinem schweren Zusammenstoß mit den Polizeikräften kam. Das war günstig für die Staatsmacht und die Moral ihrer Truppen. Daß es immerhin zu einem Rückzug und nicht bloß zu einer Rückflut kam, ist wahrlich nicht den Opportunisten zu verdanken.

Es ist ganz unvermeidlich, daß der Opportunismus unter den Beschuß der Massenkritik gerät. Weil das so ist, zersetzt sich das Lager des Opportunismus. Das kann man ablesen an einer „Einschätzung der Kundgebung vom 19.2. in Brokdorf" durch den „Arbeitskreis politische Ökologie". Es spiegelt diese Zersetzung wider. Die Einschätzung kommt aus der Mitte der „Aktionsleitung", gegen die der KBW rebelliert hat. – (gs)

Zwei Bemerkungen zu zwei unfreiwilligen Enthüllungen

„Drei, vier Ketten von Demonstranten reichten aus, um in der Wilstermarsch die Wirrköpfe vom KBW zu stoppen, die es gleich mit 6 000 schwerbewaffneten Polizisten aufnehmen wollten. Soweit diese Leute nicht bewußte Provokateure sind, gehören sie in den Kindergarten", schreibt der KB Nord.

Wir meinen: 30 000 Demonstranten, die nicht gespalten werden, können es mit 6 000 und mehr Polizisten aufnehmen.

Schwierig ist es für eine Demonstration, die vor der Aufgabe steht, mit 6 000 Polizisten fertig zu werden, die Spaltung in den eigenen Reihen zu überwinden. Man sieht den Spaltern nicht an, daß sie schlimmer als Polizisten sind.

„Arbeiterkampf" und „Rote Fahne" bejubeln den „riesigen Erfolg" in der Wilster Marsch und bejammern, daß der KBW bloß in Norddeutschland für die Fahrt nach Brokdorf mobilisiert hat. Sie bejammern, daß wir in der übrigen Bundesrepublik zu Kundgebungen aufgerufen haben und die ganze Zeit während der Aktion in der Wilster Marsch in Mitte und Süd unsere Kräfte für die Unterstützung der Aktion für die Bauplatzbesetzung eingesetzt haben.

Wir meinen: Wer die Besetzung des Bauplatzes vorhatte, wird es richtig finden, daß er bei dieser Aktion Kräfte hinter sich hatte, die ihm nicht nur den Rücken freihielten, sondern auch eine politische und notfalls direkte Aktion zu seiner Entlastung durchführen konnten. Es ist wahr: Der KBW hat seine Kräfte insgesamt planmäßig auf die Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf ausgerichtet, nicht darauf, in der Wilster Marsch Parade abzunehmen.

Dem KB Nord zur Kenntnis:

Der Glasschaden muß bezahlt werden!

Ganz „harmlos" hatten sich Mitglieder des KB (Nord) am Montag abend vorgenommen, „im" Büro des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu „protestieren". Vorher hatten sie in Harburg einen Verteiler des KBW zusammengeschlagen, so daß er ins Krankenhaus mußte. Sie konnten ihm nur noch wenige Flugblätter abnehmen. In Eimsbüttel hatten die KB-Nordler das gleiche versucht und mußten abziehen. Dann wurde von Mitgliedern des KB (Nord) in Harburg eine Wohnung überfallen, um die noch vorhandenen Flugblätter mitzunehmen. (Ebenfalls geringe Ausbeute.)

„Harmlos" wollten sie dann „im" Büro des KBW in der Chemnitzstraße in Altona „protestieren". Daher hatten sie Helme aufgesetzt, große Steine durch die Fensterscheiben geworfen und mit Bohlen versucht, den Eingang zu stürmen.

Oder welchen Grund hatten sie, ihren Brokdorfhelm bei diesem „Protest" aufzusetzen? – Vielleicht schlechte Nerven. Jedenfalls gingen 8 Fensterscheiben zu Bruch. Reparaturkosten 491,55 DM.

Vertrieben wurden die Mitglieder des KB (Nord) von Mitgliedern unseres Jugendbundes, der gerade eine Versammlung abhielt. Keinesfalls von der Polizei, was der KB (Nord) jetzt verbreitet.

Daß der KB (Nord) Angst hat vor der Polizei ist inzwischen in der ganzen BRD bekannt, nachdem er vor der Sperre 3 kurz vor Brokdorf Ketten gebildet hatte, um die Demonstration an dem Überrennen der Polizeisperre zu hindern und sich dadurch die Auseinandersetzung mit der Polizei zu ersparen.

Mag deshalb auch sein, daß sie in Panik geraten sind, als jemand gerufen hatte, daß man die Polizei holen müsse. Wir jedenfalls hätten dies nicht mal unternehmen können, weil unser Telefon, wie zufällig, lahmgelegt war und wir die Genossen unserer Organisation nicht benachrichtigen konnten. Lang ehe die Polizei ankam, waren die KB-ler hinter den Ecken verschwunden, langsam trauten sie sich wieder vor, um jetzt vor den Augen der Bullen das Verprügeln von KBW-Genossen zu probieren. Dabei wurde einer von den ihren festgenommen und von uns wurde dafür gesorgt, daß er wieder frei kommt. Dabei wurde ein Genosse von uns festgenommen, den wir selber bei der Wache abgeholt haben.

Eine Stunde später stand eine Polizeistreife vor dem „Arbeiterbuch", Buchladen des KB. Sie sei bestellt, hieß es auf Anfrage. Von wem wohl?

An der Aktion beteiligt waren führende Genossen des KB (Nord). Wir erkannten zumindest Goltermann, Mellenthin und Hopfenmüller. Diese brauchen nicht Angst zu haben, daß wir Strafantrag stellen und deswegen „Denuntiation" schreien. Wir haben am Dienstag abend die Rechnung für den Glasschaden ins Büro des KB (Nord) gebracht, damit sie bezahlt wird. – (so, Bezirksleitung Hamburg-Unterelbe, Sekretärin)

„Einschätzung der Kundgebung vom 19.2.1977 in Brokdorf

Diese Kritik schreiben wir, um wieder eine gemeinsame Grundlage für den weiteren Widerstand gegen das AKW Brokdorf zu schaffen und um Rechenschaft abzulegen gegenüber den etwa 30 000 Menschen, die am 19.2. gekommen waren, um eine Kundgebung am Bauplatz durchzuführen.

Erfolgreich an der Kundgebung in Brokdorf war die Zusammenarbeit der vielen BI's in der ganzen BRD, die Ausdruck fand in den Landes- und Bundeskonferenzen; weiter die fast reibungslose An- und Abreise, die Übernachtung und Versorgung (auch medizinische und juristische), die Disziplin und die ausgezeichnete Schutzausrüstung. All dies gelang ohne viel Bürokratie und technische Vorbereitung, weil die Demonstranten alle das gleiche Ziel hatten und bereit waren, persönlich daran mitzuarbeiten, die Forderungen gegen das AKW Brokdorf selbst durchzusetzen. Es ist uns gelungen, Übergriffe der Polizei – bis auf wenige Ausnahmen – entschieden abzuweisen. Die fast 40 000 Menschen, die nach Brokdorf wollten, haben damit klar ihre Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, das AKW nicht hinzunehmen und auch eine klare Abgrenzung zur Kundgebung in Itzehoe gezogen.

Die politische Kraft, die sich im Widerstand gegen Brokdorf entwickelt hat, besteht darin, daß viele tausend Menschen erkannt haben, daß ihre Forderungen

Kein AKW in Brokdorf oder anderswo

Keine Wiederaufbereitungsanlagen

nur verwirklicht werden, wenn sie sie selbst praktisch durchsetzen, z.B. durch eine Bauplatzbesetzung. Die beiden Kundgebungen am 30.10. und 13.11. letzten Jahres haben gezeigt, daß hierzu viele Menschen auch bereit sind und sich öffentlich darauf vorbereiten. Diese Einstellung und Bereitschaft ist eine neue Qualität in der politischen Auseinandersetzung zwischen Atomindustrie und Regierung auf der einen Seite und der Bevölkerung auf der anderen. Hier wird nicht mehr nur wissenschaftlich und verbal argumentiert, Resolutionen an die Politiker gerichtet, demonstriert und auf Erörterungsterminen und Gerichtsterminen verhandelt, sondern praktisch gehandelt. Die Bürgerinitiativen haben nach jahrelangem Kampf gegen Atomanlagen erklärt: Jeder Mensch, der erkannt hat, welche ungeheure Gefahr die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen darstellen, hat das legitime Recht und die Pflicht, den Bau solcher Anlagen auch selbst zu verhindern.

In diesem Sinne haben die BI's zu einer Großkundgebung am 19.2. in Brokdorf am Bauplatz aufgerufen. Da die Atomindustrie und die Regierungen erkannt haben, welche ungeheure Kraft hinter dieser neuen politischen Einstellung steckt, haben sie mit allen Mitteln versucht, die BI's zu diffamieren, zu kriminalisieren, politisch – z.B. durch Berufsverbote – zu verfolgen und mit militärischer Gewaltandrohung einzuschüchtern.

Dies hat dazu geführt, daß wir bei den Vorbereitungen der Demonstration unsere Kraft falsch eingeschätzt haben. Wir haben nicht erwartet, daß über 30 000 Menschen (weitere ca. 10 000 wurden bei der Anfahrt aufgehalten) bereit waren, trotz psychologischer Kriegsführung der Regierungen, trotz Gewaltandrohungen und Demonstrationsverbot nach Brokdorf zu kommen. Infolgedessen wurden die Vorbereitungen zur Bauplatzbesetzung von vielen Gruppen nicht zuendegeführt, fast alle Gruppen haben ihr Vorhaben, den Bauplatz zu besetzen, kurzfristig aufgegeben. Wir haben damit unser Prinzip gebrochen, die Vorbereitungen nach besten Kräften zu treffen, und erst am Bauplatz zu entscheiden, ob wir stark genug sind für eine erfolgreiche Besetzung. Daß viele schon im voraus für sich entschieden haben, hat andere jetzt in verstärkte Gefahr gebracht, isoliert und kriminalisiert zu werden. Die weit über 30 000 Menschen aus allen Teilen der BRD und dem Ausland erlebten ein Programm, auf dem immer wieder von der Notwendigkeit unseres praktischen Widerstandes geredet wurde, die Konsequenz hieraus jedoch nicht mehr gezogen wurde. Unser Ziel, für das wir im Gegensatz zur Itzehoe-Veranstaltung mobilisiert hatten, war, in Brokdorf am Bauplatz eine Kundgebung durchzuführen. Dies wurde verbal auch noch auf der Kundgebung am 19. vertreten.

In der Demonstrationsleitung waren starke Kräfte vorhanden, die dieses Ziel noch nie ernsthaft vor Augen hatten, andere gaben sich aufgrund der wochenlangen Einschüchterungskampagne mit dem Erreichten allzuschnell zufrieden. Die Angst war stärker als die politische Einsicht und bestimmte das Handeln. So wurde der Demonstrationszug in Wilster aufgehalten, die Demonstrationsspitze sogar schon wieder zurückgeolt und durch Zeitverzögerung eine Kundgebung am Bauplatz fast unmöglich gemacht. Nur dem sehr entschiedenen Auftreten einiger Vertrauensleute und dem entschiedenen Willen der Demonstranten war es zu verdanken, daß die Demonstration in Richtung Bauplatz weiterzog. Unser ausgesprochenes Ziel war es, solange weiterzugehen, bis wir von der Polizei aufgehalten werden, um uns dort zu sammeln und über weitere Möglichkeiten, zum Bauplatz zu kommen, zu beraten. Die erste Sperre wurde aber dann von der Leitung zum Vorwand genommen, mit einem Schlußrefereat den Rückmarsch einzuleiten, obwohl zu diesem Zeitpunkt Wege bekannt waren, die nicht abgesperrt waren. Es wurde nicht einmal der Versuch unternommen, die Polizei zur Räumung der Sperre aufzufordern. Viele Menschen, die gerade unter der Voraussetzung gekommen waren, eine Kundgebung am Bauplatz durchzuführen und sich auch darauf vorbereitet hatten, sind enttäuscht, weil das Ziel ihres Kommens kampflos aufgegeben wurde. Wenn man jetzt unsere Aufrufe zum 19.2. betrachtet, erscheinen sie wie Phrasen. Wir werden uns jetzt verstärkt darum bemühen müssen, unsere Glaubwürdigkeit hinsichtlich unserer politischen Aussagen wiederzuerlangen.

Wer jetzt *nur* noch von einem großen Erfolg redet, hat nie ernsthaft vorgehabt, unsere Forderung ‚Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden' wirklich selbst zu verwirklichen und fällt denen in den Rücken, die unsere erklärten Ziele nicht aufgegeben haben und jetzt politisch verfolgt werden.

Unsere Kritik solll dazu beitragen, viele Menschen in den BI's und arbeitenden Gruppen über die Vorgänge am 19.2. zu unterrichten. Wir bitten Euch Stellung zu beziehen, um somit eine neue Grundlage und Perspektive im Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken zu gewinnen.

Arbeitskreis für politische Ökologie Hamburg"







Während das Fernsehen Bilder von den „unbeteiligten, vor allem leidenden Massen“ und den „freundlichen Israelis an der Grenze des offenen Zaunes zum Libanon“ verbreitet, ist Tatsache: die arabischen Volksmassen, an vorderster Front das palästinensische Volk, führen erfolgreich den Kampf gegen den Kolonialstaat Israel und dieser will mit Überfällen und Vernichtungsschlägen seinen Untergang verhindern. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen davon abzubringen, den Kampf der arabischen Völker zu unterstützen, sie zu gewinnen für ihre imperialistischen Ziele im Nahen Osten – das will die Bourgeoisie mit solcher Berichterstattung erreichen.

Dem Wolf das Schafsfell überziehen

Die Berichterstattung des Zweiten Deutschen Fernsehen über den Nahen Osten

HEUTE am 1.2.77: „An der israelischen Grenze zum Libanon ist von einer erhöhten militärischen Bedrohung nichts zu spüren. Trotz des Kampflärms, der gelegentlich aus den libanesischen Dörfern herüberspringt, bleibt der Wachdienst für die Soldaten hier entspannt und ohne Nervosität.“

HEUTE am 4.2.77: „Mit Trommeln und Fanfaren baut Israel eine neue Siedlung im besetzten Jordantal. Die Armee ist zur Grundsteinlegung angetreten. (. . .) Soldaten werden die Häuser bauen und Felder anlegen, Wachdienst und Patrouille im Wechsel mit landwirtschaftlicher Arbeit. (. . .) Die Mehrheit in Israel glaubt noch immer, mit einem begrenzten Kompromiß zum Frieden zu kommen. Vor allem die israelische Hoffnung auf maximale militärische Sicherheit steht einem umfassenden Rückzug im Wege. Nicht nur hier bei den Soldaten, für die der Dienst in einem Wehrdorf mehr Spaß bringen mag als in einem Militärlager. Aber vor allem die starke rechtsnationale Opposition will auf dieses Gebiet von Judäa und Samarja nicht verzichten, auf das sie unter Berufung auf die Bibel historischen Anspruch erhebt. Selbst wenn es in diesem Jahr noch gelingen sollte, die Gegner im Nahost-Konflikt an einen Tisch zu bringen, die Gegensätze scheinen nach wie vor weit auseinander zu klaffen.“

HEUTE am 7.2.77: „Wie der Konfliktherd Südlibanon entschärft werden kann, weiß niemand. Syrien nimmt Rücksicht auf Israel, das syrische Militärstützpunkte an seiner Nordgrenze auf keinen Fall will. Aber ohne syrisches Durchgreifen im Südlibanon dürften die versprengten Haufen der linken Moslems und der linken Christen weiter für Unruhe an der libanesisch-israelischen Grenze sorgen.“

HEUTE am 8.2.77: „Israel möchte sich künftig an europäisch-arabischen Wirtschaftsprojekten beteiligen. Das machte Außenminister Allon bei einem Besuch in Brüssel deutlich. Er warnte die EG gleichzeitig davor, in der bevorstehenden Gesprächsrunde mit der Arabischen Liga das Nahost-Problem einseitig zu behandeln. Allon war nach Brüssel gekommen, um eine Vereinbarung über erweiterte Handelsbeziehungen zwischen Israel und der EG zu unterzeichnen.“

Was soll verdeckt werden? Der Kolonialstaat Israel betreibt die Vertreibung und Ausbeutung der Palästinenser . . .

Im Bereich der Sinai-Halbinsel und des Gaza-Streifens, die Israel seit 1967 besetzt hält, sollen jetzt 30 neue Wehrdörfer angelegt werden. Das berichtet die „New York Times“. Die Militärbesatzung des Gebiets soll verstärkt werden. Finanziert werden die Wehrdörfer von der Jewish Agency, einer vor allem vom US-Imperialismus finanzierten zionistischen Organisation. Bisher wurden dafür bereits 1 500 palästinensische und andere arabische Familien vertrieben.

. . . die militärische Aggression gegen die arabischen Staaten . . .

Israel erweitert mit Hilfe der reaktionären Falange-Truppen gegenwärtig seine „Sicherheitszone“ im Südlibanon. Das palästinensische Flüchtlingslager Nabathie wurde in der vorletzten Woche von israelischer Artillerie beschossen, ebenso die Orte Khyam, Bent-Beil und Houla, die gleichzeitig von Falange-Truppen angegriffen wurden. Die „Sicherheitszone“ dient dem weiteren militärischen Vordringen der Zionisten gegen die palästinensischen und libanesischen Volksmassen.

. . . er ist Werkzeug der Imperialisten, die das morsche Gebilde verzweifelt aufrechterhalten wollen

Mit Riesenkrediten versuchen die Imperialisten, voran die US-Imperialisten, den Kolonialstaat Israel am Leben zu erhalten. Die Auslandsverschuldung betrug Ende 1976 über 23 Milliarden DM, pro Kopf die höchste Auslandsverschuldung aller Staaten der Welt. Innerhalb von drei Jahren stiegen die Preise um 96 Prozent. Unter dem Druck des Kampfes der arabischen Völker verschärfen sich die inneren Widersprüche. Die Streiks nehmen sprunghaft zu. Ideologisch und politisch schreitet die Zersetzung fort (siehe Seite 3 dieser Ausgabe).

Ausplünderungspolitik gegenüber „unseren arabischen Freunden“

HEUTE am 10.2.77: „Zu diesem Zeitpunkt ist schon klar, daß nicht nur der Besuch in Syrien, sondern auch die anschließenden Treffen in Jordanien und Ägypten für Bonn wieder als Pluspunkte zu sehen sind. Abseits der Parteipolitik: ‚Wir sind wieder wer‘ lauten Kommentare der Genscher begleitenden Journalisten. Scherzhaft gemeint, spiegeln sie doch die wahre Situation wider: einer gerade auch im Nahen Osten an Gewicht gewinnenden Bundesrepublik, die sich nicht beirren läßt. Genscher spricht zu Syriens Staatspräsident Assad von den guten Beziehungen Bonns zu Israel und den gleichzeitig guten Beziehungen zu Syrien, die noch ausgebaut werden sollen. Widerspruch bei den Syrern regt sich nicht. Was noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre, wird jetzt akzeptiert: eine ausgeglichene Politik der Bundesrepublik.“

HEUTE am 12.2.77: „Bundesaußenminister Genscher hat auf seiner Nahost-Rundreise den Eindruck gewonnen, daß die Chancen für eine Friedenslösung noch nie so günstig waren wie in diesem Jahr. (. . .) Auf dem Köln-Bonner Flughafen faßte er gegenüber dem ZDF das Ergebnis seiner Reise zusammen: ‚Die Gespräche in Jordanien, in Syrien und in Ägypten haben gezeigt, daß die Staaten des Nahen Ostens erhebliche Erwartungen in die Europäische Gemeinschaft und auch in die BRD setzen. (. . .) Die BRD hat traditionell gute wirtschaftliche und politische Beziehungen. Dasselbe gilt für die anderen Staaten der EG. Ich bin bei dieser Reise bei meinen Gesprächen in der Auffassung bestätigt worden, daß die Voraussetzungen für Fortschritte in der Nahost-Frage zu Beginn des Jahres 1977 günstiger sind als in jedem Zeitpunkt zuvor. Es ist deshalb notwendig, daß diese Voraussetzungen auch genutzt werden. Ich glaube, daß für die Herbeiführung dieser positiven Entwicklung die Politik der EG, die auf eine Stabilisierung der Region wirtschaftlich und politisch gerichtet ist, einige Voraussetzungen mit geschafft hat und daß zugleich auch die ausgewogene Nahost-Politik der Bundesregierung, die es uns ermöglicht, in gleicher Offenheit mit unseren israelischen Freunden wie mit unseren arabischen Freunden zu sprechen, ihren Beitrag dazu geleistet hat.“

wenn es in diesem Jahr noch gelingen sollte, die Geg- nen.“ ten Woche von israelischer Artillerie beschossen.

Ausplünderungspolitik gegenüber „unseren arabischen Freunden“

HEUTE am 10.2.77: „Zu diesem Zeitpunkt ist schon klar, daß nicht nur der Besuch in Syrien, sondern auch die anschließenden Treffen in Jordanien und Ägypten für Bonn wieder als Pluspunkte zu sehen sind. Abseits der Parteipolitik: ‚Wir sind wieder wer‘ lauten Kommentare der Genscher begleitenden Journalisten. Scherzhaft gemeint, spiegeln sie doch die wahre Situation wider: einer gerade auch im Nahen Osten an Gewicht gewinnenden Bundesrepublik, die sich nicht beirren läßt. Genscher spricht zu Syriens Staatspräsident Assad von den guten Beziehungen Bonns zu Israel und den gleichzeitig guten Beziehungen zu Syrien, die noch ausgebaut werden sollen. Widerspruch bei den Syrern regt sich nicht. Was noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre, wird jetzt akzeptiert: eine ausgeglichene Politik der Bundesrepublik.“

HEUTE am 12.2.77: „Bundesaußenminister Genscher hat auf seiner Nahost-Rundreise den Eindruck gewonnen, daß die Chancen für eine Friedenslösung noch nie so günstig waren wie in diesem Jahr. (. . .) Auf dem Köln-Bonner Flughafen faßte er gegenüber dem ZDF das Ergebnis seiner Reise zusammen: ‚Die Gespräche in Jordanien, in Syrien und in Ägypten haben gezeigt, daß die Staaten des Nahen Ostens erhebliche Erwartungen in die Europäische Gemeinschaft und auch in die BRD setzen. (. . .) Die BRD hat traditionell gute wirtschaftliche und politische Beziehungen. Dasselbe gilt für die anderen Staaten der EG. Ich bin bei dieser Reise bei meinen Gesprächen in der Auffassung bestätigt worden, daß die Voraussetzungen für Fortschritte in der Nahost-Frage zu Beginn des Jahres 1977 günstiger sind als in jedem Zeitpunkt zuvor. Es ist deshalb notwendig, daß diese Voraussetzungen auch genutzt werden. Ich glaube, daß für die Herbeiführung dieser positiven Entwicklung die Politik der EG, die auf eine Stabilisierung der Region wirtschaftlich und politisch gerichtet ist, einige Voraussetzungen mit geschafft hat und daß zugleich auch die ausgewogene Nahost-Politik der Bundesregierung, die es uns ermöglicht, in gleicher Offenheit mit unseren israelischen Freunden wie mit unseren arabischen Freunden zu sprechen, ihren Beitrag dazu geleistet hat.“



Westdeutsche Imperialisten für „neuen Anfang“ und „neue Verpflichtungen“

Die „ausgewogene Politik der Bundesregierung: Exportoffensive und Kapitalexport

HEUTE am 16.2.77: „Die USA und Israel sind nach wie vor unterschiedlicher Meinung darüber, ob die palästinensische Befreiungsorganisation PLO an einer neuen Genfer Nahost-Konferenz teilnehmen sollte oder nicht. Das wurde nach den Gesprächen bekannt, die Außenminister Cyrus Vance in Jerusalem mit Ministerpräsident Rabin und Außenminister Allon hatte.“

HEUTE am 17.2.77: „Der amerikanische Außenminister Vance ist in Kairo mit seinem ägyptischen Amtskollegen Fachmi zu einem ersten Gespräch zusammengekommen. Bei der Ankunft sagte Vance, Präsident Carter sei entschlossen, bei der Suche nach einer Friedenslösung zwischen Arabern und Israelis zu helfen.“

HEUTE am 21.2.77: „Der amerikanische Außenminister Vance hat im Nahen Osten den Eindruck gewonnen, daß alle beteiligten Staaten dort einen dauerhaften Frieden wollen und eine Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Konferenz befürworten. Nach seinen Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten Assad sagte Vance in Damaskus, für eine friedliche Lösung gebe es nach wie vor zwei entscheidende Hindernisse: die Forderung der Palästinenser nach einem selbständigen Staat und das Beharren Israels auf Garantien für seine Existenz und seine Grenzen.“

Im **Kommentar des ZDF:** „Alles Interesse richtet sich vorerst auf die Lösung des Palästinenser-Problems. Mit einem Male ist König Husseins alter Plan wieder im Gespräch, westlich des Jordan den Palästinensern einen eigenen Staat zu schaffen, dessen Außen- und Sicherheitspolitik aus zwingenden Gründen von ihm selbst zu vertreten wäre. Auf der anderen Seite hat auch Israel dem amerikanischen Außenminister Kompromißbereitschaft zu erkennen gegeben. Nur Israel denkt gewiß nicht daran, wie gefordert, für einen solchen Mini-Staat alle besetzten Gebiete zu räumen. (. . .) Nicht weniger gehen die Meinungen noch immer darüber auseinander, wie eine politische Lösung des Nahost-Konfliktes jemals garantiert werden könnte. Washington wird dazu allein kaum willens sein. Moskau ist derzeit nirgendwo gefragt.

Bleibt Europa. Gewiß genießen seine Regierungen unterschiedliches Ansehen und unterschiedliches Vertrauen. Die Deutschen etwa mehr in Israel, die Franzosen eher bei den Arabern. Wenn sich die Außenminister nach den Erkundungen Genschers und Girangauds jetzt neuerlich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser erklären, so soll das beiden Seiten einen neuen Anfang ermöglichen. Es schließt allerdings auch Verpflichtungen ein – falls statt Entspannung neue Spannung im Nahen Osten aufzieht.“

Wer diesen Nachrichten folgt, soll den Eindruck haben: Diesen Ländern muß geholfen werden, ihnen kann geholfen werden; das dämmert ihnen inzwischen auch selber schon, und jetzt warten sie auf die US-Imperialisten, besser noch auf die westeuropäischen Imperialisten, schließlich, genaugenommen, auf die westdeutschen Imperialisten unter der Führung von Schmidt und Genscher.

Unter den Vorgängern von Schmidt und Genscher wurden die Absichten der Ausplünderung der Naturreichtümer und der Ausbeutung der Arbeitskraft fremder Völker mit der Losung propagiert: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“

Dies imperialistische Garn schneidet sich an den Tatsachen. Arafat hat in einer Erklärung in Kuweit für die PLO bekräftigt: „Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen nur als Vorstufe zur Gründung eines ‚säkularen demokratischen Staates in Palästina‘.“ In den Gefängnissen des Zionistenstaates befinden sich die eingekerkerten Palästinenser seit Wochen im Hungerstreik. In den von Israel besetzten Gebieten am Westufer des Jordan reißen Demonstrationen und Straßenkämpfe nicht ab. In Nablus kämpfte die palästinensische Jugend am 12. Februar, unterstützt durch Hunderte aus der übrigen Bevölkerung, mit Steinen und Flaschen gegen die Besatzungstruppen. In Israel selbst verschärfen sich die Klassenkämpfe rapide: um 84 Prozent wuchs die Zahl der Streiktage im Jahr 1976 auf 308 214. Diese Streiks gehen weiter. Erst vergangene Woche ging die Regierung mit Notverordnung gegen den Streik der Arbeiter und Angestellten der Fernsehanstalten vor.

Es gibt also gute Gründe für die Imperialisten, sich gegenseitig auf „Erkundung“ in diesen Ländern die Klinke in die Hand zu drücken und über ihre Propagandaeinrichtungen wie z.B. das Fernsehen die Vorbereitung auf Einmischung und Intervention voranzutreiben. Die westdeutschen Imperialisten haben mit Genschers Reise ihre Ansprüche für eine Neuaufteilung der Einflußsphären unüberhörbar angemeldet: Als „Garant“ für „politische Lösungen“ wollen sie ihre räuberischen Interessen verfolgen – als „Verpflichtungen“ kündigen sie die notwendigen militärischen Operationen an, die sie schon ins Auge fassen, um ihre imperialistischen Interessen zu sichern.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) - Ausgabe Nord